

4. Bezirk – Wieden

**Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2024**

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 14. März 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden, der Klub von NEOS, der FPÖ-Bezirksrat Clemens Gudenus, die LINKS-Bezirksrätiin Mag.^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätiin Eveline Dürr nachstehenden

Antrag

betreffend

Skateboarden im Resselpark

Die zuständige Magistratsabteilung 42 möge ausarbeiten, wo im Resselpark Skate-Elemente aufgestellt werden können und das Ergebnis der Frau Bezirkvorsteherin zur Behandlung im Umweltausschuss zu übermitteln.

Begründung:

Der derzeitige Skateboard Park im Resselpark wird kaum genutzt, weil der Boden zu rau ist (daher kommt es bei einem Sturz schnell zu Verletzungen) und die veralteten Rampen nicht mehr attraktiv sind.

Die neue Sozialraumstudie zum Resselpark sieht hier, wie auch der Skateboard Club Vienna, Handlungsbedarf.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 14. März 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrättinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden und der Klub von NEOS nachstehenden

Antrag

betreffend

Lückenschluss des künftigen Radwegs Wiedner Hauptstraße

Die zuständige Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird gebeten, für den künftigen Radweg auf der Wiedner Hauptstraße ein Projekt des Lückenschlusses für den Abschnitt zwischen der Johann-Strauß-Gasse und dem Bezirk Margareten (Hartmannngasse) auszuarbeiten. Dabei möge der künftige Zweirichtungsradweg auf der Seite der ungeraden Ordnungsnummern verlängert und an die bestehende Radverkehrsanlageninfrastruktur in Margareten angeschlossen werden, wobei auch zusätzliche Begrünungen und klimafitte Ausgestaltung analog zum Radwegeprojekt angedacht werden sollen. Es wird darum gebeten, eine Bedeckung aus den Mitteln des Zentralbudgets zu prüfen und eine Umsetzung in zeitlicher Nähe der Fertigstellung des Zweirichtungsradwegs auf der Wiedner Hauptstraße im stadteinwärts gelegenen Abschnitt vorzunehmen. Die Pläne mögen der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission übermittelt werden.

Begründung

Bis Jahresende wird auf der Wiedner Hauptstraße im Abschnitt zwischen der Johann-Strauß-Gasse und der Treitlstraße im Zuge der notwendigen Erneuerung der Gleisanlagen der Wiener Linien auch ein Oberflächengestaltungsprojekt umgesetzt, bei dem ein Zweirichtungsradweg errichtet wird. Das Projekt wurde im Zuge eines groß angelegten und durch große Teilnahme geprägten Bürger:innenbeteiligungsprozesses geplant. Die Grenzen des Planungsgebiets wurden durch den Bereich der Gleisanlagen der Wiener Linien bestimmt und enden daher bei der Johann-Strauß-Gasse. Dadurch entsteht auf der Wieden eine Lücke im geplanten Radverkehrsnetz von etwa 190 Metern bzw. zwei Häuserblocks. Um diese Lücke zu schließen und sicheres Radfahren zu ermöglichen, möge ein weiteres Projekt ausgearbeitet werden, das in zeitlicher Nähe des bestehenden Projekts umgesetzt werden soll, um Kosten zu sparen und allfällige Verkehrsbeeinträchtigungen möglichst gering zu halten.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 14. März 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend die

Angebote von Radsicherheits-Trainings im öffentlichen Raum

Die Amtsführende Statdrätin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die Mobilitätsagentur in Abstimmung mit der Bezirksvorstehung Wieden mit der Durchführung von kostenlosen Radsicherheits-Trainings für unterschiedliche Altersgruppen im öffentlichen Raum des Bezirks zu beauftragen.

Begründung

Der Bezirk hat mit der Durchführung von Radsicherheitstrainings sehr gute Erfahrungen gemacht: Sie stärken die Fahrkompetenz und das subjektive Sicherheitsgefühl der Radfahrenden und tragen gleichzeitig zu einer Steigerung der allgemeinen Verkehrssicherheit bei. Sicherheitstrainings helfen mit, die Zahl von Allein- und Kollisionsunfällen zu reduzieren. Für die Inanspruchnahme ist die Wohnortnähe und die Abhaltung unter realen Fahrbedingungen besonders wertvoll. Die Durchführung solcher Workshops im öffentlichen Raum auf der Wieden erschien daher besonders wünschenswert.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 14. März 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Neue Kennzeichnung von Ampelanlagen mit akustischen Querungshilfen

Die zuständige Magistratsabteilung 33 wird gebeten, bei den Ampelanlagen mit akustischen Querungshilfen auf der Wieden, eine neue Kennzeichnung zu erproben, durch die nicht mehr ausschließlich auf die Benutzer:innengruppe sehbehinderter Menschen („Nur für Blinde“), sondern auf die Verstärkung des Tickgeräusches bei Betätigung der Anforderungstaste für die akustische Freiphase hingewiesen wird. Die neue Kennzeichnung möge mittels eines kostengünstigen Aufklebers über den bestehenden Spruch geklebt werden.

Begründung

Auch auf der Wieden weisen bereits viele Ampelanlagen Vorrichtungen für akustische Signale für sehbehinderte Menschen auf, die sich unter anderem durch eine Anforderungstaste auf der Unterseite zur Anmeldung auszeichnen. Die Vorrichtungen selbst sind zumeist mit dem Spruch „Nur für Blinde“ versehen. Dieser Spruch soll jene querungswilligen Fußgänger:innen, die nicht auf das Signal angewiesen sind, darauf hinweisen, dass die Vorrichtung sehbehinderten Menschen dient. Leider besteht in Wien vielfach das Missverständnis, dass die Anforderungstaste eine Anmeldung für ein Grünsignal zum Überqueren darstellen würde, um sehbehinderten Menschen ein rascheres Queren zu erlauben. Die Kennzeichnung „Nur für Blinde“ grenzt diesem Missverständnis zufolge das raschere Queren auf sehbehinderte Menschen ein und führt entgegen der Intention dazu, dass die Anforderungstaste gerade auch von vielen nicht-sehbehinderten Menschen gedrückt wird, da ihnen der Mechanismus der Taste nicht bekannt ist. Eine Änderung des Spruchs würde dazu beitragen, dass die Funktionsweise der Taste (Verstärkung des Tickgeräusches) nachvollziehbarer wird. Dadurch würde sich die Lärmbelästigung bei Anrainer:innen in Grenzen halten und zu einer höheren Akzeptanz der akustischen Querungshilfen in der Wohnbevölkerung beigetragen werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 14. März 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte die nachfolgende

Resolution

betreffend

Workshops zu Haustiergesundheit

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, gemeinsam mit Wohnpartner Wien und anderen in der Grätzelarbeit tätigen Einrichtungen und lokalen Tierärzt:innen, eine kostenlose Workshop-Reihe zum Thema Haustiergesundheit zu entwickeln.

Begründung

Haustiere sind für viele Bezirksbewohner:innen wichtige emotionale Bezugspunkte. Umso wichtiger ist es, erkennen zu können, ob es den Haustieren gut geht und wie im Fall des Falles mit gesundheitlichen Problemen umzugehen ist. Gemeinsam mit Einrichtungen der Grätzelarbeit und Veterinärmediziner:innen des Bezirks soll daher eine Workshopreihe entwickelt werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 14. März 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Fortführung Summer City Camp am Standort Schäffergasse

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht den zuständigen Vizebürgermeister und Amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Christoph Wiederkehr, die erfolgreichen Summer City Camps wie in den Vorjahren auch 2024 am Standort Schäffergasse fortzuführen.

Begründung

Die Summer City Camps sind eine wichtige Ergänzung des städtischen Betreuungsangebots während der Sommermonate, das schrittweise ausgebaut werden sollte. Für viele Wiedner Familien ist der Standort in der Schäffergasse eine wohnortnahe Möglichkeit, die Kinderbetreuung für berufstätige Eltern auch während der neunwöchigen Sommerferien sicherzustellen. Aufgrund des bewährten Angebots der Vorjahre spricht sich die Bezirksvertretung dafür aus, auch im Jahr 2024 ein Summer City Camp am Standort Schäffergasse anzubieten.



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. MÄRZ 2024

SPIELPLATZ STATT PARKPLATZ IM AMTSHAUS

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Vize-Bürgermeisterin Kathrin Gaál, zuständig für Amtshäuser der Magistratsabteilung 34, und der Amtsführende Stadtrat, Mag. Jürgen Czernohorszky, mögen die zuständigen Magistratsabteilungen anweisen die Umgestaltung des Parkplatzes im Amtshaus in eine entsiegelte Grünfläche mit Fassadenbegrünung und Kinderspielplatz für die 110 Kinder in 6 Gruppen des öffentlichen Kindergartens im Amtshaus zu beauftragen.

BEGRÜNDUNG:

Das Amtshaus in der Favoritenstraße 18 liegt direkt an der U-Bahnlinie U1. Trotzdem dient der nach Westen ausgerichtete Innenhof seit Errichtung des Gebäudes in den 1960er Jahren als Parkplatz für Nutzer:innen des Amtsgebäudes, ebenso wie für Bezirksbewohner:innen. Die Klimastadt Wien sollte sich berufen fühlen ihre eigenen Gebäude klimafit auszugestalten. Dabei könnte mit relativ geringem finanziellem Aufwand der Parkplatz entsiegelt und bepflanzt und die Fassade begrünt werden. Andere Amtshäuser sind schon mit gutem Beispiel voran gegangen, wie z.B. im 7. und 8. Bezirk!

Barbara Neuroth
Bezirksrätin

Fabian Setznagel
Klubobmann



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. MÄRZ 2024

VERLÄNGERUNG DES FAHRTENDIENSTPARKPLATZES VOR DER FAVORITENSTRASSE 22, DAMIT DIESER AUCH BENÜTZT WERDEN KANN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag^a Ulli Sima möge die zuständigen Magistratsabteilungen anweisen die 7 m lange und durch ein Zusatzschild als solche gekennzeichnete Behindertenzone um 2 Meter zu verlängern. Damit sie jederzeit von den Kleinbussen für Behindertentransporte mit Heckrampe benutzt werden kann.

BEGRÜNDUNG:

Die Haltezone für Behindertentransporte ist mit einer Tafel und einem Richtung Innenstadt weisenden Zusatzschild 7 m gekennzeichnet. Der Kleinbus mit Heckklappe kann diese Zone nicht benutzen, da er länger als 7 Meter ist. Mit der Verlängerung der Zone um max. 2 Meter können immer noch 2 PKW in der Parkspur davor parken, ohne die Stellfläche für den Transportbus zu behindern.

BRin Barbara Neuroth



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. MÄRZ 2024

LASST DEN SCHÜLER:INNEN IHREN SPORTPLATZ – KEINE CONTAINERKLASSEN FÜR DIE MS SCHÄFFERGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Christoph Wiederkehr, wird ersucht, die Errichtung von Containerklassen auf dem Sportplatz bzw der Grünfläche der MS Schäffergasse auch in Zukunft zu unterlassen.

BEGRÜNDUNG:

Die MS Schäffergasse ist eine verschränkte Ganztagschule, in welcher die Schüler:innen ihre Zeit täglich bis 16:30 Uhr verbringen. Die Nutzung des Sportplatzes ist für alle Kinder und Jugendliche, aber speziell für diese Altersgruppe, von enormer Bedeutung. Darüber sind die Räumlichkeiten in der bestehende Schule nicht darauf ausgelegt noch mehr Klassen zu versorgen. Derzeit essen die Kinder in 20-Minuten Abständen, ab 11:30 ihr Mittagessen, damit alle Kinder versorgt werden. Die 2. PC-Klasse ist bereits eine Ersatzklasse, die Turnhalle, Chemiesaal, Werkraum, alles ist auf den derzeitigen Schüler:innenstand von 290 Schüler:innen dimensioniert und gut ausgelastet.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Fabian Setznagel
BR



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. MÄRZ 2024

DURCHGEHENDE MARKIERUNGEN BEI RADFAHREN GEGEN DIE EINBAHN

ANTRAG:

Die Amtsführende Stadträtin Mag^a Ulli Sima wird ersucht die zuständige Magistratsabteilung anzuweisen die Bodenmarkierungen im Bezirk bei Neuverordnung von Radfahren gegen die Einbahn durchgängig anzubringen.

BEGRÜNDUNG:

Der Radverkehr nimmt seit Jahren zu und dies führt dazu, dass es vermehrt zu gefährlichen Situationen auf Einbahnstraßen bei entgegenkommendem KFZ-Verkehr kommt. Eine durchgängige Markierung der RgE-Spur hilft den KFZ-Lenker:innen Distanzen besser abzuschätzen und ggf. stehenzubleiben, um Radfahrer:innen passieren zu lassen.

Fabian Setznagel
BR

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. MÄRZ 2024**

**FLÄCHENDECKEND TEMPO 30:
SCHLUSS MIT VORGESCHOBENEN ARGUMENTEN!**



ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat Peter Hanke wird ersucht, eine Studie bei einem externen und objektiven wissenschaftlichen Institut in Auftrag zu geben, um den Zeitverlust zweier Buslinien zu errechnen, wenn das Tempolimit auf folgenden 4 Abschnitten von 50 auf 30kmh reduziert wird:

- Favoritenstraße von der Rainergasse bis zur Kolschitzkygasse
- Favoritenstraße von der Kolschitzkygasse bis zum Gürtel
- Operngasse/Margaretenstraße von der Treitlstraße bis zur Paulanergasse
- Margaretenstraße von der Paulanergasse bis zur Pressgasse.

Die Berechnung soll keinesfalls theoretisch, sondern unter realen Bedingungen unter Einbeziehung mindestens folgender Kriterien erfolgen:

- Gewicht des Busses samt Fahrgästen
- Steigung der Straßen
- kW-Leistung des Busses (Beschleunigungsfähigkeit)
- Breite der Straße und die Gefahren die daraus entstehen

BEGRÜNDUNG:

Viel zu lange werden immer wieder nicht nachvollziehbare Argumente der Stadt Wien vorgebracht, weshalb Tempo 30 auf der Favoritenstraße und der Operngasse/Margaretenstraße nicht möglich sind. Mit dieser Studie kann man nach objektiven Daten eine nachvollziehbare Entscheidung treffen.

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO2-Ausstoß.

Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität trägt auch zum wirtschaftlichen Erfolg und der positiven Weiterentwicklung der Straßenzüge bei.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Fabian Setznagel
BR

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 stellt die sozialdemokratische Bezirksrätin Ursula Prager-Ramsa nachstehenden

Abänderungsantrag

betreffend

Antrag 22: Schnelle Umsetzung der Gärten der Mühlgasse - Fußgänger:innenzone

Die Formulierung "noch vor dem Sommer" möge durch die Formulierung "raschestmöglich" ersetzt werden.

Ursula Prager-Ramsa



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. MÄRZ 2024

SCHNELLE UMSETZUNG DER GÄRTEN DER MÜHLGASSE – FUßGÄNGER:INNENZONE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge die zuständigen Magistratsabteilungen anweisen, die bereits von der Bezirksvertretung Wieden beschlossene Bürger:innenbeteiligung und Bürger:innenbefragung zur Fußgänger:innenzone Mühlgasse – „Gärten der Mühlgasse“, im Abschnitt Preßgasse bis Schikanendergasse, sobald als möglich durchzuführen, damit ein Ergebnis noch vor dem Sommer vorliegt und mit der Planung möglichst bald begonnen werden kann.

Begründung:

Nachdem die Antragsbeantwortung zum Neos Antrag ergab, dass Kriterien für ein „Supergrätzl“ Schleifmühlgasse erst Ende 2025 erarbeitet werden können, muss die Bezirksvertretung Wieden davon Abstand nehmen. Seit längerem bemüht sich die Bürger:innen-Initiative um diese Lösung und auch die Studie zur Verkehrsberuhigung rund um die Schleifmühlgasse ergab, dass die Begrünung der Schleifmühlgasse nur mit Bäumen in der Mitte der Fahrbahn umsetzbar ist und damit die einzige sinnvolle Lösung eine Fußgänger:innenzone ist.

Die Gärten der Mühlgasse sollen eine massive Begrünung dieses Straßenabschnittes darstellen und dabei ein klares Zeichen für eine Stadtgestaltung sein, die sich entschlossen der Klimakrise entgegenstellt. Des Weiteren soll damit ein würdiger Vorplatz für den lebendigen Kultuort Ehrbar-Saal geschaffen werden.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin Stellvertreter

Betrifft: Entfernung Graffiti Alois-Drasche-Park

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Philipp Meisel und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 48 wird ersucht, die zahlreichen Graffitis im Alois-Drasche-Park umgehend zu entfernen.

Begründung

Der gesamte Alois-Drasche-Park macht auf Grund der zahlreichen Graffitis einen sehr un gepflegten Eindruck. Offenbar wurde schon seit längerem keine Reinigung der Wände, Bänke etc. durchgeführt.



Betrifft: Vergrößerung der Einfüllöffnung der Gelben Tonnen

Die unterzeichnende Bezirksrätin Dipl.-Ing. Ingrid Köttl der ÖVP Wieden stellt in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

RESOLUTION

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky möge die Magistratsabteilung 48 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark damit beauftragen, die Einfüllöffnungen bei den Gelben Tonnen zu vergrößern oder einen Tretbügel zum kompletten Öffnen des Deckels zu montieren.

Begründung

Die Einfüllöffnungen für die gelben Tonnen sind sehr klein, sodass schon nur etwas größere Waschmittelgebinde oder kleine Müllsammelbeutel nicht durch die Öffnung passen. Folglich kann nicht der gesamte Müllbeutel mit einem Handgriff entsorgt werden, sondern muss bspw. jeder Joghurtbecher, Getränkeflasche oder Tetrapack einzeln eingeworfen werden.

Dies ist nicht praktikabel und der Akzeptanz für das Mülltrennen und -sammeln abträglich.

Betrifft: Entfernung Ladezone Weyringergasse 31

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die Halteverbots-/Ladezone vor Weyringergasse 31 zu entfernen.

Begründung

Da der für die seinerzeitige Genehmigung der Ladezone angeführte Grund nunmehr weggefallen ist, erscheint ein weiteres Bestehen nicht sachlich gerechtfertigt, zumal durch diverse verkehrspolitische Maßnahmen in den vergangenen Jahren vor allem im Bereich Obere Wieden/Weyringergasse massiv Parkplätze zu Lasten der Bevölkerung weggefallen sind. Entgegen der Feststellung der zuständigen Magistratsabteilung 46 wird laut Beobachtung vieler Anrainer diese Ladezone nicht genutzt.

Betrifft: Rasche Reparatur des behindertengerechten WCs im Alois-Drasche-Park

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 48 wird ersucht, rasch das behindertengerechte WC im Alois-Drasche-Park zu reparieren.

Begründung

Seit mindestens Jahresbeginn 2024 ist das behindertengerechte WC im Alois-Drasche-Park auf Grund von Reparaturarbeiten gesperrt. Das ist für Menschen mit Beeinträchtigungen ein unzumutbarer Zustand, der rasch behoben werden sollte.



Betreff: Errichtung einer Gedenktafel

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Veronica Kaup-Hasler möge in Abstimmung mit den Magistratsabteilungen 28 und 42 nach Abschluß der Befundung die Anbringung einer Info- und Gedenktafel für die Verstorbenen im Bereich des nun im Zuge der Umbauarbeiten der Argentinierstraße entdeckten historischen Friedhofs (am unteren Ende der Argentinierstraße), veranlassen.

Begründung

Die nun entdeckten Gräber gehören vermutlich zu einem Friedhof, der in unmittelbarer Nähe der Karlskirche gelegen war und Ende des 18. Jahrhunderts zugeschüttet wurde. Laut Dokumenten aus Archiven und dem Rektor der Karlskirche Marek Pučalík könnte es sich aber auch um jenen Friedhof handeln, den Kaiser Karl VI. 1738 dem Prager Kreuzherrenorden in Auftrag gab, quasi als Auflage für die Verleihung der neu erbauten Kirche. Daher wurde seitens des Rektors auch die Krypta der Karlskirche als letzte Ruhestätte für die Gebeine angeboten.

Aktuell befindet die Stadtarchäologie die Grabstellen.

Die Errichtung einer Gedenktafel wäre nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Gedenken an die Verstorbenen, sondern auch eine Bereicherung für die Kulturstadt Wien.

Betrifft: Nein zur Errichtung von Container-Klassen in der Ganztagsmittelschule Schäffergasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich auch in Zukunft gegen die Errichtung von Container-Klassen in der Ganztagsmittelschule Schäffergasse aus.

Begründung

Weder die Bildungsdirektion noch die Magistratsabteilung 56 als städtischer Schulerhalter haben die Schulleitung im Vorfeld über diese endgültige Entscheidung informiert. Die Schulleitung wie auch die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern haben zufällig aus den Medien erfahren, dass in der Ganztagsmittelschule Schäffergasse Container-Klassen errichtet werden. Die ohnehin spärlichen Freiflächen werden dadurch weiter deutlich verkleinert. Der Unmut aller direkt Betroffenen ist daher mehr als nachvollziehbar.



31-1



Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 stellt der Grüne Bezirksrat Fabian Setznagel nachstehenden

ABÄNDERUNGSANTRAG

betreffend

Antrag Nr. 31 Parkplatzverlust/gewinn auf der Wieden feststellen

Der Antrag möge folgendermaßen abgeändert werden:

Nach „Parkplatzverlust/gewinn kam.“ soll

„Ebenfalls sollen auch die Veränderung der KFZ-Zulassungen auf der Wieden im Untersuchungszeitraum bekanntgegeben werden.“

eingefügt werden.

Fabian Setznagel
Klubobmann

Betrifft: Parkplatzverlust/gewinn auf der Wieden feststellen

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge feststellen, wie viele Parkplätze seit Beginn dieser Legislaturperiode dauerhaft auf der Wieden verloren gegangen sind und wie viele neue Parkplätze geschaffen wurden. In dieser Auflistung soll auch angeführt werden, warum es zu diesem Parkplatzverlust/gewinn kam.

Das Ergebnis soll der Frau Bezirkvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Gemäß einer Beantwortung (Beantwortung zur Anfrage S1492346-2023) seitens der Frau Bezirkvorsteherin werden seitens der zuständigen Dienststellen keine „Gesamtstatistiken und Zeitreihen“ zum Parkplatzverlust auf der Wieden geführt.

Betrifft: Hydrant am Radweg Argentinierstraße

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Tamar Chadoian und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge unverzüglich die Gefahrensituation auf Grund des Hydranten am Radweg auf der Argentinierstraße bei der Belvederegasse entschärfen.

Begründung

Der Hydrant stellt ein gefährliches und wenig gesichertes sowie sichtbares Hindernis am Radweg Argentinierstraße dar. Selbst wenn nach Beendigung des Umbaus der Argentinierstraße der Hydrant nicht mehr am Radweg selbst steht, so stellt er für Radfahrerinnen und Radfahrer während der Arbeiten eine Gefahr dar. Ebenso sind Fußgängerinnen und Fußgänger durch ausweichende Radfahrerinnen und Radfahrer gefährdet.



20240314_1040_Antrag betreffend Herstellung und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen bei der Passage in die U-Bahnstation Karlsplatz

Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend

Herstellung und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen bei der Passage in die U-Bahnstation Karlsplatz

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Stadträtin Ulli Sima in Bezug auf die Stolperfallen durch ein Scharnier bei einem fehlenden Absperrpfosten und teilweise lange umgelegte Pfosten beim Eingang in die Passage zur U-Bahnstation Karlsplatz eine verkehrssichere Lösung herzustellen bzw. auf eine sichere Handhabung durch die zuständigen Personen hinzuwirken.

Begründung:

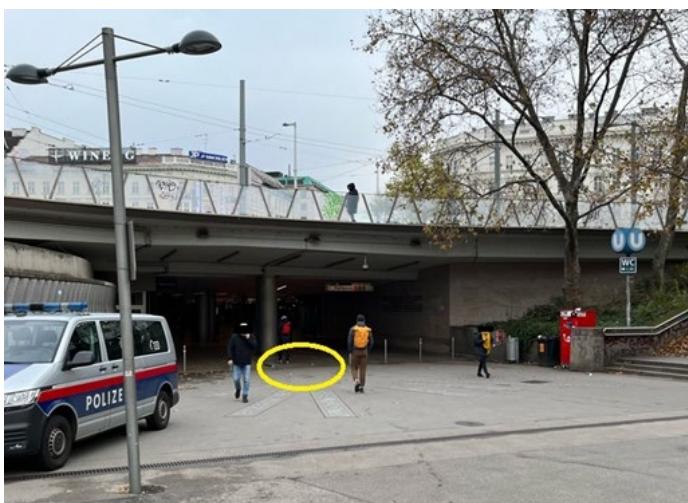
Beim Weg in die Passage zur U-Bahnstation Karlsplatz gem. Fotos Anhang 1 hierzu ist zu beobachten, dass Fußgänger*innen über die dort befindliche Vorrichtung für einen umlegbaren Pfosten, bei der dieser allerdings entfernt ist, stolpern und unter anderem auch zu Sturz kommen. Jeder ist angehalten "vor die Füße zu sehen", aber dennoch ist hier bei dem hohen Aufkommen an Fußgänger*innen immer wieder jemand dabei, der die Hindernisse versehentlich übersieht.

Wenn die Absperrpfosten schon sein müssen, wäre es wichtig, dass sie auch richtig gehandhabt werden, damit Unfälle vermieden werden. Dem könnte durch eine gänzliche Entfernung des offensichtlich funktionslosen Scharniers oder durch die Montage und Aufrechterhaltung eines neuen Pfostens leicht begegnet werden. Ebenso sollten die Absperrpfosten nicht tagelang umgeklappt bleiben, sondern Personen, die zur Einfahrt berechtigt sind und diese umlegen, sollten sie hernach auch wieder aufrichten.

Vielleicht gibt es eine zielführende alternative Lösung, die auch den dort gewerbetreibenden entgegenkäme: Was wäre, wenn die Absperrpfosten ganz entfernt werden?

Wien, am 14.03.2024

Anhang 1



Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndl

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS und der Klub der Grünen Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden



Antrag betreffend

ordentliche Kennzeichnung der Umleitungen für Radfahrer*innen bei der Baustelle Argentinierstraße

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima in Bezug auf die Baustelle Argentinierstraße zu veranlassen, dass Radfahrer*innen für die jeweiligen Baustellenabschnitte von Beginn an von allen Richtungen her beispielsweise über gelbe Umleitungstafeln und Hinweistafeln ordnungsgemäß ausgeschilderte Umleitungen angezeigt bekommen.

Begründung:

Im Zuge der Baustelle untere Argentinierstraße zur Errichtung der Fahrradstraße Argentinierstraße könnte die provisorische Situation für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen durch ordnungsgemäße Kennzeichnung der zahlreichen Möglichkeiten viel besser gestaltet werden.

Ziel dieses Antrags ist es, lösungsorientierte Ideen zur Entflechtung von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zu bieten, ohne die Themen gegeneinander auszuspielen.

Es sollte auf einfache wie auch weiträumigere Ausweichmöglichkeiten hingewiesen werden:

Auf der Gußhausstraße Richtung Schwarzenbergplatz fahrende Radfahrer*innen könnten etwa vor der Kreuzung mit der Argentinierstraße via Schild bis zur Höhe der Hoyosgasse auf die Fahrbahn verwiesen werden.

Von der Gegenrichtung kommende Radfahrer*innen, die Richtung Favoritenstraße oder Karlsplatz fahren, könnten schon unten bei der französischen Botschaft frühzeitig auf die für sie gesperrte Kreuzung Gußhausstraße/Argentinierstraße hingewiesen werden und auf die Ausweichmöglichkeit Mattiellistraße, Kreuzherengasse, Paniglgasse und Karlsgasse oder Karlsplatz.

Vom Karlsplatz kommende Radfahrer*innen könnten je nach Richtung auf die Möglichkeiten Karlsgasse oder Hoyosgasse hingewiesen werden.

Von der Richtung St. Elisabeth die Argentinierstraße hinunterkommende Radfahrer*innen könnten darauf hingewiesen werden, dass sie über die Karlsgasse zum Karlsplatz fahren können. Diese und ohnehin links Richtung Favoritenstraße abbiegende Radfahrer*innen könnten zudem einen

Hinweis erhalten, dass sie Ihr Fahrrad im Kreuzungsbereich beim Zusammentreffen mit Fußgängern kurz schieben. Radfahrer*innen aus dieser Richtung, die rechts Richtung Schwarzenbergplatz möchten, könnten kurz bis zur Hoyosgasse die Fahrbahn benutzen.

Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Europabank für die Wieden

Die Bezirksvertretung Wieden möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28) zu ersuchen, im Bereich des Resselparks eine Sitzbank im Stil der Europafahne (zwölf gold-gelbe Sterne auf blauem Hintergrund / elf gold-gerbe Sterne und ein Stern mit österreichischer Fahne auf blauem Hintergrund) zu lackieren.

Begründung

Am 9. Juni 2024 findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Um für eine hohe Wahlbeteiligung zu sorgen, sollen Aktionen gesetzt werden, mit denen auf die EU aufmerksam gemacht wird. Eine Europabank fördert die Sichtbarkeit der Europäischen Union im öffentlichen Raum und kann zu einem gesteigerten Interesse an der EU-Wahl beitragen. Außerdem jährt sich dieses Jahr die positive Abstimmung zum EU Beitritt der Österreicherinnen und Österreicher zum 30. Mal. Dieser Tatsache soll unter anderem durch die Europabank gefeiert werden.

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

AUTOFREIER HEUMÜHLBOGEN

Die zuständige Stadträtin für Stadtplanung, Innovation und Mobilität Mag^a Ulli Sima, wird gebeten zu prüfen, ob ein „Autofreier Heumühlbogen“, d.i. die Heumühlgasse zwischen Margaretenstraße und Schönrunner Straße verkehrstechnisch jeden Sonntag im Monat umsetzbar wäre.

Die Ergebnisse der Analyse sollen der Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung vorge stellt werden.

BEGRÜNDUNG

2020 habe ich als freie Mandatarin einen Antrag auf Begegnungszone Heumühlbogen ge stellt, der auch angenommen und positiv beantwortet wurde, aus Budgetgründen aber bis her nicht umgesetzt werden konnte.

Da die Wieden in den letzten Jahren und heuer wieder viel Geld in die Umgestaltungen von Straßenzügen z. B. der Wiedner Hauptstraße und der Argentinierstraße investieren muss, wird sich ein Umbau des Heumühlbogens in dieser Legislaturperiode und in den nächsten Jahren wohl nicht ausgehen.

Damit die Anrainer*innen und Bezirksbewohner*innen dennoch zu einer Verkehrsberuhigung und Erhöhung von Lebens- und Aufenthaltsqualität kommen, könnte dieser kurze Straßenabschnitt auf der Unteren Wieden zwischen dem verkehrsreichen Wiedner Stern und dem Naschmarkt zumindest an einigen Tagen im Jahr ohne Umbauten autofrei gemacht werden. Denn unter der Woche sind die Menschen dort vom vielen Transitverkehr sowie Lärm- und Schadstoffemissionen geplagt. An autofreien Sonntagen könnten sie eine Art neuen Freiraum von ihren Haustüren für Begegnungen in der Nachbarschaft nutzen. Wie es früher bei den Nachbarschaftstagen der Fall war.

Wenn der Heumühlbogen für mindestens drei Tage im Jahr unter der Woche für Gastronomiezwecke gesperrt und damit autofrei werden kann, kann er womöglich auch jeden Sonntag im Jahr für die Menschen konsum- und autofrei gemacht werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

AUSWIRKUNGEN CITY-VERKEHRSBERUHIGUNG AUF DIE WIEDEN

Der zuständige Stadträtin Mag^a Ulli Sima wird gebeten, die untergeordneten Dienststellen damit zu beauftragen, zu überprüfen, wie sich eine StVO-Novelle für eine kamerabasierte Zufahrtskontrolle und damit von der Stadt Wien größte Verkehrsberuhigungsprojekt für die City auf den kleinen Nachbarbezirk Wieden auswirken würde.

Die Ergebnisse der Analyse sollen der Frau Bezirkvorsteherin zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

BEGRÜNDUNG

In den letzten Tagen mehren sich Medienberichte, in denen die Stadträtin ihren Unmut über die fehlende Rechtsgrundlage für das „größte Verkehrsberuhigungsprojekt, das die Stadt Wien jemals gesehen hat“. Seit 2018 arbeite die Innere Stadt an der Umsetzung einer Verkehrsberuhigung und damit Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bewohner*innen. Laut Medienberichten würde die Stadt bei der gewünschten StVO-Novelle die Umsetzung umgehend angehen.

Unabhängig davon, wann die Verkehrsberuhigung für den 1. Bezirk kommt, hat mit Sicherheit große Auswirkungen auf die kleine Wieden und ihrer Transitverkehrsrolle bzw. unmittelbare Nähe zur Inneren Stadt inklusiver einiger wichtiger Sehenswürdigkeiten und Wirtschaftsstandorte.

Diese Auswirkungen gilt es so rasch wie möglich zu analysieren, damit sich die Wieden rechtzeitig im Interesse ihrer Bewohner*innen für deren Lebensqualität überlegen kann, wie sie mit den zu erwartenden Auswirkungen auf unseren Bezirk umgehen möchte.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

**EINBÜRGERUNGSVERANSTALTUNG FÜR NACHKOMMEN VON VOM NS-REGIME
VERFOLGTEN UND/ODER ERMORDETEN**

Der Vizebürgermeister und Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Christoph Wiederkehr wird gebeten, die Wieden bei der Organisation einer Einbürgerungsveranstaltung für Nachfahren von vom NS-Regime verfolgte und/oder ermordete in enger Zusammenarbeit mit der Bezirksvorsteherin und ihrem Büro zu unterstützen.

BEGRÜNDUNG

Die Wieden hat sich bereits 2021 in einem von mir eingebrachten Resolutionsantrag für die Organisation einer Einbürgerungsveranstaltung im Bezirk ausgesprochen, zu der die Nachkommen von Menschen, die durch das NS-Regime verfolgt und/oder ermordet worden sind, geladen und willkommen geheißen werden sollen. Egal, ob sie selbst auf der Wieden leben oder ihre Vorfahren in der NS-Diktatur auf der braunen Wieden lebten.

Seit September 2020 ist es den Nachkommen von Verfolgten, Geflohenen und Ermordeten möglich, die österreichische Staatsbürger*innenschaft ohne den Verzicht auf ihre derzeitige Staatsangehörigkeit zu bekommen.

Tausende Nachfahren von NS-Opfern in aller Welt haben seitdem die österreichische Staatsbürgerschaft zuerkannt bekommen.

Bei der Staatsbürger*innenschaft „für Nachfahren von NS-Opfern handle es sich nicht nur um eine "symbolische Geste", betonte der Wiener Integrations-Stadtrat. Es solle damit auch aufgezeigt werden, "dass dieses Kapitel in Österreichs Geschichte nicht vergessen werden darf". Es sei ihm wichtig, "so den Vertriebenen und ihren Nachkommen jenen Respekt zu zollen, den sie verdienen und ihnen den Schritt zurück in ihre leider gewaltvoll geplünderte Heimat zu erleichtern." Die Bezirksvertretung Wieden stellt sich der Verantwortung

und setzt mit der Einbürgerungsveranstaltung den nächsten wichtigen Schritt in der erinnerungspolitischen Arbeit des Bezirkes.



„Allein im vierten Bezirk deklarierten sich bei der Volkszählung 1934 insgesamt 5.125 Personen als jüdisch. Mit gut 9,6 % der Wiedner Gesamtbevölkerung entsprach das ziemlich genau dem Wiener Durchschnitt. Nach den Kriterien der Nazis spielte das persönliche Glaubensbekenntnis keine Rolle. Weil ihre eigenen rassistischen Kriterien ziemlich nebulös waren, orientierten sich die NS-Behörden letztlich doch an religiösen Kriterien. Maßgeblich war zwar die „jüdische Abstammung“, aber um diese zu klären, wurde auf das religiöse Bekenntnis von Eltern und Großeltern zurückgegriffen. Überträgt man die in der Forschung gängigen Schätzungen für Wien auf die Wieden, so erhöht sich der Anteil derjenigen, die aufgrund ihrer „jüdischen Abstammung“ verfolgt wurden, um ungefähr 20 %. Das entspräche etwa 6.000 Verfolgten.“ (Quelle:juedischewieden.at)

Umringt von Schaulustigen werden Robert Mildwurm (m.) und seine Mutter Henriette (r.) gezwungen, auf ihren Knien die Favoritenstraße zu schrubben. (Quelle: juedischewieden.at)

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

PLATZBENENNUNG NACH DOROTHEA NEFF UND LILLI WOLFF

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, einen geeigneten Platz bzw. Verkehrsfläche im Bezirk nach Dorothea Neff und Lilli Wolff zu benennen und ein entsprechendes Prüfverfahren bei der Stadt Wien einzuleiten.

BEGRÜNDUNG

Dorothea Neff lebte bis zu ihrem Tod im Jahr 1986 mit ihrer Lebensgefährtin Eva Zilcher, beide waren Schauspielerinnen, in der Taubstummengasse 13 auf der Wieden. Sie war nicht nur eine große Schauspielerin der Nachkriegszeit, sondern auch eine Frau, die Frauen liebte und die ihrer damaligen jüdischen Lebensgefährtin, nämlich Lilli Wolff, Mordeschöpferin, mehr als drei Jahre lang das Leben im Nazi-Wien rettete.

„Selten ist von Liebe die Rede, wenn die Geschichte von Dorothea Neff und Lilli Wolff erzählt wird. Von Mut und menschlicher Größe, von Nächstenliebe und Opferwille wird gesprochen, aber nicht von Liebe. Selbst die Freundschaft der beiden Frauen wird in biografischen Darstellungen kleingeredet, wenn der Neff-Biograf Peter Kunze über ihre gemeinsame Zeit in Köln von wenig mehr als vom „herzlichen Kontakt mit Lilli Wolff“ erzählt. Hier wirkt die Diffamierung einer Liebe nach, die es auch Dorothea Neff unmöglich machte, offen über ihr Verhältnis zu Lilli Wolff aber auch jenes mit Eva Zilcher, mit der sie bis zu ihrem Tod zusammenlebte, zu sprechen. Fast ihr ganzes Leben lang waren Liebesbeziehungen zwischen zwei Frauen strafrechtlich verfolgt, drohten Gefängnis, Ausgrenzung und gesellschaftliche Ächtung.“ (magazin.wienmuseum.at)

Um das, was so lange verheimlicht und verboten war, nämlich die Liebe zwischen zwei Frauen allgemein sichtbar zu machen und zwei konkrete lesbische queere Frauen zu ehren, deren Liebe auch noch unter die sogenannte „Rassenschande“ fiel, ist eine Platzbenennung nach Dorothea Neff und Lilli Wolff wünschenswert.

Beide Frauen wären aus mehreren Gründen ins KZ gekommen. Beide Frauen haben zum Glück das Nazi-Regime in Wien überlebt.

Lesbische Frauen sind heute noch weniger sichtbar als schwule Männer, denen es in den letzten Jahrzehnten gelungen ist, in allen gesellschaftlichen Bereichen wahrgenommen zu werden. Lesbische Frauen sind mit Mehrfachdiskriminierungen konfrontiert, einerseits weil sie Frauen sind und andererseits zusätzlich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Die Angst vor dieser Diskriminierung verhindert ein Outing und damit die Wahrnehmung.

Schaffen wir auf der Wieden einen Platz der der Liebe zwischen Frauen mit Dorothea Neffs und Lilli Wolffs Namen Sichtbarkeit verschafft.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

TAFELN ZU GEWALT AN FRAUEN

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadtneuerung und Frauen Kathrin Gaál wird ersucht, zu prüfen, ob Tafeln, die sich mit der Verurteilung von Gewalt gegen Frauen auseinandersetzen, auf der Wieden aufgestellt werden können. Bei positiver Prüfung möge die Stadträtin die Umsetzung durch den Bezirk gemeinsam mit geeigneten Partner*innen unterstützen.

BEGRÜNDUNG

Am 23. Februar 2024 wurden in Wien gleich fünf Frauen Mordopfer von Männern. Alle fünf Frauen bezahlten an diesem Tag mit ihrem Leben, der tödlichsten Form patriarchaler Gewalt, neben tagtäglichen Körperverletzungen, Mordversuchen, Drohungen, Übergriffen und Demütigungen.

Diese Gewalt hat System. Das System ist das Patriarchat. Das Patriarchat übt unentwegt verschiedene Formen von Gewalt an Frauen aus.

Auf der Wieden wurden in den letzten Jahren auch einige Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern getötet.

Die Wieden hat sich erst im Dezember 2023 für einen von LINKS eingebrachten Resolutionsantrag zum Thema Gewaltschutz für Frauen und der Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofberichts 2023 für Österreich ausgesprochen.

Seit 2021 gibt es auf der Wieden auch StoP-Stadtteil ohne Partnergewalt. StoP hat zum Ziel Gewalt an Frauen und Kindern zu verhindern.

Neben der Notwendigkeit von vielen (Krisen-)Maßnahmen auf vielen anderen Ebenen der Politik und Gesellschaft brauchen wir überall Sensibilisierungsmaßnahmen, Kampagnen und Opferschutz-Angebote.

Mit Tafeln, die an öffentlichen Plätzen auf der Wieden stehen z. B. in Parks, an großen Plätzen, vor Supermärkten, Schulen, etc. können wir einmal mehr auf Gewalt an Frauen aufmerksam machen, diese verurteilen und gleichzeitig hilfreiche Telefonnummern für Opfer zur Verfügung stellen.

Jedes Frauenleben, das wir auf der Wieden und in Wien oder anderswo retten können, ist es auf alle Fälle wert. Ein Leben ist unbezahlbar.

Jede*r kann was sagen. Jede*r kann was tun.

Wir sind verpflichtet überall und immer dort, wo wir können, etwas gegen die Gewalt an Frauen im Bezirk zu tun. Als Politiker*innen, als Frauen und als Männer, die gegen jede Form von Gewalt an Frauen sind.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

DAS RECHT AUF MUTTERSPRACHE

Die Bezirksvertretung spricht sich für die positive Bewertung jeder Muttersprache von Wiener*innen und für einen positiven Umgang mit Mehrsprachigkeit im Bezirk aus.

BEGRÜNDUNG

Am 21. Februar ist der Internationale Tag der Muttersprache.

Heuer haben sich einige österreichische Politiker*innen auch in ihren Erstsprachen an die Öffentlichkeit gewandt.

Die Normalität und demokratische Freiheit, mehrere Sprachen zu sprechen, egal um welche Sprachen es sich handelt, muss gesichert werden.

Bereits Kinder und Jugendliche werden durch die negativen Stereotype über ihre Mutter- bzw. Familiensprachen und Herkunftsgruppen an der Entfaltung ihrer vollen Leistungsfähigkeit gehindert: Selbstzuschreibung von Versagen, Veränderung der beruflichen Ziele, etc.

Die Vorurteile gegenüber der Mehrsprachigkeit und die Ablehnung von vor allem der Sprachen der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ und außereuropäische Sprachen halten sich hartnäckig.

Wir wollen das Selbstverständnis bezüglich jeglicher sprachlicher Ressourcen und Vielfalt auf der Wieden fördern und betonen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

KEIN FUSSBREIT DEN RECHTSEXTREMEN AUF DER WIEDEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für eine genaue Beobachtung der rechten und rechtsextremen Wahlparteien aus, die im Super-Wahljahr 2024 auch auf der Wieden wahlkämpfen werden und sie spricht sich für ein sofortiges Aktivwerden bei Verdacht auf Verstoß gegen Strafgesetzbuch, NS-Verbotsgebot und das Bundesverfassungsgesetz aus.

BEGRÜNDUNG

Die Wieden setzt sich seit Jahren für eine Entnazifizierung im Bezirk, Extremismusprävention und Deradikalisierung ein.

Manche rechten Strömungen nutzen und nutzen Wahlkämpfe bisher allzu oft für weitere Radikalisierung und Verbreitung ihrer rechtsextremen Wahnlideen, die menschenverachtend, rassistisch und demokratifeindlich sind.

Die Argumentationslinien der Rechten stellen einen Angriff auf bestehende demokratische und rechtsstaatliche Strukturen dar.

Die letzten Wochen und Monate zeigen bereits vor dem Wahlkampf zum Nationalrat vermehrte rechtsextreme Ideologie auf, z. B. „Volkskanzler“ (Adolf Hitler nannte sich so, bevor er zum Führer wurde), sicht- und hörbare Sprache und Sprachlenkung im NS-Vokabular, Verharmlosung von Rechtsextremen, zunehmende Aufmärsche der Rechtsextremen. Das ist wohl erst der Anfang. Wir dürfen dem rechtsextremen Treiben im Bezirk nicht tapferlos zusehen.

Es gibt Handlungsoptionen für Bezirke, wenn Rechtsextremismus zum Problem wird. Wir wollen auf der Wieden eine aktive Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Es darf nie und nimmer ein Laissez-Faire gegenüber demokratifeindlichen Werten gelten. Die Versuchung zur Konformität ist groß. Wir dürfen ihr niemals unterliegen. Die Rechtsextremen stellen seit jeher eine reale Gefahr dar.

Wir, die gewählten Vertreter*innen auf der Wieden, wollen unsere demokratischen Überzeugungen im Wahljahr 2024 besonders zur Geltung bringen. Wir wollen Probleme in der Öffentlichkeit thematisieren und wir wollen zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen, sich an Probleme mit Rechtsextremen heranzuwagen.

Sieben Jahre NS-Herrschaft in Österreich waren mehr als genug, jeder Tag in dieser grausamsten aller Zeiten einer zu viel. Jede Stunde kostet unzählige Menschen das Leben.

Nie wieder ist 2024. Nie wieder ist jetzt.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

UNTERSTÜTZUNG VON SCHULWORKSHOPS ZU MOBBINGPRÄVENTION UND KLASSENGEMEINSCHAFT

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, die Durchführung von Workshops auf der Wieden zum großen Thema Mobbingprävention und Klassengemeinschaft durch verstärkte Bewerbung, organisatorische Hilfestellung und bei Erschöpfung schulbezogener Budgets oder mangelnder Budgetabdeckung im Bedarfsfall auch finanziell, sowie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, zu unterstützen.

BEGRÜNDUNG

In jeder Bildungseinrichtung sind Diversitäts- und Interkulturelle Kompetenz, Inklusion, Empathie, Wertschätzung und positive gewaltfreie Klassengemeinschaft Basiswerte.

Die vielen Konflikte und Spaltungen in der Gesellschaft wirken bis in die Klassenzimmer der Wieden. Kinder und Jugendliche werden von allen den Gewaltausbrüchen im Alltag z.B. Mobbing, Rassismus und weiteren Gewaltformen z.B. kriegerische Auseinandersetzungen, Mord, etc. regelrecht überschwemmt.

Es ist eine kostbare, unbezahlbare finanzielle und soziale Investition, Kinder und Jugendliche für das Thema Mobbing/Gewalt zu sensibilisieren, ihnen jene sozialen Kompetenzen zu vermitteln, die Prävention und den Aufbau einer positiven Klassengemeinschaft fördern. Sie können lernen, wie sie ein WIR-Gefühl trotz aller Unterschiede aufbauen und gemeinsame, friedliche Lösungen für Probleme im Klassenzimmer finden können.

In Wien werden bereits seit September 2023 im Rahmen der „Wiener Bildungschancen“ von diversen Anbieter*innen Workshops für alle Schulstufen an öffentlichen Wiener Pflichtschulen angeboten.

Mag^a Amela Pokorski

Version 2 - 13.03.2024

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Betreffend

TIER-TAFEL

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für die Einrichtung einer sogenannten „Tier-Tafel“ auf der Wieden aus.

BEGRÜNDUNG

Die hohen Inflationsraten der letzten Jahre machen den meisten Bezirksbewohner*innen zu schaffen und treffen insbesondere jene Bevölkerungsgruppen hart, die hinsichtlich ihrer ökonomischen Situation schon bisher benachteiligt waren (Bezieher*innen von Mindestpensionen, Alleinerziehende, Sozialhilfebezieher*innen, Erwerbslose, Niedrigverdiener*innen, prekär Beschäftigte etc.).

Die Preise für Tierfutter sind im Laufe der letzten Jahre massiv angestiegen. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen Schwierigkeiten haben, gut für ihre Haustiere zu sorgen. Im Extremfall kann es auch dazu kommen, dass sich im Bezirk ansässige Menschen von ihren Tieren trennen müssen.

Dem können wir mit der Einrichtung einer niederschwellig und öffentlich zugänglichen „Tier-Tafel“ entgegenwirken. Die „Tier-Tafel“ wäre ein konstanter Ort, an dem Futterspenden u.v.m. deponiert und ohne Absolvierung bürokratischer Hürden abgeholt werden könnten.

Für die Generierung von Spenden in einem entsprechenden Ausmaß könnten Kooperation mit bestehenden (Handels-)Geschäften im Bezirk angestrebt werden.

Für die Betreuung der „Tier-Tafel“ könnten engagierte Bezirksbewohner*innen gewonnen werden. Ein*e Bürger*in hat im Winter 2023/24 beim Mitmach Budget Wieden 2023 genau eine solche Idee eingebracht, die LINKS bereits im September 2023 zum Antrag gemacht hat, der im Bezirksparlament aber leider nicht debattiert worden ist.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. März 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

ZEITGERECHTE VERÖFFENTLICHUNG DER SITZUNGSPROTOKOLLE

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für die Einhaltung der laut Internetseite www.wien.gv.at/Wieden/Sitzungen-Bezirksvertretung angegebenen Veröffentlichungsfrist für die Sitzungsprotokolle der Bezirksvertretung Wieden von sechs Wochen nach der jeweiligen Sitzung aus.

Begründung

An der Bezirkspolitik Interessierte haben sich kritisch wegen fehlender Protokolle geäußert. Am 8.2.2024 um 16:55 war der Status auf der Seite folgender



Damit fehlten am 8.2.2024 um 16:55 bereits zwei Sitzungsprotokolle der Bezirksvertretung Wieden, nämlich die vom September und Dezember 2023. Statt sechs Wochen müssen wir hier fast von sechs Monaten sprechen.

Aus Gründen der Transparenz, Demokratie und des Bürger*innen-Services sollten die Protokolle entsprechend der eigenen Vorgaben zeitgerecht veröffentlicht und damit auch zum Download für alle Menschen im Bezirk zur Verfügung gestellt werden.

Mag^a Amela Pokorski



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

TEMPO 30 AUF DER MARGARETENSTRASSE VON PAULANERGASSE BIS PRESSGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, Tempo 30, ausgenommen Linienbusse, auf der Margaretenstraße von der Paulanergasse bis zur Pressgasse zu verordnen.

Begründung:

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO2-Ausstoß.

Dieser Straßenabschnitt ist für den MIV nicht besonders relevant und in diesem Bereich gibt viele Schanigärten und auch Geschäfte mit Auslagen. Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität trägt damit auch zum wirtschaftlichen Erfolg und der positiven Weiterentwicklung des Straßenzuges bei.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14. Dezember 2023

Betrifft Antrag Nr. 13 Tempo 30 auf der Margaretenstraße von Paulanergasse bis Preßgasse

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Verkehrs- und Planungskommission

.

Ursula Prager-Ramsa

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023**30 AUF DER OPERNGASSE BZW MARGARETENSTRASSE VON TREITLSTRASSE BIS PAULANGERGASSE****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, Tempo 30, ausgenommen Linienbusse, auf der Operngasse bzw Margaretenstraße von der Treitlstraße bis zur Paulanergasse zu verordnen.

Begründung:

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO2-Ausstoß.

In diesem Bereich gibt viele Schanigärten und auch Geschäfte mit Auslagen. Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität trägt damit auch zum wirtschaftlichen Erfolg und der positiven Weiterentwicklung des Straßenzuges bei.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Zuweisungsantrag

zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14. Dezember 2023

Betrifft Antrag Nr. 14 Tempo 30 auf der Operngasse bzw Margaretenstraße von Treitlstraße bis Paulanergasse

Ich stelle den Antrag auf Zuweisung in die Verkehrs- und Planungskommission

.

Ursula Prager-Ramsa

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätiinnen und Bezirksräte, die Bezirksrätiinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden, der Klub von Neos, die LINKS-Bezirksrätiin Mag^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätiin Eveline Dürr nachstehenden

Antrag

betreffend

Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen auf der Wieden 2025-2030

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht den zuständigen Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky, die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen auf der Wieden im Rahmen des Projekts „Lokale Agenda 21 in den Wiener Gemeindebezirken 2025-2030“ finanziell zu unterstützen.

Der Bezirk erklärt sich bereit, im Projektzeitraum 2025-2030 für die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen 54.000 Euro jährlich aus Bezirksmitteln zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Bezirksbezogene Lokale Agenda 21-Prozesse stellen ein bewährtes Instrument dar, um Bürger*innen auf lokaler Ebene in ihrem Engagement zu unterstützen. Im Rahmen eines bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozesses werden Bürger*innen informiert, aktiviert und auf Augenhöhe in den Dialog zwischen Bezirkspolitik und Stadtverwaltung eingebunden. Dies fördert nicht nur die Transparenz und demokratische Teilhabe, sondern trägt auch dazu bei, maßgeschneiderte und realitätsnahe Lösungen zu entwickeln, die den individuellen Bedürfnissen und Perspektiven der Bürger*innen entsprechen.

Durch diesen partizipativen Ansatz wird die Legitimität von Entscheidungen gestärkt und das Risiko von Konflikten verringert, da die betroffenen Personen aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds beteiligt sind. Dies fördert ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den lokalen Entscheidungsträger*innen sowie der Verwaltung, was langfristig zu einer nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene und einer gestärkten demokratischen Kultur in Wien beiträgt.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Ausweitung Eltern-Baby-Café im Fux4

Die zuständige Magistratsabteilung 13 wird ersucht, in Abstimmung mit der Parkbetreuung und der Bezirksvorsteherin der Wieden die Möglichkeit einer Ausweitung des Angebots des Eltern-Baby-Cafés im Fux4 auf einen zweiten Vormittag pro Woche zu prüfen.

Begründung

Das wöchentlich am Mittwoch Vormittag stattfindende Eltern-Baby-Café im Fux4 erfreut sich großer Beliebtheit bei Eltern und Kleinkindern im Vierten. Um die Kapazität zu erweitern, soll geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen ein zweiter Angebotsvormittag pro Woche umsetzbar wäre, ohne die anderen Leistungen des Fux4 zu beeinträchtigen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Prüfung Beleuchtung Mayerhofgasse

Die zuständige Magistratsabteilung 33 wird ersucht, eine Verbesserung der Beleuchtung des Gehwegs in der Mayerhofgasse, insbesondere auf Seiten der ungeraden Ordnungsnummern, zu prüfen und der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln.

Begründung

Die beidseitige Baumallee in der Mayerhofgasse und die Grünflächen zwischen den Bäumen sind eine schätzens- und schützenswerte Besonderheit dieses Straßenabschnitts. Gleichzeitig schränken die Pflanzungen den Lichteinfall von der Straßenbeleuchtung in der Fahrbahnmitte ein, was bei manchen Bürger:innen den Eindruck einer verbessерungsbedürftigen Beleuchtung bewirkt. Die MA 33 wird ersucht, Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen und dabei insbesondere auch die Machbarkeit von an der Häuserfassade angebrachten Leuchtkörpern zu untersuchen.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte, der Klub von Neos und die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Attraktivierung des Mozartplatzes

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 werden gebeten, die Potenziale einer Begrünung, Beschattung und dauerhaft verkehrsfreien Gestaltung des Mozartplatzes zu überprüfen und der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln. Dabei soll auch geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen die Mozartgasse und die Neumanngasse in den Abschnitten vor dem Mozartplatz zu Sackgassen verordnet werden können, um das Gebiet eines Projekts der Attraktivierung festlegen zu können.

Begründung

Der Mozartplatz ist ein weitgehend verkehrsfreier innerstädtischer Platz, der derzeit in ein Verkehrssystem aus den Wohnstraßen Mozartgasse und Neumanngasse eingebunden ist. Wiewohl es kaum Autoverkehr gibt, begrenzt das bestehende Verkehrssystem die Gestaltungsmöglichkeiten des Platzes. Sollte eine dauerhafte Verkehrsfreiheit hergestellt werden können, könnte der Platz deutlich aufgewertet werden. Bisherige Vorprüfungen haben ergeben, dass Begrünungspotenzial grundsätzlich besteht. Es scheint daher lohnenswert, eine genauere Projektierung vorzunehmen, das Projektgebiet festzulegen und Gestaltungspotenziale aufzuzeigen. Der in der Mitte des Platzes situierte Mozartbrunnen bietet sich als Zentrum einer künftigen Platzgestaltung mit durch Bäumen beschatteten Sitzgelegenheit und möglicherweise Spielelementen bestens an.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Erneuerung Ringelrutsche Planquadratpark

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, die Ringelrutsche im Planquadrat-Park zu erneuern.

Begründung

Das Rutschenelement am Spielplatz des Planquadratparks ist am Ende seiner Lebensdauer angelangt. Um einer mehrwöchigen Sperre während des Parkbetriebs im Falle einer bald zu erwartenden Funktionsuntüchtigkeit vorzubeugen, wird die Magistratsabteilung 42 ersucht, den Austausch so vorzubereiten, dass er nach dem Ende der Parksaison 2024 und vor dem Frühjahr 2025 durchgeführt werden kann.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Optimierung der Rot-Gelb-Ampel über die Gleisanlage bei der Resselgasse

Die zuständige Magistratsabteilung 33 wird gebeten, unter Einbeziehung der Wiener Linien die bestehende Rot-Gelb-Ampel über die Gleisanlage bei der Resselgasse von den Ampelanlagen Resselgasse und Treitlstraße zu entkoppeln und sie für Fußgänger:innen so zu optimieren, dass die derzeit bestehenden überlangen Wartezeiten für Fußgänger:innen bei dieser Querung reduziert werden können. Diese Optimierung möge im Zuge des gegenwärtig stattfindenden Projekts der Sanierung der Gleisanlagen vorgenommen werden.

Begründung

Der angesprochene Straßenabschnitt der Wiedner Hauptstraße wird derzeit im Zuge eines Projekts der Sanierung der Gleisanlagen und der Neugestaltung der Oberfläche umgebaut. Bisher, und auch in der Planung der Neugestaltung, befindet sich auf der Höhe der Resselgasse eine Ampelanlage über die Fahrbahn, die zu einer Mittelinsel mit einer Haltestelle (Haltestelle Resselgasse) führt, und die in Form in einer Rot-Gelb-Ampel über die Gleisanlage weitergeführt wird, deren Überquerung zur TU Wien führt. Diese Rot-Gelb-Ampel ist mit der Ampelanlage Treitlstraße gekoppelt, auf die Straßenbahn optimiert und zeigt für Fußgänger:innen überwiegend Rotzeiten an. Aufgrund der hohen Frequenz von Straßenbahnen, teilweise im Minutentakt, zeigt die Ampel oftmals minutenlange Rotphasen für Fußgänger:innen an. Die meisten Rotzeiten sind für Fußgänger:innen nicht nachvollziehbar. Dies liegt daran, dass die Ampel bereits lange vor Eintreffen einer Straßenbahn auf Rot schaltet, obwohl ein Überqueren für Fußgänger:innen noch problemlos möglich wäre, etwa wenn stadtauswärtsfahrende Straßenbahnen vor der roten Ampel in der Wiedner Hauptstraße oder stadteinwärtsfahrende Straßenbahnen vor der roten Ampel auf Höhe der Schaurhofergasse stehen und daher ohnehin an der Weiterfahrt gehindert sind, oder wenn stadteinwärtsfahrende Straßenbahnen in der Haltestelle stehen. Die Ampelanlage mag zwar die Verkehrssicherheit der Schienenfahrzeuge sicherstellen, stellt jedoch für Fußgänger:innen eine kaum zumutbare Behinderung dar. Die Neugestaltung des Bereichs sollte genutzt werden, um diesen Missstand zu beseitigen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Autofreier Schulvorplatz Phorusgasse

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden ersucht, die Machbarkeit bzw. Voraussetzungen für ein temporäres Fahr- und Halteverbot vor, während und nach der Schulzeiten in der Phorusgasse zwischen Wiedner Hauptstraße und Leibnizgasse analog zur Lösung in der Waltergasse mit einer fixen Absperrung neuerlich zu prüfen und die Ergebnisse der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission bzw. als Grundlage für vertiefende Diskussionen mit den Anwohner:innen zu übermitteln.

Begründung

Die Ganztagsvolksschule Phorusgasse erfreut sich steigender Beliebtheit unter Kindern und Eltern. Damit wird auch die Verfügbarkeit zusätzlicher Freiflächen ein Thema. Mit der Neugestaltung des Wanda-Lanzer-Parks, der Attraktivierung des Schulvorplatzbereichs und der Einrichtung einer Schulstraße wurden bereits wichtige Schritte gesetzt. Die zuständigen Magistratsabteilungen werden gebeten, neuerlich die Einrichtung fixer Absperrungen für temporäre Fahr- und Halteverbote zu prüfen, um den Elternverein zu entlasten und eine bestmögliche Umgebung für die Schulkinder zu schaffen. Auf Basis der Prüfungsergebnisse sollen alle beteiligten Akteur:innen und insbesondere die Anwohner:innen in nächste Planungsschritte einbezogen werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Überprüfung der Möglichkeiten eines verkehrsfreien Schulvorplatzes in der Phorusgasse

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 werden gebeten, die verkehrstechnischen und bautechnischen Möglichkeiten eines dauerhaft verkehrsfreien Schulvorplatzes in der Phorusgasse bei den Hausnummern 4, 9 und 11 zu überprüfen und der Frau Bezirkvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln. Dabei soll insbesondere die Möglichkeit der Einrichtung einer Sackgasse und der Errichtung einer Wendemöglichkeit vor einem möglichen verkehrsfreien Schulvorplatz geprüft werden.

Begründung

In der Phorusgasse 4 befindet sich eine öffentliche offene Volksschule, die von etwa 400 Kindern besucht wird. Die Phorusgasse selbst ist eine verkehrsberuhigte Nebenstraße, die als Wohnstraße verordnet und bescheidmäßig auch als Schulstraße ausgewiesen ist, in der an Schultagen zwischen 7.30 Uhr und 8.15 Uhr ein Fahrverbot besteht. Seit Einrichtung der verkehrsfreien Schulstraße Phorusgasse im Jahr 2021 hat sich die Lage verändert. So wurde dem Modell in der 34. Novelle der StVO von 2022 durch die Bundesregierung die rechtliche Grundlage entzogen, da Schulstraßen in §76d explizit für die Befahrung durch den motorisierten Individualverkehr geöffnet wurden und daher die Akzeptanz des Wiener Modells verkehrsfreier Schulstraßen reduziert wurde. Es scheint daher erforderlich, bauliche Veränderungen vorzunehmen, um die Verkehrssicherheit aufrechterhalten und die Intentionen der ursprünglichen Schulstraßenverordnung sichern zu können.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 27. Juni 2024 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksräten und Bezirksräte, die Bezirksräten und Bezirksräte der Grünen Wieden und die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Masterplan Gehen für die Wieden

Die zuständige Magistratsabteilung 18 wird ersucht, die Ausarbeitung eines „Masterplan Gehen Wieden“ unter Berücksichtigung aller ausgearbeiteten Planungen beauftragter Planungsbüros und der Lokalen Agenda 21 vorzunehmen, um das Zu-Fuß-Gehen im Bezirk noch attraktiver zu machen und dafür finanzielle Mittel des Bundes (Klimaministerium) für die Errichtung von Fußgänger*innenzonen, Wohnstraßen, breiten, attraktiven und versickerungsfähigen Gehsteigen und anderen Maßnahmen zur Verbesserung des Zu-Fuß-Gehens einwerben zu können. Die Ergebnisse des Masterplans Gehen mögen der Frau Bezirkvorsteherin zur weiteren Debatte in der Verkehrs- und Planungskommission übermittelt werden.

Begründung

Wien ist eine Stadt der Fußgänger*innen. Mehr als ein Drittel ihrer täglichen Wege erledigen die Wienerinnen und Wiener zu Fuß. Gerade in einem flächenmäßig relativ kleinen Bezirk wie der Wieden sind die Wege leicht zu Fuß zu bewältigen und dementsprechend stehen Fußgänger*innen auch im Zentrum der Wiedner Mobilitätspolitik. Routinemäßige Straßenbauarbeiten werden regelmäßig für Gehsteigverbreiterungen und vor- und durchgezogene Gehsteige an Kreuzungen genutzt. Als erster Bezirk Wiens konnte ein durchgängiges Angebot an Sitzgelegenheiten im Abstand von höchstens 300 Metern verwirklicht werden. Aktuelle Umbau- und Planungsprojekte setzen diese Schwerpunktsetzung fort. Für die Untere Wieden wurden im Rahmen einer Bezirksstudie vom Planungsbüro ko-mobile bereits erste Überlegungen zu weiteren Verbesserungen für Fußgänger*innen ausgearbeitet und im Zuge der Umgestaltung der Schäffergasse auch bereits teilweise umgesetzt.

Um die strategische und vorausschauende Planung voranzutreiben soll ein „Masterplan Gehen Wieden“ ausgearbeitet werden, der auch Zugang zu zusätzlichen Fördermitteln im Rahmen von „klimaaktiv mobil“ eröffnet. Budgetäre Mittel sind für die schrittweise Umsetzung einer

Attraktivierung von Gehwegen zwingend erforderlich. Die „Masterpläne Gehen“ ermöglichen es den Bezirken, im Rahmen von „klimaaktiv mobil“ finanzielle Mittel des Bundes (Klimaministerium) für die Errichtung von Fußgänger*innenzonen, Wohnstraßen, breiten, attraktiven und versickerungsfähigen Gehsteigen und andere Maßnahmen zur Verbesserung des Zu-Fuß-Gehens zu erhalten. Die Fachdienststellen der Stadt Wien, die Magistratsabteilung 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) und die Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) unterstützen die Bezirke beim Erstellen von Masterplänen und bei der Fördereinreichung.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. JUNI 2024

LEISE UND UMWELTFREUNDLICH: 13A ALS E-BUS

Die Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Amtsführende Stadtrat KR Peter Hanke wird ersucht, die Wiener Linien dahingehend aufzufordern, auf der Buslinie 13A einen Testbetrieb mit ein oder zwei Batterie-elektrischen-Gelenksbussen durchzuführen. Nach positiver Testphase soll die Linie 13A vollständig und dauerhaft auf Batterie-elektrische-Gelenksbusse umgestellt werden.

BEGRÜNDUNG:

Der 13A ist für die verkehrstechnische Erschließung des Bezirkes von erheblicher Bedeutung. Im besonders dicht verbauten Gebiet ist die Auswirkung von Lärm und Schadstoffen stark zu spüren. Um einer gesundheitlichen Beeinträchtigung der Anrainer:innen entgegenzuwirken und die Buslinien für Fahrgäste und Anrainer:innen umweltfreundlicher, attraktiver und mit weniger Lärmemissionen zu gestalten, erscheint die Umstellung auf E-Betrieb ein unverzichtbares Mittel. Des Weiteren ist die Elektrifizierung der Busse ein wichtiger Schritt, um die Ziele des Pariser Klimaschutzbündnisses zu erreichen. Städte wie Köln (seit 2016), Eindhoven (seit 2016) und Amsterdam (seit 2018), zeigen bereits jetzt, dass die technische Machbarkeit einer Umstellung auf E-Betrieb auch bei großen Gelenkbussen wie dem 13A auf längeren Strecken und in größerer Anzahl an Bussen gegeben ist.

Aktuelle Batterie-elektrische-Gelenksbusse haben bereits eine Reichweite von über 500 Kilometer. Dies entspricht deutlich mehr als der erforderlichen Tages-Kilometer-Leistung eines Busses auf der Linie 13A. Somit wären auch keine Schnellladepunkte an den Endstationen notwendig und die kurzen Wendezzeiten weiterhin möglich.

Durch die schnellere Beschleunigung gegenüber Dieselbussen ist von einer schnelleren Umlaufzeit auszugehen, weshalb die um rund 20% geringere Kapazität an Stehplätzen wieder ausgeglichen werden kann.

Fabian Setznagel
BR

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Das unterfertigende Mitglied der Bezirksvertretung von NEOS stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Abänderungsantrag betreffend

Antrag 24: leise und umweltfreundlich: 13a als E-Bus

Nach der Wortfolge „Batterie-elektrischen-Gelenksbussen“ soll „oder Wasserstoff-Gelenkbussen“ eingefügt werden.

Der letzte Satz soll lauten: „Nach positiver Testphase soll die Linie 13A vollständig und dauerhaft auf eine der beiden Varianten umgestellt werden.“

Ana Badhofer

Klubobfrau



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. JUNI 2024

ANWOHNER:INNENPARKPLÄTZE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 46 wird ersucht, auf der gesamten Wieden in jedem Teilbereich die maximal möglichen 30% Anwohner:innenparkplätze zu verordnen.

BEGRÜNDUNG:

Die Parkplätze auf der Straße sollten in erster Linie den Bewohner:innen des Bezirks zur Verfügung stehen. Bewohner:innen die keine Garage oder Abstellplätze im Wohngebäude zur Verfügung haben, aber dennoch auf ein Auto angewiesen sind, sollten gegenüber Pendler:innen und Gästen bevorzugt werden.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. JUNI 2024

BESSERE BESCHILDERUNG FÜR PRESSGASSE/SCHÄFFERGASSE UM DIE DURCHFAHRT DURCH DIE WOHNSTRASSE NICHT ANZUREGEN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge im Bereich der Kreuzung Pressgasse/Schäffergasse, konkret vor der Schäffergasse 9, das Wohnstraßenschild wieder an dem Einbahnstraßenschild anbringen, wie es vor der Umgestaltung vorzufinden war. Weiters sollte das Einbahnschild in die Große Neugasse direkt daneben angebracht werden.

BEGRÜNDUNG:

Vor der Umgestaltung befand sich das Wohnstraßenschild direkt am Einbahnstraßenschild. Das Einbahnschild in die Große Neugasse befindet sich versteckt am Hauseck und zwingt den Verkehrsteilnehmer, Straßenschilder an drei verschiedenen Standorten zu beachten, was angesichts der Nähe zur Schule nicht optimal ist.

BRin Mag.^a Barbara Neuroth



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. JUNI 2024

MEHR RADSTÄNDER AN FREQUENTIERTEN STANDORTEN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilung 46 und 28 werden ersucht, den Bedarf an Radabstellanlagen auf der Wieden zu untersuchen und bei überfüllten Radabstellanlagen diese Anlagen zu erweitern.

BEGRÜNDUNG:

Der Radverkehr nimmt jedes Jahr zu, gerade in den Bezirken innerhalb des Gürtels entlasten die Radfahrenden die öffentlichen Verkehrsmittel, und viele Radfahrende nutzen die neuen Angebote an Radwegen. Zu einer attraktiven Radinfrastruktur gehören auch sichere Radabstellanlagen. Im vergangenen Jahr wurden auf unsere Initiative hin viele neue Ebis-Ständer aufgestellt, aber in manchen Straßenzügen sind diese heillos überfüllt. zB Rainergasse/Johann Strauß-Gasse, Schleifmühlgasse/Wiedner Hauptstraße, Schleifmühlgasse/Operngasse, oder neue Standorte, wie beim Labor in der Operngasse/Schauerhofergasse.

BRin Mag.^a Barbara Neuroth



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. JUNI 2024

SPIELGERÄT ST.-ELISABETH-PLATZ

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung möge das Kletter- und Rutschgestell vor der Elisabethschule am St.-Elisabeth-Platz auf Sicherheit überprüfen lassen und, im Fall von Unsicherheiten, auf Anbringung zweckdienlicher Sicherheitsmaßnahmen setzen.

BEGRÜNDUNG:

Vor kurzem wurde das Kletter- und Rutschgestell am St.-Elisabeth-Platz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das erwähnte Gestell befindet sich vor der Elisabethschule (Volksschule) mit Schüler:innen im Alter von 6 - 10 Jahren. Die antragstellende Bezirksrätin hat mehrmals beobachtet, dass Kinder von der Plattform des Gestells über die niedrige Holzwand hinaus auf das grüne Rohr geklettert sind, das an der Plattform dazu angebracht ist, sodass die Kinder von Innenraum auf der Plattform nach unten rutschen können. Das Hinausklettern auf das Rohr ist möglich, weil die Holzwand des Gestells niedrig ist.

Dabei ist zu beobachten, dass nach dem Hinausklettern die Kinder sich auf dem Rohr in ca 3 m Höhe befinden und ein Absturz aus dieser Höhe selbst in Anbetracht des vorhandenen Sicherheitsbelages unter dem Gestell ein ernstes Sicherheits- bzw Gesundheitsrisiko darstellt, sodass bei einem etwaigen Absturz entsprechende Folgen drohen.

Weiters wurde mehrfach beobachtet, dass die Kinder – wenn sie einmal auf das Rohr hinausgeklettert sind – nicht mehr sicher über die niedrige Holzwand in das Gestell zurückklettern können, was die Unfallgeneigtheit des Gestells in der gegenständlichen Form erhöht.

Einige Freizeitpädagog:innen des MIA-Freizeitklubs haben die antragstellende Bezirksrätin darum ersucht, den Bezirk bzw die Stadt Wien auf diese Situation aufmerksam zu machen und um Prüfung und etwaige Absicherung zu ersuchen.



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 27. JUNI 2024

UMGESTALTUNG OPERNGASSE UND MARGARETENSTRASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilungen 28 und 42 werden ersucht, in Abstimmung mit der Frau Bezirksvorsteherin und dem Agenda21-Büro für die Wieden, die Vorbereitungen für ein zeitnah startendes Beteiligungsprojekt zur Umgestaltung der Operngasse und Margaretenstraße zu treffen. Das Ergebnis soll der Frau Bezirksvorsteherin zur Diskussion in der Verkehrs- und Planungskommission übermittelt werden.

BEGRÜNDUNG:

In der Operngasse stehen dem Motorisierten Individualverkehr 5 Spuren zur Verfügung. Die aktuelle Verkehrsführung macht die Operngasse und die Margaretenstraße zu Durchzugsstraßen. Dieser Verkehr soll dringend reduziert werden. Lärm und Abgase machen den Aufenthalt auf der Operngasse unerträglich. Mehr Bäume und ausreichend Platz für Fußgänger:innen und Radfahrende sollten die Eckpunkte einer klimafitten und zukunftssicheren Gestaltung sein. Dabei müssen jedoch die Bedürfnisse der Anrainer:innen und Geschäftsleute in einem Verfahren, das offene Fragen an diese stellt, gehört und berücksichtigt werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Betrifft: Büsche Grünfläche Kreuzherrengasse Ecke Argentinierstraße nachpflanzen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 42 möge die fehlenden Büsche bei der Grünfläche Kreuzherrengasse Ecke Argentinierstraße, auf der auch das Gluckdenkmal steht, rasch nachpflanzen.

Begründung

Die fehlenden Büsche hinterlassen einen wenig gepflegten Eindruck und Nachpflanzungen würden das gesamte Ensemble optisch aufwerten.



Betrifft: Grünfläche vor Olga Wisinger Florian Platz/TU/Karlsplatz verschönern

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 42 möge die Grünfläche beim Olga Wisinger Florian Platz/TU/Karlsplatz verschönern und entsprechend gärtnerisch ausgestalten/pflegen.

Begründung

Aktuell macht diese Grünfläche einen wenig gepflegten Eindruck und gleicht eher einer „Gstätten“ und „Stadtwildnis“.



Betreff: Parkplatzverlust/gewinn auf der Wieden feststellen

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge feststellen lassen, wie viele Parkplätze seit Beginn dieser Legislaturperiode dauerhaft auf der Wieden verloren gegangen sind und wie viele neue Parkplätze geschaffen wurden. In dieser Auflistung soll auch angeführt werden, warum es zu diesem Parkplatzverlust/gewinn kam. Ebenfalls sollen auch die Veränderung der KFZ-Zulassungen auf der Wieden im Untersuchungszeitraum bekanntgegeben werden.

Das Ergebnis soll der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Gemäß einer Beantwortung (Beantwortung zur Anfrage S1492346-2023) seitens der Frau Bezirksvorsteherin werden von Seiten der zuständigen Dienststellen keine „Gesamtstatistiken und Zeitreihen“ zum Parkplatzverlust auf der Wieden geführt.

In einer Beantwortung/Stellungnahme vom 21. Mai 2024 der zuständigen Stadträtin Mag.^a Ulli Sima zu einem diesbezüglich angenommenen Antrag in der BV-Sitzung vom 14. März 2024 wird mitgeteilt, das derartige Aufzeichnungen nicht geführt werden. Das ist nichts Neues und war bekannt. Genau aus diesem Grund sollen nun solche Auswertungen erstellt werden.

Betrifft: Mehr Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger vor Radrasern beim Übergang Gusshausstraße/Argentinierstraße

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge den Schutzweg für Fußgängerinnen und Fußgänger bei der Kreuzung Gusshausstraße/Argentinierstraße über den Radweg (beidseitig Gusshausstraße) verlängern.

Begründung

Oftmals fahren Radraserinnen und Radraser mit viel zu hoher Geschwindigkeit, daher sind vor allem Fußgängerinnen und Fußgänger der Gefahr eines Zusammenstoßes ausgesetzt und es entstehen gefährliche Situationen. Der Schutzweg bringt mehr Sicherheit. Fußgängerinnen und Fußgänger dürfen nicht zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse werden.

Betrifft: Shuttleservice Wiedner Hauptstraße verkürzte Betriebszeiten wieder verlängern

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat KR Peter Hanke möge die Wiener Linien beauftragen, die nunmehr nachträglich verkürzten Betriebszeiten des Shuttleservice Wiedner Hauptstraße wie folgt zu ändern: Montag bis Samstag zwischen 6 und 22 Uhr sowie Sonn- und Feiertags von 8 bis 19 Uhr.

Begründung

Die Großbaustelle Wiedner Haupstraße schränkt vor allem gehbehinderte Menschen im Grätzl zwischen Gürtel, Favoritenstraße und Margaretenstraße massiv in ihrer Mobilität ein. Der mit April 2024 gestartete Shuttleservice wurde nun nachträglich ohne Vorankündigung stark reduziert, was für viele Anrainerinnen und Anrainer einen Verlust an Lebensqualität und weitere Mühsal bedeutet.

Betrifft: Umleitungen bei Baustellen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge bei der Einrichtung von Umleitungen auf Grund von Baustellen die notwendigen Verkehrsmaßnahmen rasch und unverzüglich also „*uno actu*“ (in einer fortlaufenden Handlung) setzen.

Begründung

Die Einrichtung von Umleitungen im Zuge der Baustelle Wiedner Hauptstraße z.B. in der Frankenberggasse hat teilweise tagelang gedauert, was ein tagelanges Verkehrschaos vor Ort zur Folge hatte.

Betrifft: Sozialraumanalyse Südtiroler Platz

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker wird ersucht, den Fonds Soziales Wien mit einer Team-Focus-Sozialraumstudie für den Südtirolerplatz zu beauftragen und dabei einen Fokus auf sozialräumliche Konflikte und Lösungsansätze zu legen sowie regelmäßig stärkere Unterstützung der Obdachlosen durch aufsuchende Sozialarbeit zur Verfügung zu stellen. Einmal pro Quartal soll der Frau Bezirksvorsteherin ein Bericht übermittelt werden der zur weiteren Beratung der Sozialkommission vorgelegt werden soll.

Begründung

Immer mehr betroffene Anrainerinnen und Anrainer, Passantinnen und Passanten sowie Gewerbetreibende fühlen sich am Südtiroler Platz seit dem Umbau nicht mehr sicher. Am Abend und während des Tages schlafen Menschen in den Grünflächen und auf den Bänken, leere Getränkeflaschen liegen auf den Bänken und in den Grünflächen. Diese Situation hat negative Auswirkungen auf den Platz. Viele Bürgerinnen und Bürger meiden daher den Platz, was wiederum auch negative Auswirkungen auf die Gewerbebetriebe vor Ort hat.

Betreuungsmaßnahmen können auf Basis einer Analyse des Status quo zu einer Verbesserung führen.

Betrifft: Fehlende Informationen und Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer im Baustellenbereich Wiedner Hauptstraße

Die unterzeichnende Bezirksrätin Dipl.-Ing. Ingrid Köttl von der ÖVP Wieden stellt in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 mögen in Zusammenarbeit mit den Wiener Linien bei Baustelleneinrichtungen im Zuge des Umbaues auf der Wiedner Hauptstraße sowie bei der Einrichtung von zukünftigen Baustellen auf Folgendes achten:

- 1) Dass eine rechtzeitige umfangreiche Information sowohl der Anrainerinnen und Anrainer als auch des motorisierten Durchzugsverkehrs sowie der Benutzer und Benutzerinnen der öffentlichen Verkehrsmittel erfolgt.
- 2) Bei der Einrichtung von umfangreichen Umleitungen müssen auch die Ampelschaltungen an die geänderten Verkehrsflüsse adaptiert werden, um permanente Staus zu verhindern, von denen insbesonders auch der öffentliche Verkehr betroffen ist.
- 3) Außerdem muss darauf Rücksicht genommen werden, dass trotz Baustelleneinrichtung Schulwege sicher bleiben und die Fußgängerinnen und Fußgänger keinen permanenten gefährlichen Hürdenlauf sowohl auf den Gehwegen als auch beim Überqueren der Straßen haben.
- 4) Weiters muss auch für Radfahrende klar ausgeschildert sein, welche Umleitungsstrecke für sie vorgesehen ist bzw. wo sie weiterfahren sollen.
- 5) Im Falle von Haltestellenverlegungen ist ebenso eine rechtzeitige und hilfreiche Information der betroffenen Fahrgäste sicherzustellen.

Begründung

Auch wenn die umfangreichen Bauarbeiten auf der Wiedner Hauptstraße bautechnisch und organisatorisch sicherlich sehr herausfordernd sind, darf nicht vergessen werden, dass es Anrainerinnen und Anrainer sowie Durchreisende bzw. hier arbeitende Menschen gibt, die mit dieser Baustelle monatelang in ihrer Lebensqualität stark eingeschränkt werden. Daher wäre es sehr hilfreich, wenn dieser

herausfordernde Alltag durch entsprechende Informationen und auch Umsicht der Verantwortlichen unterstützt und nicht durch zusätzliche Hürden erschwert würde.

Für die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer ist der derzeitige Zustand äußerst problematisch; beispielhaft sei aufgezählt:

1. Die Restbreite auf den verbliebenen Gehwegen ist so schmal, dass es unmöglich ist, dass bspw. zwei Kinderwägen oder Rollatoren aneinander vorbeikommen – stellenweise ist der Gehsteig so schmal, dass nicht einmal ein etwas breiterer Kinderwagen oder zwei entgegenkommende Personen Platz haben. Dies betrifft derzeit insbesondere den Abschnitt zwischen Johann-Strauß-Gasse und Schönburgstraße.
2. Auf diesen ohnehin schon sehr schmalen Gehwegen sind auch noch Radfahrende sowie Essenslieferanten wie selbstverständlich fahrend unterwegs und nehmen keinerlei Rücksicht auf Zufußgehende.
Vermutlich gehen manche dieser Radfahrenden davon aus, dass sie auf diesen schmalen Wegen fahren dürfen, weil ja die restliche Straße gesperrt ist und keinerlei Hinweise hinsichtlich einer Umleitung für Radfahrende existieren.
3. Durch die unveränderte Ampelschaltung in der Rainergasse/Johann-Strauß-Gasse kommt es zu permanenten Rückstaus in der Johann-Strauß-Gasse. Davon ist besonders der 13A betroffen, der in Folge oft den Zebrastreifen blockiert, wenn die Fußgängerampeln bereits „grün“ anzeigen. Für die Zufußgehenden ist dadurch ein gefahrloses Überqueren des Zebrastreifens in der Wiedner Hauptstraße über die Johann-Strauß-Gasse nicht möglich.
Dabei liegt gerade diese Kreuzung Wiedner Hauptstraße/Johann-Strauß-Gasse an einem stark frequentierten Schulweg.
Außerdem sind häufig mehrere Busse der Linie 13A gleichzeitig betroffen, was wiederum negative Auswirkungen auf die Bus-Intervalle hat.
4. Bei der Verlegung der 13A-Haltestelle „Johann-Strauß-Gasse“ Richtung Hauptbahnhof wurde zu Beginn der Bauarbeiten nur ein Schild „Haltestelle vorübergehend verlegt“ angebracht – ohne genaue Angabe, wo genau die Haltestelle zu finden ist (der Weg von der üblichen Haltestelle in der Lambrechtgasse in die Leibenfrostgasse 1 – 7 ist für ortsunkundige Personen nicht intuitiv).

Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend

Überprüfung der Verkehrssicherheit neue Mündung Argentinerstraße - Karlsplatz

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 46 die Verkehrssicherheit an der Mündung der neugestalteten Argentinerstraße auf den Karlsplatz zu überprüfen in Bezug auf Konflikte zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen im Bereich vor dem Seiteneingang bzw. der Ecke Karlskirche, im Bereich der Zu- und Abfahrt Richtung Karlsgasse, vor dem östlichen Seiteneingang des Hauptgebäudes der Technischen Universität und dem Platz davor, entlang der Ecke der Technische Universität mit der enger werdenden Fahrbahn und die weitere Fahrbahn entlang dem Haupteingang des Hauptgebäudes der Technischen Universität.

Begründung:

Im Bereich am Karlsplatz gemäß roter Linien im Plan Anhang 1 hierzu ist es sehr gefährlich und zu beobachten, dass Radfahrer*innen und Fußgänger*innen auf Grund fehlender Entflechtung und dezidierter Verkehrsflächenzuordnung in Konflikt geraten.

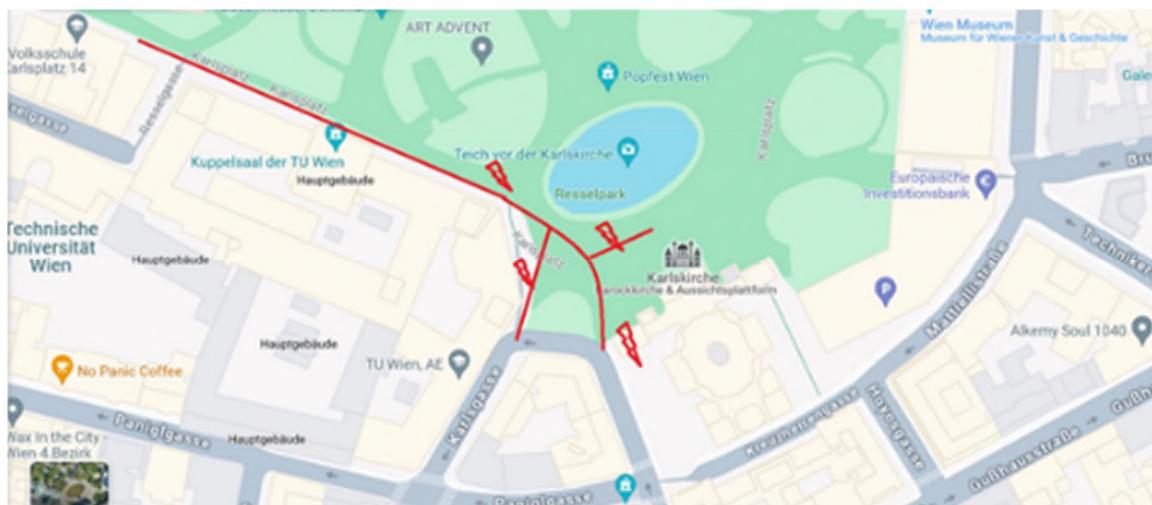
Die frisch errichtete Fahrradstraße Argentinerstraße wird nun wieder wie zuvor fleißig genutzt, wobei es im Verlauf Richtung Operngasse gleich an mehreren Stellen ständig zu gefährlichen Situationen kommt

- Der Weg wird von zahlreichen Wiedner Schulkindern genutzt, um zum Beispiel zur Volksschule Karlsplatz zu kommen und von Ihr wieder nach Hause zu gehen.
- Besucher*innen der Karlskirche sind zum größten Teil ortsunkundige Touristen. Diese nutzen den defacto als Haupteingang dienenden Seiteneingang der Karlskirche. Fahrradfahrer*innen kommen von der Fahrradstraße Argentinerstraße oder wollen dorthin fahren. Die Ecke zur Karlskirche lässt v.a. für von der Argentinerstraße kommende Fahrradfahrer*innen einen uneinsichtigen Winkel entstehen.
- Die Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen in dem Bereich auf dem Platz zwischen Karlskirche, Teich, Grüninsel und Seiteneingang der Technische Universität Hauptgebäude sind sich ständig gegenseitig im Weg. Als Fußgänger*in weiß man gar nicht, wie man sich verhalten und wo man gehen soll.
- An derselben Stelle treffen auch Fahrradfahrer*innen aus vier Richtungen kommend bzw. in vier Richtungen fahrend untereinander aufeinander betreffend die Achsen Wien Museum – Karlsgasse sowie Ecke Hauptgebäude der Technischen Universität – Argentinerstraße, wo ungünstige Situationen zu beobachten sind, da die Fußgänger*innen die

Fahrradfahrer*innen zu Manövern veranlassen und diese die Fahrradfahrer*innen untereinander durcheinanderbringen.

- An derselben Stelle steht jetzt noch der mobile Container mit den WCs, der die Sichtachsen einschränkt.
- Der Seitenausgang des Hauptgebäudes der Technischen Universität ist gefährlich, da man sofort nach dem Betreten des Platzes Teil des Nutzungskonflikts zwischen Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen wird.
- Der Haupteingang des Hauptgebäudes der Technischen Universität ist gefährlich, da man sofort nach dem Betreten des Platzes Teil des Nutzungskonflikts zwischen Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen wird.

Anhang 1



Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.06. 2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend

besseres Radwegenetz auf der Wieden

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die folgenden Straßen

- Blechturmstraße (zwischen Rainergasse und Margaretenring)
- Schönburggasse
- Johann-Strauss-Gasse
- Schaumburgerstraße (zwischen Rainergasse und Waltergasse)
- Rainergasse

auf die Möglichkeit zur Öffnung der Routen für Radfahren gegen die Einbahn zu überprüfen.

Begründung:

Eine Öffnung wäre eine kostengünstige Weiterentwicklung des niederrangigen Radnetzes in unserem Bezirk. Direkte Verbindungen zwischen den Hauptstraßen auf der Wiedner Hauptstraße und der fahrradfreundlichen Straße Schelleingasse/Gassergasse würden das Radfahren noch attraktiver machen.

Eine Öffnung der Einbahnen verhindert regelwidriges Befahren von Einbahnen, es macht viele Wege mit dem Rad einfacher, weil direkter, und es erleichtert besonders für Kinder und Radanfänger:innen den Einstieg ins Stadtradfahren, weil so ruhige Nebenstraßen zugänglich gemacht werden.

**Bezirksrat Clemens Gudenus
stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung zur Sitzung der
Bezirksvertretung am 27. Juni 2024 nachstehenden Antrag**

Betrifft: **Versetzung der „gekennzeichneten Abstellfläche“ für Scooter**

Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge die „gekennzeichnete Abstellfläche“ für Leih-E-Scooter vor dem Geschäftslokal in der Gußhausstraße 26 an einen geeigneteren Standort versetzen.

Begründung:

Durch die „gekennzeichnete Abstellfläche“ entsteht jetzt gewissermaßen eine Engstelle zwischen dieser und dem im Haus Gußhausstraße 26 befindlichen Frisörsalon. Seit Jahrzehnten befindet sich in diesem Geschäftslokal ein Frisörsalon. Dieser wurde dieses Jahr von einer engagierten Jungunternehmerin neuübernommen.

Zusätzlich befindet sich parallel zu der Abstellfläche eine LKW-Ladezone. Die dort täglich anfahrenden LKWs hantieren mit schwerer Last auf Europaletten für TU (Gußhausstraße 28), Druckerei oder Gasthaus. Durch Roller-Abstellfläche wird dies massiv erschwert.

Ich empfehle der Verkehrs- und Planungskommission, die „gekennzeichnete Abstellfläche“ 15 m Richtung Westen, also auf die andere Seite der Fahrradabstellfläche, versetzen zu lassen.

BR Clemens Gudenus



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski und der Klub von Neos stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. Juni 2024 die folgende

RESOLUTION

betreffend

MAHNMAL GEGEN FEMIZIDE

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für ein Mahnmal gegen Femizide, das dauerhaft auf der Wieden installiert werden soll, aus.

Begründung

Auf dem Karlsplatz auf der Wieden befindet sich seit dem Internationalen Frauentag am 8. März 2024 ein Mahnmal gegen Femizide. Es soll aber nur bis Ende August 2024 bestehen. Das Mahnmal ist ein Teil einer größeren Kampagne in der Stadt und im Bezirk.

Frauen in Wien und auf der Wieden leben in einer „Gewaltpyramide aus fehlender Gleichstellungspolitik, tiefstarendem patriarchalen System und unhinterfragten Genderstereotypen“ (derstandard.at).

Auf der Wieden gibt es verschiedene Formen der Gewalt an Frauen. Frauen wurden in den letzten Jahren im Bezirk ermordet.

Um der vielen Frauenleben zu gedenken, die ihr Leben durch Männerhand verloren haben, um die große Lebensgefahr für Frauen aufzuzeigen sowie die Gesellschaft und Politik zu (er)mahnen, gegen jede Form der Gewalt an Frauen aufzustehen und Frauenleben zu retten, wäre die Transformation des temporären in ein dauerhaftes Mahnmal im Bezirk wünschenswert.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. Juni 2024 die folgende

RESOLUTION

betreffend

MENSCHLICHE ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

Im Vorfeld der Nationalratswahl im September 2024 spricht sich die Wiedner Bezirksvertretung für eine menschliche Asyl- und Migrationspolitik aus.

Begründung

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Nach der EU-Wahl steht uns die Nationalratswahl 2024 bevor. Der Wahlkampf wird auch auf der Wieden geführt.

Das Thema Migration ist seit Jahrzehnten ein Thema, dass die Rechten und Rechtsextremen in jeden Wahlkampf zum Hauptthema in ganz Österreich, Wien und im Bezirk machen. Sie machen ständig auf dem Rücken sämtlicher Migrant*innen Politik und greifen damit permanent Menschenrechte an, um ihre rassistische Ideologie zu verbreiten

Andere politische Kräfte meinen manchmal, dieses Wahlthema der FPÖ liebäugelnd aufnehmen zu müssen, fischen dann im Blauen Haifischbecken mit in der Hoffnung, dort auch den einen großen oder kleinen Wahlfang zu machen. Sie machen sich damit zu Mittäter*innen, wenn es um Menschenrechte geht.

Alle nehmen sie wissentlich in Kauf, dass ein Wahlsieg der FPÖ bei der EU-Wahl und auf nationaler Ebene noch weniger Rechte für Schutzsuchende, noch mehr Gefahren und noch mehr Tote an den Außengrenzen, mehr Menschen in Haftbedingung an den Außen- grenzen und mehr tödliche Pushbacks bedeutet.

Asyl ist und bleibt ein Menschenrecht, ein Leben in Sicherheit ist und bleibt ein Menschenrecht.

Migration ist auf der Wieden, in Wien und in Österreich ohnehin sehr restriktiv geregelt. Wir erleben jetzt, dass ausgerechnet Frauen und Kinder, die nach Wien und auf die Wieden einreisen wollten und nach Jahren des Wartens schon Visa sowie Flugtickets hatten, nach der EU-Wahl und dem Sieg der FPÖ in Österreich von einer Einreise abgehalten werden. Es sind aber die Frauen, die am meisten zur gelungenen Integration ihrer Familien beitragen. Sie sind die echten Multiplikatorinnen im Integrationsprozess.

Als Teil der EU, Teil von Österreich und Wien haben in unserem Bezirk sowohl Menschen, die die europäischen Außengrenzen am eigenen Leibe erfahren mussten als auch die, die zum Glück bei ihrer Migration keine Gewalt erfahren haben, ihr Zuhause gefunden.

Sie sind Wiedner*innen.

Als Bezirk, in dem bald wieder ein unmenschlicher und hetzerischer Wahlkampf gegen Migrant*innen und damit gegen Menschenrechte allgemein geführt werden wird, wollen wir im Rahmen der Wiedner Bezirksvertretung nochmals festhalten, dass die Wieden ein Migrationsbezirk ist und bleibt. Bei uns ist nur Platz für menschliche Asyl- und Migrationspolitik.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. Juni 2024 den folgenden

RESOLUTION

betreffend

MEHR SICHTBARKEIT FÜR HÖFE UND GÄRTEN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT

Die Bezirksvertretung spricht sich für Gestaltungsmaßnahmen und/oder Beschilderungen bei den Eingängen zu den grünen Innenhöfen in den Gebäuden der Technischen Universität auf der Wieden aus.

Begründung

In mehreren Gebäuden der Technischen Universität gibt es schön grüne Innenhöfe, die außen fast nicht bekannt sind, dabei sind sie öffentlich zugänglich, mit Bänken und sogar einem Kinderspielplatz ausgestattet. Gerade im dicht verbauten Gußhausviertel wären sie für die Bevölkerung eine kühle und ruhige Rückzugsmöglichkeit. In Zusammenarbeit von Bezirk und der Technischen Universität sollten bei den Eingängen von der Straße Hinweistafeln angebracht werden, damit diese Grünflächen bekannter werden.

"Die vorhandenen Zu- und Durchgänge durch Baublöcke der Technischen Universität können durch Gestaltungsmaßnahmen bei den Eingängen sichtbarer im Grätzl werden. Hier gibt es begrünte Ruhebereiche für Rückzug bei Hitze, einen Kleinkinderspielplatz oder urbane Sitzgelegenheiten für kurzen Aufenthalt. Auch eine Dachterrasse mit Ausblick kann zu den Öffnungszeiten mitgenutzt werden.“

© Wieden - Margareten - Mariahilf - Entwicklungsplan öffentlicher Raum - Stadt Wien 2050

Mag^a Amela Pokorski



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. Juni 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

INFOKAMPAGNE ZU GEBÄUDEBEGRÜNUNGEN

Der zuständige amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, die Magistratsabteilungen 20 und 22 zu beauftragen, die Aufstellung von MUGLI-Infocontainern als Informationsmaßnahme rund um Gebäudebegrünungen im Kampf gegen die Klimakrise und die Hitzeinseln auf der Wieden zu prüfen und in Kooperation mit dem Bezirk umzusetzen.

Begründung

Der Wiener Gemeinderat hat im Mai 2024 neue Förderrichtlinien für die Gebäudebegrünung beschlossen.

Auf der Wieden gibt es bei den Bezirksbewohner*innen großes Interesse und viele Ideen, aber zu wenig Wissen über die vielen Möglichkeiten von Fassaden-, Dach- und Innenhof-Begrünungen bzw. auch, und das ist neu in den Förderrichtlinien: Entsiegelungen von Innenhöfen.

Auf der Wieden braucht es, wie in Margareten, vor allem mehr Bewusstsein bei den Gebäudeeigentümerinnen, damit diese neuen Förderrichtlinien und -töpfe mehr Erfolg haben als die vorangegangenen Gebäudebegrünungsmaßnahmen der Stadt, z. B. im Jahr 2019, wo auf der Wieden die Fördergelder kaum beantragt wurden. Es braucht auch Unterstützung der Bezirksbewohnerinnen bei den verschiedenen Behördenwegen und Antragsstellungen rund um Begrünungen. Eine Informationskampagne ist auf der Wieden daher wünschenswert und notwendig.

„Ein wesentlicher Baustein für mehr Gebäudebegrünungen in der Stadt ist umfassende Information.“

© Czernohorszky: Neue Förderrichtlinien für Gebäudebegrünungen werden im Gemeinderat beschlossen - Presse-Service (wien.gv.at)

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. Juni 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

BEGEGNUNGSZONE OHNE UMBAUTEN

Die zuständige amtsführende Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die Magistratsabteilung 46 zu beauftragen, alle bereits vom Bezirk beschlossenen Begegnungszenen auf der Wieden auch ohne einhergehende Umbauten zu prüfen und die Ergebnisse der Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung vorzulegen.

Begründung

Einige Straßen und Gassen auf der Wieden warten auf Verkehrsberuhigungen und eine Mobilität mit Zukunft.

Aus Budgetgründen sind nicht alle Projekte gleichzeitig umsetzbar, auch wenn sie schon länger der Umsetzung harren. So wurde zum Beispiel bereits 2020 beschlossen, die Heumühlgasse zwischen der Margaretenstraße und der Schönrunnerstraße in eine Begegnungszone umzuwandeln.

Begegnungszenen erhöhen die Lebensqualität für Bewohnerinnen und ermöglichen ein gleichberechtigteres Miteinander aller Verkehrsteilnehmerinnen.

Deshalb ist die Umsetzung von Begegnungszenen auf der kleinen und verkehrsgeplagten Wieden auch ohne teure Umbauten prüfenswert.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. Juni 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

STUDIE ZUM LEERSTAND AUF DER WIEDEN

Die zuständigen Stadträt*innen Kathrin Gaál und KR Peter Hanke werden ersucht, die ihnen unterstellten Magistratsabteilungen 23 und 69 mit einer Studie zur Erhebung des Leerstandes bei den Gemeindewohnungen auf der Wieden zu beauftragen.

Begründung

Das dringlichste Thema für viele Menschen im Bezirk ist das Thema Wohnen. Der Leerstand ist ein großes Thema auf der Wieden. Die Kaufpreise sowie Mieten steigen immer weiter an, es ist für viele Menschen immer schwieriger, eine leistbare Wohnung zu finden bzw. müssen Wiedner*innen schon den Bezirk verlassen, weil sie sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten können, während Wohnungen oder gar ganze Häuser leer stehen.

Wie viele öffentliche und private Wohnungen auf der Wieden derzeit tatsächlich ungenutzt leer stehen, ist unklar. Die letzte Erhebung für ganz Wien fand 2015 statt.

2021 war die Stadt Wien der Meinung, dass eine neuerliche aufwendige Erhebung nur sinnvoll sei, wenn eine Leerstandsabgabe auf Länderebene in greifbare Nähe rückt. Das könnte bald der Fall sein, wenn es zu einer Gesetzesnovelle auf Bundesebene kommt. Es braucht evidenzbasierte Daten zum Leerstand, damit die Maßnahmen, die dann gesetzt werden, auf der Wieden auch wirken.

Forscher der Technischen Universität haben die Leerstände in Wiener Neubauten, die zwischen 2017 und 2020 fertiggestellt wurden, erhoben. In 15 Prozent der 264 untersuchten Projekte war weder ein Haupt- noch ein Nebenwohnsitz gemeldet. Das gilt auch für jene Wohnungen, die bereits 2017 errichtet wurden. Der Leerstand in neueren Wohnungen war noch um einiges höher. Auf der Wieden sind seit 2015 etliche Neubauten und Spekulationsobjekte entstanden.

Wir sollten die Leerstandslage im Bezirk kennen, um uns als Vertreter*innen der Menschen im Bezirk in weiterer Folge für die richtigen Maßnahmen einzusetzen zu können, die den negativen Folgen von Leerstand für Lebens- und Wohnqualität, Umwelt und Wirtschaft entgegenwirken..

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 27. Juni 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

MEHR KONSUMFREIE QUALITÄTSRÄUME FÜR DIE WIEDEN

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die Magistratsabteilung 19 zu beauftragen, Möglichkeiten für konsumfreie, schattige Sitz- und Verweilangebote im öffentlichen Raum auf der Wieden zu prüfen und mit dem Bezirk gemeinsam umzusetzen.

Begründung

Es geschieht immer wieder auf der Wieden, dass die schönsten, schattigsten und teilweise frisch gestalteten Gehsteige und Plätze im Bezirk als Schanigärten genutzt werden. Siehe zum Beispiel Untere Favoritenstraße (gar vier Schanigärten, zwei davon mit sehr großen Schanigärten), Ida-Margulies-Platz etc.

Mit dem besten öffentlichen Raum wird vor allem privater Profit gemacht.

Die konsumfreien Sitzgelegenheiten außerhalb von Parkanlagen hingegen fallen kleiner, wenig bis nicht beschattet und karg aus. Siehe Heumühlgasse, Untere Favoritenstraße etc.

Wiedner*innen sollten vor allem in der warmen Jahreszeit und bei Hitze raus in den öffentlichen Raum und dort sowohl konsumfrei ihre Freizeit verbringen als auch sich abkühlen können. Wir brauchen mehr Aufenthaltsqualität ohne Konsumzwang. Der öffentliche Raum muss ein wertvoller Platz für ALLE sein, auch jene, die nicht konsumieren können und/oder wollen. Das Ziel sind attraktive Freiräume in der unmittelbaren Wohnumgebung.

Mag^a Amela Pokorski



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. MÄRZ 2024

TRANS*-PRIDE ZEBRASTREIFEN IN DER OPERNGASSE/RECHTE WIENZEILE UMSETZEN.

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung möge die Gestaltung eines Zebrastreifens für die Wieden in den Trans*-Pride-Farben hellblau, pink und weiß durchführen. Als Standort wird der neu zu errichtende Zebrastreifen in der Operngasse Ecke rechte Wienzeile vorgeschlagen.

BEGRÜNDUNG:

Vielfalt und Solidarität sind feste Grundprinzipien, zu denen sich die Wieden bekennt. Jegliche Diskriminierung hat im politischen und gesellschaftlichen Leben des 21. Jahrhunderts absolut keinen Platz. Dennoch ist mit Bedauern festzustellen, dass Trans*, Inter und nicht binäre Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen konfrontiert sind. Vielfalt und Solidarität dürfen keine leeren Worthülsen bleiben. Sie müssen vielmehr Bestandteil des öffentlichen Raumes werden und klar und unmissverständlich für alle sichtbar sein. Mit einem Trans*-Pride-Zebrastreifen bekennt sich die Wieden zu ihrer Buntheit und setzt ein starkes Zeichen für die antidiskriminierende Behandlung von Trans*, Inter und nicht binären Personen. Trans*-Pride-Zebrastreifen erfreuen sich im Übrigen in anderen Teilen der Stadt Wien großer Beliebtheit. Die Bezirke 5, 8 und 9 verfügen bereits über derlei Zebrastreifen.

BRin Barbara Neuroth

Betreff: Minimierung der Oberflächenversiegelung im Resselpark

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. März 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 42 „Stadtgartenamt“ möge für den Resselpark ein Konzept ausarbeiten, das eine deutliche Minimierung der Oberflächenversiegelung im Resselpark vorsieht. Das Ergebnis soll der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung im Umweltausschuss vorgelegt werden.

Begründung

Erst kürzlich wurden für den Vorplatz beim Wien Museum wertvolle Teile des grünen Resselparks geopfert. Durch den Klimawandel kommt es zu daher zu vermehrten Hitzehotspots im Sommer. Nach derzeitigen Wissenstand sollen versiegelte Flächen minimiert werden und Grünflächen geschaffen werden. Diese leisten auch einen Beitrag zur Steigerung des Microklimas vor Ort.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 26. September 2024, stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Überprüfung zusätzlicher Verkehrsmaßnahmen auf der Fahrradstraße Argentinierstraße

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, auf Basis der von der Frau Bezirksvorsteherin beauftragten Verkehrszählung für die Argentinierstraße, für den Abschnitt zwischen Wiedner Gürtel und Weyringergasse Maßnahmen auszuarbeiten, die eine Einhaltung der Verkehrsregeln auf der Fahrradstraße durch die Verkehrsteilnehmenden sicherstellen und dadurch den Durchzugsverkehr auf der Argentinierstraße über die Kreuzung mit der Weyringergasse unterbinden. Die Vorschläge mögen der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission übermittelt werden.

Begründung

Die Argentinierstraße wird derzeit bis Jahresende in eine neue Fahrradstraße umgebaut. Im größten Bürger:innenbeteiligungsprozess der Geschichte des Bezirks wurde dabei eine Modernisierung der Radverkehrsinfrastruktur nach holländischem Vorbild mit Verkehrsberuhigung, mehr Begrünung im Straßenraum, mehr Platz für das Zu-Fuß-Gehen und mehr Aufenthaltsqualität erarbeitet. Viele Abschnitte sind bereits fertiggestellt, insbesondere der südliche Abschnitt zwischen Elisabethplatz und Wiedner Gürtel. Dabei wurde ein Verkehrskonzept umgesetzt, das den, aus der Schelleingasse in die Argentinierstraße einfahrenden motorisierten Individualverkehr über den Gürtel bzw. die Weyringergasse abführt, um die Argentinierstraße zu beruhigen und den Radverkehr zu priorisieren. Viele Autofahrende haben sich noch nicht an die neuen Umstände gewöhnt und befahren die Schelleingasse und in weiterer Folge die Argentinierstraße in der Aussicht auf eine vermeintliche Umfahrung von Hauptverkehrs wegen.

Um eine belastbare Analyse der gefahrenen Verkehrswege vornehmen zu können, wurde die Magistratsabteilung 46 mit einer Verkehrszählung für den oberen Abschnitt beauftragt. Dadurch soll insbesondere festgestellt werden, wieviele Fahrzeuge nicht-regelkonformes Fahrverhalten



Bezirksorganisation Wieden

an den Tag legen. Basierend auf den Daten möge von der Verkehrsbehörde überlegt werden, wie das regelkonforme Fahrverhalten sichergestellt werden kann.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 26. September 2024, stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Eislaufplatz im Alois-Drasche-Park

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, die Optionen für ein Abschleifen bzw. einen Neuankauf der Platten für den Winter-Eislaufplatz im Alois-Drasche-Park zu überprüfen und die Ergebnisse der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Sozialkommission zu übermitteln.

Begründung

Da aufgrund der wärmer werdenden Winter ein nur durch Außentemperaturen gekühlter Natureislaufplatz kaum umsetzbar ist, wurde vor mehr als fünf Jahren ein Kunsteislaufplatz für den Alois-Drasche-Park angekauft und für einen mehrwöchigen Zeitraum eingesetzt. Insbesondere in Kombination mit einem betreuten Eislaufschuh-Verleih hat dieses Projekt auch Zuspruch gefunden. Aufgrund der nunmehrigen Einsatzdauer ist die Notwendigkeit einer Erneuerung der Platten zur Fortsetzung des Projekts absehbar. Die Magistratsabteilung 42 wird um Erhebung ersucht, ob ein Abschleifen der Platten möglich und kostenmäßig sinnvoll ist bzw. welche Optionen für einen Neuankauf bestünden. Die Ergebnisse dieser Optionenprüfung sollen dann näher beraten werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 26. September 2024, stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte und der Klub von NEOS den nachfolgenden

Antrag

betreffend

„Wiener Klimahimmel“ auf der Wieden

Die zuständigen Magistratsabteilungen 22, 28 und 42 werden ersucht, Voraussetzungen und geeignete Standorte für ein Pilotprojekt zur Straßenraumbeschattung mittels großflächiger Rankpflanzen unter Berücksichtigung der Sichtachsen im vierten Bezirk zu prüfen und der Frau Bezirksvorsteherin entsprechende Informationen zur näheren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln.

Begründung

Im Rahmen eines von der Magistratsabteilung 22 unterstützten Forschungsprojekts „Wiener Klimahimmel“ wurden Möglichkeiten zur großflächigen Straßenraumbeschattung durch Rankpflanzen an Orten, an denen Baumpflanzungen nicht möglich sind, geprüft. Schnellwachsende Rankpflanzen, wie wilder Wein, sollen an Gerüsten und Netzen entlangwachsen und damit großräumig Schatten spenden. Gerade in einem dicht verbauten Bezirk wie der Wieden, in der unterirdische Leitungen regelmäßig eine Herausforderung für Baumpflanzungen im Straßenraum darstellen, wäre dies eine für viele Örtlichkeiten sehr nutzbringende Alternative, insbesondere wenn keine Baumpflanzungen möglich sind. Nähere Informationen zu den Voraussetzungen des Projekts und potenziell geeignete Örtlichkeiten sind ein erster Schritt zur Umsetzung eines Pilotprojekts im Bezirk.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 26. September 2024, stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Schachspiel am St.-Elisabeth-Platz

Die zuständigen Magistratsabteilungen 42 und 28 werden ersucht, in Abstimmung mit der Bezirksvorsteherin die Aufstellung eines Schachspiels am St.-Elisabeth-Platz zu prüfen.

Begründung

Der erweiterte St.-Elisabeth-Platz erfreut sich bereits jetzt großer Beliebtheit und intensiver Nutzung durch Eltern, Kinder und auch ältere Bezirksbewohner:innen. Einer Bürger:innen-Idee folgend soll das bestehende Freizeitangebot durch eine Schachmöglichkeit weiter ergänzt werden. Gemeinsam mit der Bezirksvorstehung und in Abstimmung mit den am Platz befindlichen Institutionen und Geschäften sollte im Fall der Aufstellung auch eine Leihmöglichkeit für Schachfiguren organisiert werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 26. September 2024, stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Ausbesserung Grünbeete Weyringergasse

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, die durch Baustellen beeinträchtigten Grünbeete in der Weyringergasse im Nahebereich der Favoritenstraße auszubessern.

Begründung

Im Zuge von Bauarbeiten in der Weyringergasse wurden in mehreren Grünbeeten Stangen und Schilder aufgestellt, durch die eine Beschädigung der Unterbepflanzung hervorgerufen wurde. Diese Beeinträchtigungen sollen zeitnah beseitigt werden. Soweit die Verursacher nachvollziehbar sind, sollen die Kosten dafür entsprechend weiterverrechnet werden.



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. SEPTEMBER 2024

DURCHZUGSVERKEHR IN DER RAINERGASSE STOPPEN

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzulegen, Pläne auszuarbeiten, bei denen der Durchzugsverkehr auf der Rainergasse zwischen Blechturmstraße und Johann-Strauß-Gasse unterbunden wird. Die Pläne sollen der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Diskussion in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

BEGRÜNDUNG:

Durch den Umbau der Wiedner Hauptstraße und der Umleitung des Verkehrs in die Mayerhofgasse ist auch nach der Fertigstellung des Umbaus mit massiver Verkehrsbelastung in der Rainergasse zu rechnen. Damit einher gehen große Lärmbelastung und Luftverschmutzung sowie eine erhöhte Unfallgefahr für die Anrainerinnen der Rainergasse sowie die Kinder, die täglich das Rainergymnasium bzw. den städtischen Kindergarten besuchen. Aus diesem Grund ist der Zugangsbereich des städtischen Kindergartens derzeit auch mit einer Barriere am Gehsteig gesichert. Durch einen Verkehrsfilter im Bereich Rainergasse 23-25 kann eine Verkehrsberuhigung in dieser vielfrequentierten Umgehungsroute der Wiedner Hauptstraße erreicht werden. Dadurch könnte in diesem Bereich ein kleiner Platz mit Zugang zum Alois-Drasche-Park mit erhöhter Aufenthaltsqualität und Sicherheit für Kinder, Eltern und Anrainerinnen entstehen.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. SEPTEMBER 2024

VORAUSSCHAUENDE ERSATZPFLANZUNG FÜR GROSSE PLATANE IM ALOIS-DRASCHE-PARK

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht die zuständige Magistratsabteilung 42 anzuweisen, im Alois-Drasche-Park eine vorausschauende Ersatzpflanzung bzw. Neupflanzung für die große, bald zu fällende, Platane (beim Zugang Hauslabgasse) vorzunehmen.

BEGRÜNDUNG:

Bei einem Gespräch mit der Baumpflegefirma, die diesen Baum massiv zurückgeschnitten und gesichert hatte, wurde uns mitgeteilt, dass dieser noch maximal 5-6 Jahre zu leben hat. Damit bei der absehbaren Fällung bereits ein Ersatzbaum in einer gewissen Größe vorhanden ist, wäre es jetzt an der Zeit, so bald als möglich in unmittelbarer Nähe einen neuen Baum zu pflanzen.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. SEPTEMBER 2024

WENIGER ABGASE, WENIGER LÄRM, MEHR LEBENSQUALITÄT: TEMPO 30 FÜR AUTOS AUF DER WIEDNER HAUPTSTRASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzusegnen, die Tempo-30-Zonen auf die Wiedner Hauptstraße auf alle Bereiche auszuweiten, auf denen die Straßenbahn eine eigene Trasse hat und sie sich die Fahrbahn nicht mit anderen Verkehrsteilnehmer*innen teilen muss. Sollte eine „30er Zone“ nicht möglich sein, soll ein linearer 30er auf folgenden Abschnitten für den motorisierten Individualverkehr verordnet werden:

- Blechturmstraße bis Schönburggasse
- Stadteinwärts vom Irene-Harand-Platz bis zur Bezirksgrenze
- Stadtauswärts von der Schleifmühlgasse bis zur Paulanergasse

BEGRÜNDUNG:

Die neu verlegten Gleise werden für eine besonders hohe Laufruhe der Straßenbahnen sorgen, weshalb es wichtig ist, die Lärmemissionen des motorisierten Verkehrs einzudämmen.

Tempo 30 für PKW und LKW führt nur zu geringen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO₂-Ausstoß. Auch erhöht diese Maßnahme die Aufenthaltsqualität, weshalb die lokale Wirtschaft gefördert wird.

Damit ist belegt, dass die Vorteile klar überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der realen Klimagefahr notwendig ist.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. SEPTEMBER 2024

AMPELSCHALTUNG ARGENTINIERSTRASSE/WEYRINGERGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 33 wird ersucht, die Ampel Argentinierstraße/Weyringergasse dahingehend zu überprüfen, ob durch eine Anpassung und Koordination der Umlaufzeit der Ampel an die Ampel der Kreuzung des Gürtels mit der Argentinierstraße (beispielsweise im Rahmen der Einfügung eines doppelten oder dreifachen Umlaufs der Ampel in jenen des Umlaufs der Ampel des Gürtels), eine "grüne Welle" für stadteinwärts fahrende Radfahrende hergestellt werden könnte. Dabei soll darauf Bedacht genommen werden, dass sie die Fahrzeit des 13A nicht verlängert und der Querungskomfort für Fußgänger:innen nicht verschlechtert. Das Ergebnis möge der Frau Bezirkvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission übermittelt werden

BEGRÜNDUNG:

Eine Fahrradstraße muss optimal für Radfahrende gestaltet sein. Dazu gehören auch passende Ampelschaltungen und eine ‚Grüne Welle‘ für Radfahrende.

Es wurde vor einiger Zeit die Grüne-Welle-Wien-App vorgestellt, mit deren Hilfe kann der Ring mit der passenden Geschwindigkeit in einer ‚grünen Welle‘ umrundet werden. Die Technik ist also vorhanden.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter

Fabian Setznagel
Bezirksrat

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. SEPTEMBER 2024****BLÜHENDE BEETE WIEDNER HAUPTSTRASSE 72-78****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 42 anzusegnen, die verwahrlosten Beete auf der Wiedner Hauptstraße Höhe Ordnungsnummer 72-78 mit blühenden, bienenfreundlichen und schmetterlingsfreundlichen Stauden zu bepflanzen. Dabei soll auch eine automatische Bewässerung ergänzt werden.

BEGRÜNDUNG:

Aktuell wirken die Beete in diesem Bereich sehr ungepflegt und sollten ordentlich gestaltet werden.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. SEPTEMBER 2024**ÜBERPRÜFUNG DER TELEFONZELLEN AUF DER WIEDEN HINSICHTLICH IHRES STANDORTS AUF PLÄTZEN UND GEHWEGEN****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 mögen überprüfen, welche Telefonzellen so platziert sind, dass sie Fußgänger*innen behindern, in kritischen Sichtachsen stehen oder im Nahebereich eines Spielplatzes nicht mehr ihre Funktion erfüllen.

BEGRÜNDUNG:

Insbesondere die Telefonzellen in der umgebauten Wiedner Hauptstraße 17 (vor Drogerie Markt) oder am St.-Elisabeth-Platz nahe dem neu umgebauten Kinderspielplatz wären in so einer kritischen Lage.

Öffentliche Telefonzellen haben inzwischen weitgehend ihre Funktion zur Kommunikation verloren. Durch Umbauten im öffentlichen Raum werden sie inzwischen immer mehr als störend empfunden und behindern den Fußgänger*innen-Verkehr. Deshalb ist eine Überprüfung der Standorte sinnvoll.

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. SEPTEMBER 2024

RADABSTELLANLAGEN / ROLLERABSTELLANLAGEN

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzulegen, vor dem Amtshaus der Wieden zusätzliche Radabstellanlagen sowie Rollerabstellanlagen zu errichten.

BEGRÜNDUNG:

Gesunde Mobilität ist auf dem Vormarsch. Im Amtshaus der Wieden befindet sich ein Kindergarten der Magistratsabteilung 10 mit ca. 120 Kindern. Die Radabstellanlagen hier reichen nicht aus. Zusätzlich werden für Roller (nicht elektrisch) Abstellanlagen benötigt.

Fabian Setznagel
Bezirksrat



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26. SEPTEMBER 2024

MEHR BÄUME IM GRÜNSTREIFEN UND DAMIT MEHR KÜHLWIRKUNG AM GÜRTEL

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin für Verkehr, Mag.^a Ulli Sima, für die Magistratsabteilung 28, und der zuständige Stadtrat für Klima, Mag. Jürgen Czernohorszky, für die Magistratsabteilung 42, mögen überprüfen, ob im Grünstreifen zwischen den Fahrbahnen am Gürtel zwischen den locker gesetzten Bäumen weitere Baumpflanzungen möglich sind, um durch einen Kronenschluss eine bessere Abkühlung und Beschattung der Grünfläche zu erreichen. Es handelt sich dabei um den begrünten Mittelstreifen zwischen der Prinz Eugen-Straße und der Argentinierstraße. Der Mittelstreifen auf Höhe der Mommsengasse hat eine Breite von 9 m, weshalb dort die Pflanzung von weiteren Bäumen möglich sein könnte.

BEGRÜNDUNG:

Gerade bei der Gürtelfahrbahn ist die Erhitzung der Betonflächen besonders groß. Der Grünstreifen mit Bewässerung zwischen den Fahrbahnen ist nicht nur eine wichtige optische Aufwertung; die Kühlwirkung sollte durch vermehrte Baumpflanzungen optimiert werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND DER
LINKS-BEZIRKSRÄTIN
MAG^a AMELA POKORSKI
IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 26.
SEPTEMBER 2024**



ALLE ANTRÄGE INKL. STIMMVERHALTEN ONLINE VERÖFFENTLICHEN

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, KR Peter Hanke, wird ersucht, alle Anträge, Anfragen und Resolutionen auf der Website wien.gv.at/wieden zu veröffentlichen, egal ob sie angenommen, zugewiesen oder abgelehnt wurden. Dabei soll sowohl die Antragssteller*in sowie das Stimmverhalten der Parteien gut ersichtlich sein. Ein weiterführender Link zu einer Kopie des Antrages wäre wünschenswert.

BEGRÜNDUNG:

Eine übersichtliche Auflistung auf der Wieden-Website aller Anträge inkl. Stimmverhalten der einzelnen Parteien und Link zu einer Kopie des Antrags schafft mehr Transparenz und macht den Bürger*innen Bezirkspolitik greifbarer. Unsere Gesellschaft ist von einer großen Politikverdrossenheit geprägt. Jede Maßnahme, die dem entgegenwirken kann, sollte ergriffen werden.

Pascal Riepl
Stellvertretender Bezirksvorsteher

Mag^a Amela Pokorski
Bezirksrätin

Betrifft: Gefahrensituation Wiedner Hauptstraße/Treitlstraße rasch entschärfen – Mehr Sicherheit auf dem Schulweg

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26. September 2024 gemäß. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Aktuell endet der Radweg Wiedner Hauptstraße/Treitlstraße abrupt und viele Radfahrerinnen und Radfahrer fahren schlicht über den Gehsteig weiter, um dann entweder links oder rechts abzubiegen. Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge diese Gefahrensituation, insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie Fußgängerinnen und Fußgänger, rasch entschärfen und für mehr Sicherheit im Sinne der Fußgängerinnen und Fußgänger sorgen..

Begründung

Bei diesem Gehsteig handelt es sich um einen Schulweg. Daher sind vor allem Schülerinnen und Schüler aber auch Fußgängerinnen und Fußgänger der Gefahr eines Zusammenstoßes durch Radfahrerinnen und Radfahrer ausgesetzt und es entstehen gefährliche Situationen. Vor allem die Sicherung eines Schulweges muss oberste Priorität haben.

Fußgängerinnen und Fußgänger dürfen nicht zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse werden.



Betrifft: Grünfläche Kreuzherrengasse Ecke Argentinierstraße: Pflegen und Bewässerungssystem

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag.^a Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26. September 2024 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung 42 möge die Grünfläche Kreuzherrengasse Ecke Argentinierstraße regelmäßig pflegen und mit einem Bewässerungssystem ausstatten.

Begründung

Diese Grünfläche (besonders im Sommer kaum als solche zu erkennen) vor einem der bedeutendsten Bauwerke Wiens, der Karlskirche, ist vollkommen ungepflegt. Vor allem der Rasen wird praktisch nicht gegossen. Ein Bewässerungssystem würde zu einer deutlichen Verbesserung führen.



Betrifft: Schutzwege auf der Wiedner Hauptstraße auch über den Radweg ziehen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26. September 2024 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge bei allen Fußgängerquerungen mit Schutzwegen auf der Wiedner Hauptstraße diese Schutzwege auch über den neuen Radweg ziehen.

Begründung

Oftmals fahren Radraserinnen und Radraser mit viel zu hoher Geschwindigkeit, weshalb vor allem Fußgängerinnen und Fußgänger der Gefahr eines Zusammenstoßes ausgesetzt sind und es entstehen gefährliche Situationen. Schutzwege bringen mehr Sicherheit. Fußgängerinnen und Fußgänger dürfen nicht zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse werden.

Die teilweise fertiggestellten Bereiche auf der Wiedner Hauptstraße offenbaren, dass Schutzwege bei Querungen auf der Wiedner Haupstraße nicht über den neuen Radhighway geplant wurden.

Betrifft: Mehr Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger (davon viele Schülerinnen und Schüler) vor Radrasern beim Übergang Gusshausstraße/Argentinierstraße

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26. September 2024 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 möge den Schutzweg für Fußgängerinnen und Fußgänger bei der Kreuzung Gusshausstraße/Argentinierstraße über den Radweg (beidseitig Gusshausstraße) verlängern, um mehr Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger zu ermöglichen. Ziel des Schutzweges ist vor allem, dass Radraserinnen und Radraser mehr Rücksicht auf Fußgängerinnen und Fußgänger (davon viele Schülerinnen und Schüler) nehmen..

Begründung

Oftmals fahren Radraserinnen und Radraser mit viel zu hoher Geschwindigkeit, daher sind vor allem Fußgängerinnen und Fußgänger der Gefahr eines Zusammenstoßes ausgesetzt und es entstehen gefährliche Situationen. Der Schutzweg bringt mehr Sicherheit. Fußgängerinnen und Fußgänger dürfen nicht zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse werden.

Bereits in der Bezirksvertretungssitzung vom 27. Juni 2024 wurde dieser Antrag gestellt und mehrheitlich angenommen. Am 18. Juli 2024 antwortete die Magistratsabteilung 46, dies „sei derzeit nicht vorgesehen“, ohne eine sachliche Begründung zu geben. Es wird argumentiert, das Queren sei für Fußgängerinnen und Fußgänger „bei gebotener Achtsamkeit auch ohne Vorhandensein von Schutzwegen konfliktfrei“ möglich. Dabei verkennt die Magistratsabteilung 46, dass es beim Schutzweg darum geht, Radraserinnen und Radraser einzubremsen, damit Fußgängerinnen und Fußgänger sicherer queren können.

Gerade dieser Übergang wird von vielen Schülerinnen und Schülern frequentiert, daher muss deren Schutz an oberster Stelle stehen und entsprechende Maßnahmen gesetzt werden.

Die NEOS Bezirksrät_innen
 Ana Badhofer
 Anna Stürgkh
 Philipp Wörndl
 Die Grünen Wieden

An die
 Bezirkvorstehung Wieden
 z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS und der Grünen Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.09.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend der Ausweitung der Begrünung Schelleingasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.a. Ulli Sima zu ersuchen die Begrünungsmaßnahmen an der Schelleingasse auszuweiten und das Ergebnis der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln. Analog zu den bereits umgesetzten Maßnahmen zwischen Blecheturmgasse und Favoritenstraße sollen nun weitere Pflanzungen im Bereich Favoritenstrasse bis Argentinierstraße umgesetzt werden.

Begründung:

Nach einer umfassenden Neugestaltung der Argentinierstraße und einer bereits begrünten Fahrradstraße im oben genannten Teilbereich der Schelleingasse kann hiermit ein Lückenschluss im Radnetz gelingen. Darüber hinaus mangelt es den Anrainer_innen im weiteren Verlauf der Schelleingasse an Beschattung.

Wien, am 19.09.2024

Die NEOS Bezirksräte_innen
 Ana Badhofer
 Anna Stürgkh
 Philipp Wörndl
 Die Grünen Wieden

An die
 Bezirkvorstehung Wieden
 z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS und die Grünen Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.09.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend die Fassadenbegrünung Schelleingasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen die Magistratsabteilung 22 zu ersuchen, die Möglichkeit einer Fassadenbegrünung an den Wohnhäusern der Gemeinde Wien in der Schelleingasse O.Nr. 9-15 zu überprüfen und gegebenenfalls in die Wege zu leiten

Begründung:

Die Begrünung von Fassaden leistet einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Hitze im innerstädtischen Raum und soll daher auf dem Weg zur Klimamusterstadt in Wien stark vorangetrieben werden. Fassadenbegrünungen auf im Eigentum der Stadt Wien stehenden Gebäuden sind dabei eine konkrete Maßnahme zur Klimawandelanpassung im Grätzl.

Wien, am 19.09.2024

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. September 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

BEAUFTRAGUNG MASTERPLAN GEHEN FÜR DIE WIEDEN

Die zuständige Magistratsabteilung 18 wird ersucht, ein Planungsbüro mit der Ausarbeitung eines „Masterplan Gehen Wieden“ an ein erfahrenes Planungsbüro im Herbst/Winter 2024 zu vergeben, damit Anfang 2025 die Auftragerteilung vorliegt und die Erarbeitung des „Masterplans Gehen“ für Wieden beginnen kann.

Begründung

Dem Zufußgehen kommt auf der Wieden eine bedeutende Rolle zu; in Zukunft wird das Zufußgehen angesichts des Klimawandels hoffentlich noch bedeutender als zur Zeit. Die amtsführende Stadträtin Mag^a Ulli Sima engagiert sich für dieses Thema.

Wenn die Wieden in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Stadt Wien, der Mobilitätsagentur und einem Planungsbüro einen „Masterplan Gehen“ erstellen lässt, können die Masterpläne von angrenzenden Bezirken ergänzt werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. September 2024 den folgenden

ANTRAG**betreffend****ERSTE COOLE ZONE AUF DER WIEDEN**

Der Amtsführender Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, das Projekt „Coole Zonen – reinkommen und abkühlen“ mit Sommer 2025 umzusetzen.

Begründung

Die Bezirksvertretung hat am 28. September 2023 die Ausweitung des Pilotprojektes 2023 für 2024 auf der Wieden in einem gemeinsamen Antrag von LINKS, SPÖ und Grüne gefordert.

2024 wurde das Projekt Coole Zone wurde im Rahmen des Hitzeaktionsplans der Stadt Wien gemeinsam mit der Urban Innovation Vienna und lokalen Partner*innen auf 12 Standorte in ganz Wien ausgeweitet. Darunter befinden sich Amtshäuser, Büchereien und Pensionist*innen-Klubs. Beim Neubau des Wien Museums war ursprünglich auch von einer Coolen Zone die Rede.

Steigende Temperaturen und viele Hitzetage mehr ohne ausreichenden Schutz werden für vulnerable Gruppen immer belastender und zu einer echten Gefahr. Wir wollen auf der Wieden, die fast durchgehend eine innerstädtische Hitzeinsel ist, an heißen Tagen Entlastung für Menschen schaffen. Besonders Menschen ohne Obdach und Wohnungen würden davon profitieren. Die Wieden will nicht wegschauen, wie Menschen im Bezirk unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, ohne etwas dagegen machen zu können. Wir hoffen, dass die Stadt Wien uns nächsten Sommer bei diesem Vorhaben unterstützt.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. September 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

KLETTERPFLANZENGERÜST MOZARTPLATZ

Die zuständigen amtsführernden Stadträt*innen Mag.^a Ulli Sima und Mag. Jürgen Czernohorszky werden ersucht, die zuständigen Dienststellen zu beauftragen, im Rahmen der Ausgestaltungsmöglichkeiten am Mozartplatz Klettergerüste für Pflanzen zu prüfen.

Begründung

Die verkehrstechnische Überprüfung hinsichtlich der mehrmals geforderten Verkehrsberuhigung des Platzes läuft zum Zeitpunkt der Sitzung noch oder ist mit heutigem Datum bereits abgeschlossen. Zeitnah sollten die Ausgestaltungsmöglichkeiten in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirk erfolgen.

Es geht darum, den öffentlichen Raum auf der Wieden klimaresilient im Rahmen der jeweiligen Ortsmöglichkeiten zu gestalten.

Ein Architekturbüro hat eine Konstruktion entworfen, die je nach Gegebenheit aus Seilen, Netzen und Säulen besteht, auf denen sich Pflanzen hoch- und entlangranken können. Der Raum darunter wird beschattet.

Nicht überall ist Platz für Straßenbäume, vor allem für deren Wurzeln. Rankpflanzen könnten eine gute Alternative sein. Sie würden zumeist schneller als Bäume wachsen; auch Pflanztröge sollten sich eignen. Eine automatische Bewässerung wäre auch in Trögen möglich.

Der Bezirk Mariahilf möchte Ähnliches in der Corneliusgasse im Rahmen von Wiener Klimateams umsetzen. Von der Stadt wurde die Planung und Entwicklung im Rahmen eines Forschungsprojekts bereits unterstützt. Das Projekt nennt sich bezeichnenderweise „Wiener Klimahimmel“.

Die Wieden wurde gemeinsam mit Mariahilf und Margareten im „Entwicklungsplan öffentlicher Raum Vision 2050“ analysiert. Die Strategie für eine klimagerechte Wieden dort lautet: zeitgemäßer Umbau des öffentlichen Raums, begrüntes und kühles Wegenetz, kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung, schrittweiser Umbau von Grätzelstraßen, etc.

Schaffen wir auch auf der Wieden einen ersten „Klimahimmel“!

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. September 2024 den folgenden

ANTRAG**betreffend****SCHUTZMASSNAHMEN FÜR BÄUME**

Der amtsführende Stadtrat für Umwelt Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, gemeinsam mit den anderen Ressorts der Wiener Stadtverwaltung die bestehenden Richtlinien für den Schutz von Bäumen im Straßenraum zu überarbeiten und damit in Zukunft die Lebensbedingungen und Lebensdauer von Bäumen im Bezirk und darüber hinaus zu verbessern.

Begründung

„Bäume im Straßenraum haben es zumeist nicht leicht: Der verdichtete Boden, die Einschränkung des Wurzelraums, Salz im Winter und Trockenheit im Sommer setzen ihnen zu.“ (© Wiener Umweltanwaltschaft)

Wir sehen auf der Wieden tatsächlich tagtäglich diese Probleme bei Pflanzungen und bei bestehenden Bäumen. Es handelt sich dabei um zu wenig Wasserversorgung, ausgedehnte Rückschnitte, mangelnde Bodenvorbereitung, zu kleine Pflanzlöcher, Jungbäume, die bald sterben, z. B. in der Schönbrunnerstraße; Baustellen, auf denen zu wenig auf den Baumschutz geachtet wird, z. B. Materialablagerungen, Verdichtungen des Bodens und Grabungsarbeiten im Wurzelbereich derzeit im Resselpark rund um den Neubau des Cafés Resselpark.

Weitere Baustellen auf der Wieden haben wir seit Monaten einige, z. B. Wiedner Hauptstraße, Argentinierstraße. Derzeit werden noch bei diesen Arbeiten viel zu viele Bäume beschädigt; bei Neupflanzungen überleben nicht lange und viel zu viele sterben ab. Wir sehen bei neuen und alten Grünflächen, wie sie vertrocknen, das Unkraut wuchert, verwahrlosen und nur der Schotter übrigbleibt.

Schon bei der Planung von Projekten im Bezirk sollten Bäume und Grünflächen in Zukunft so früh wie möglich berücksichtigt werden und nicht erst zum Schluss. Wir brauchen dringend weitere Maßnahmen, die die Lebensumstände der Bäume verbessern.

„Wiener Bäume sind bemerkenswerte Lebewesen, die jeden Tag für unser Wohlbefinden sorgen, gegen den Klimawandel arbeiten und ein wertvoller Lebensraum für viele Organismen sind. Ihre Gesundheit, ihre Erhaltung, Neupflanzungen und gegebenenfalls Ersatzpflanzungen sind im innerstädtischen Raum besonders wichtig.“ (© Wiener Umweltanwaltschaft)

Unsere Wiener Bäume arbeiten täglich gegen den Klimawandel! Wenn wir die Lebensbedingungen unserer Bäume im Bezirk verbessern, verbessern wir auch die Lebensbedingungen von Menschen!

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. September 2024 den folgenden

ANTRAG**betreffend****VERRINGERUNG DER LICHTVERSCHMUTZUNG AUF DER WIEDEN**

Der amtsführende Stadtrat für Umwelt, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, gemeinsam mit den anderen Ressorts einheitliche Richtlinien für den Umgang mit Lichtimmissionen zu erarbeiten, um die negativen Auswirkungen der Lichtimmissionen auf Mensch und Umwelt im Bezirk zu reduzieren.

Begründung

Die Lichtverschmutzung nimmt jährlich zu. Private Lichtquellen, insbesondere Geschäftsbeleuchtungen und Gebäudeanstrahlungen, sind für zwei Drittel des über Wien abgestrahlten Lichts verantwortlich. Die innerstädtischen Bezirke, somit auch die Wieden, sind besonders stark von derartiger Lichtverschmutzung betroffen.

Die menschliche Gesundheit, aber auch Tiere und Pflanzen werden durch das Kunstlicht negativ beeinflusst. Es gibt sogar Studien, die von einer erhöhten Krankheitsanfälligkeit bzw. sogar der Entstehung von Krebszellen sprechen.

Der durch die Lichtimmissionen erzeugte Stromverbrauch geht mit Unmengen an Treibhausemissionen einher. Die Reduktion künstlicher Außenbeleuchtung ab 22 Uhr auf ein sicherheitstechnisch notwendiges Maß würde daher auch eine wichtige Klimaschutzmaßnahme zur Erreichung der Klimaziele bzw. Klimaneutralität bis 2040 der Stadt Wien bedeuten.

Bei der Maßnahmengestaltung ist sicherlich auf einiges Bedacht zu nehmen. So sollten z.B. Leuchten nur nach unten strahlen und nicht über die Horizontale abstrahlen. Expert*innen wissen dazu weit mehr als wir im Bezirk.

Die Magistratsabteilung 33 agiert vorbildlich, wie wir mit dem Thema umgehen sollten, das Thema ist aber in anderen Abteilungen und Bereichen weitgehend unbeachtet. Durch die unterschiedlichen Lichtquellen sind verschiedene Dienststellen mit unterschiedlicher Beurteilungsgrundlage zuständig.

Die Querschnittsmaterie Lichtverschmutzung ist durch eine ganzheitliche Behandlung der Auswirkungen auf Wiener Landesebene in Form von Richtlinien zu bearbeiten und aufgrund der Kompetenzverteilung weiter auf Bundesebene aufzuzeigen und zu regeln. Nur so können in Zukunft negative Folgen für Menschen und Umwelt auf der Wieder und darüber hinaus weitgehend reduziert werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. September 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

RICHTIGSTELLUNG VON POLITISCHEN INFORMATIONEN ZU MANDATAR*INNEN

Der amtsführende Stadtrat für Kommunikation und Medien Peter Hanke wird ersucht, die Magistratsabteilung 53 zu beauftragen, die Inhalte des Internetauftrittes der Wieden bezüglich der Kontaktdaten aller demokratisch gewählten Mandatar*innen auf der Wieden zu überprüfen und richtig stellen zu lassen.

Begründung

Die Inhalte des offiziellen Auftritts der Wieden sind nicht korrekt. Mandatar*innen und die Rubrik „Politische Informationen“ zu ihnen sind nicht einheitlich und entsprechend somit nicht ihrem Status in der Bezirksvertretung Wieden.

Einzelmandatar*innen werden unterschiedlich behandelt zum Beispiel werden die einen als „Klubungebundene Mandatar*innen“ bezeichnet und die anderen einer Partei zugeordnet, obwohl beide einer jeweiligen Partei zuzuordnen sind.

Nach fast vier Jahren ist es in der Bezirksvertretung endlich soweit, dass alle Einzelmandatar*innen korrekt tituliert und protokolliert werden.

Nach so langer Zeit sollte es auch der Stadt Wien und der wien.gv.at-Redaktion möglich sein, die Informationen richtig zu stellen.

Mag^a Amela Pokorski

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19.12.2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksräatin Eveline Dürr die nachfolgende

Resolution

betreffend

Faktenbasierte Sachpolitik im Umgang mit dem Umbruch in Syrien

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich auch mit Blick auf jene Menschen syrischer Herkunft, die auf der Wieden leben, für einen auf Fakten beruhenden politischen Umgang mit dem Umbruch in Syrien aus. Insbesondere ist Sachlichkeit in der Diskussion angezeigt und sind voreilige Beurteilungen der Lage sowie darauf basierende Maßnahmen zu vermeiden.

Begründung

Der Sturz des syrischen Diktators Assad, dessen Herrschaft zum Symbol eines blutigen Bürgerkriegs und massiver Menschenrechtsverletzungen geworden ist, hat bei vielen Menschen syrischer Herkunft Freude und Hoffnung ausgelöst.

Zugleich bietet die unklare weitere Entwicklung und die Stoßrichtung von Teilen der neuen Machthaber Grund zu größter Besorgnis.

Der neue Premierminister hat Millionen geflüchteter Syrerinnen und Syrer zur Rückkehr aufgefordert und sowohl in der Türkei als auch in Europa hat dies populistische Stimmen befeuert, die ein Fortbestehen von Asylgründen für vor Krieg und Verfolgung Geflüchtete generell in Abrede stellen wollen.

Die politische Lage in Syrien bleibt jedoch instabil und in verschiedenen Teilen des Landes werden weiterhin Kämpfe der unterschiedlichen Bürgerkriegsparteien unter Involvierung ausländischer Truppen fortgesetzt.

Der neue Justizminister hat nach Meldungen internationaler Medien als erste Maßnahme verfügt, dass Richterinnen ihr Amt nicht mehr ausüben dürfen und alle Fälle an männliche Kollegen abzugeben seien¹. Damit deutet sich als mögliches Szenario an, dass sich Syrien von

¹ <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-syrien-102.html>

Bezirksorganisation Wieden

einem diktatorischen, aber weitgehend säkularen Staat zu einer islamistischen Diktatur nach afghanischem Vorbild entwickeln könnte.

Es ist in diesem Stadium nicht absehbar, wie sich die politische Lage in Syrien weiterentwickelt. Die Europäische Union (EU) ist gefordert, eine politische Strategie zu entwickeln, um auf eine menschenrechtskonforme Entwicklung der Lage in Syrien hinzuwirken und so die Voraussetzungen für die Heimkehr von Millionen Flüchtlingen zu schaffen.

Es darf keine Option sein, die durch jahrelangen Bürgerkrieg und dramatische Fluchtgeschichten oftmals schwer belasteten Menschen zum Spielball außen- aber vor allem auch innenpolitischer Auseinandersetzungen zu machen. Die Bezirksvertretung spricht sich daher für einen auf Fakten beruhenden sachlichen Umgang mit den politischen Entwicklungen in Syrien und gegen deren voreilige Beurteilung aus.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19.12.2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden, der Klub der Neuen Volkspartei Wieden, der Klub von NEOS und die Links-Bezirksrätin Mag.^a Amela Pokorski die nachfolgende

Resolution

betreffend

Grundlegende Überarbeitung des Denkmal-Projekts am Südtiroler Platz

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, das Konzept für eine Denkmal-Stele am Südtiroler Platz hinsichtlich seiner Situierung, der baulichen und inhaltlichen Gestaltung nochmals grundlegend zu überarbeiten.

Begründung

Zur Erinnerung an die Benennung des Südtiroler Platzes wurde auf Initiative des Landes Südtirols ein Vorschlag für eine Denkmal-Stele am Platz ausgearbeitet und die Pläne dafür im Herbst in der Verkehrs- und Planungskommission vorgestellt. Dabei trafen sowohl die in Aussicht genommene Standortwahl als auch die inhaltliche Gestaltung auf schwerwiegende Bedenken.

Die geplante Situierung würde eine Beeinträchtigung der im Zuge des vor wenigen Jahren erfolgten Neugestaltung geschaffenen Gehachsen für Fußgänger:innen bewirken. Auch inhaltlich bestehen hinsichtlich der angedachten Textierung Bedenken. Das für den Text ausgewählte (quellenlose) Zitat zu den „so schwer bedrängten Volksgenossen im deutschen Südtirol“ erscheint 80 Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime missverständlich und unpassend. Auch wurde die Gefahr geortet, dass der Fokus des historischen Abrisses 56 Jahre nach dem Inkrafttreten des Autonomiestatuts und seiner erfolgreichen Umsetzung nicht optimal gesetzt sein könnte.

Im Text zur gemeinsamen Geschichte Wiens und Südtirols sollte auch der verbindende Europabezug zumindest kurz enthalten sein – die Staatsgrenze zwischen Österreich und Italien steht im Europa der Regionen der Personenverkehrsfreiheit nicht mehr im Weg.

Die Bezirksvorsteherin hat die zuständigen Dienststellen bereits in einem ausführlichen Schreiben über diese Bedenken im Detail informiert.

Die Bezirksvertretung Wieden, die von der Stadt Wien erst in einem sehr späten Planungsstadium in das Vorhaben involviert wurde, spricht sich dafür aus, keine übereilten Umsetzungsschritte vorzunehmen und das Projekt einer nochmaligen Überarbeitung zu unterziehen.

3

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19.12.2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrättinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden, der Klub der Neuen Volkspartei Wieden, der Klub von NEOS, der FPÖ-Bezirksrat Clemens Gudenus, die Links-Bezirksräatin Mag.^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Attraktivierung des Resselparks rund um den Tilgner-Brunnen

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht, Pläne für eine Attraktivierung des Areals rund um den Tilgner-Brunnen („Froschbrunnen“) durch Entsiegelung, Begrünung und Erneuerung der benachbarten Skateranlagen im Resselpark auszuarbeiten und der Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung im Umweltausschuss vorzulegen.

Begründung

In unmittelbarer Nähe des derzeit im Umbau befindlichen Cafés Resselpark bietet das Areal rund um den Tilgner-Brunnen („Froschbrunnen“) Potenzial für eine Entsiegelung. In Verbindung mit der von den jugendlichen Nutzer:innen gewünschten Erneuerung der Skateranlagen könnte dies für ein gemeinsames Projekt zur Attraktivierung dieses Teils des Resselparks genutzt werden, wobei bei der Planung die neue Oberflächengestaltung des Cafes berücksichtigt werden soll.



Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19. Dezember 2024 stellen der Klub sozialdemokratischer Bezirksrättinnen und der Klub der Grünen Wieden den nachfolgenden

Antrag

betreffend

die Herstellung einer Linksabbiegerelation vom Wiedner Gürtel auf die Wieden

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird gebeten, für den Wiedner Gürtel auf Höhe der Mommsengasse die Einrichtung einer Linksabbiegerelation überprüfen zu lassen, um dadurch eine Erschließung der Oberen Wieden für Anwohner:innen zu schaffen, die nicht über die Schelleingasse führt und dadurch die neu geschaffene Radlangstrecke Süd in der Argentinierstraße entlastet.

Begründung:

Der gesamte Wiedner Gürtel in Fahrtrichtung des Landstraßer Gürtels zeichnet sich dadurch aus, am Bezirksgebiet der Wieden vorbeizuführen, jedoch nur eine einzige Linksabbiegerelation auf die Wieden aufzuweisen, die im Bereich des Südtiroler Platzes situiert ist. Die nächste Linksabbiegerelation befindet sich erst, einen Kilometer weiter, in der Jacquingasse im 3. Bezirk nach dem Belvedere.

Anwohner:innen, die vom Wiedner Gürtel auf die Obere Wieden gelangen möchten, haben dadurch einen besonders großen Anreiz, über die Schelleingasse in die Argentinierstraße einzufahren, da alternative Routen auf die Obere Wieden nur über Umwege in den 10. Bezirk existieren.

Hierzu bestehen die beiden Möglichkeiten:

- vom Wiedner Gürtel rechts in die Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße, die Gerhard-Bronner-Straße, die Karl-Popper-Straße und Canettistraße über die Arsenalstraße in die Prinz-Eugen-Straße zu gelangen (neun ampelgeregelte Kreuzungen)
- oder vom Wiedner Gürtel in die Arsenalstraße einzufahren und dann auf Höhe der Canettistraße umzukehren (fünf ampelgeregelte Kreuzungen).



Bezirksorganisation Wieden

Im Vergleich hierzu bestehen im gleichen Abschnitt des Wiedner Gürtels bei jeder einzelnen Kreuzung in den 10. Bezirk Rechtsabbiegerelationen (Südtiroler Platz, Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße, Karl-Popper-Straße und Arsenalstraße).

Es wäre daher überlegenswert, auf Höhe der Mommsengasse eine Linksabbiegespur einzurichten, um den Druck auf die Schelleingasse zu reduzieren.



Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19.12.2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

die Verdichtung der Intervalle der Straßenbahlinie D

Der zuständige amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, KR Peter Hanke, wird gebeten, die Wiener Linien mit der Verdichtung der Intervalle der Straßenbahlinie D zu beauftragen, damit die Kapazitäten an den gestiegenen Bedarf angepasst werden.

Begründung

Die Straßenbahlinie D stellt eine Hauptverkehrsverbindung unter anderem zwischen der Ringstraße und dem Hauptbahnhof dar und erschließt mit dem Sonnwendviertel eines der großen und mittlerweile fertiggestellten Wiener Stadtentwicklungsgebiete. Zahlreiche Stationen befinden sich auf der Wieden.

Durch den Tourismusboom in Wien erreicht der D-Wagen nicht nur während der Hauptverkehrszeiten sehr rasch seine Kapazitätsgrenzen, wodurch sich die Benutzung für alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere aber für die Anwohner:innen oftmals herausfordernd darstellt. Dies liegt vor allem daran, dass sich an der Linie einige besonders stark frequentierte Orte wie das Wien Museum und die Kulturinstitutionen rund um den Resselpark, das Museum Belvedere und der Hauptbahnhof befinden, die mitunter auch von großen Personengruppen besucht werden.

Insbesondere zur Weihnachtszeit ist der D-Wagen aufgrund der hohen Besuchszahlen der beiden Weihnachtsmärkte im Resselpark und im Belvedere besonders belastet.

Im laufenden Kalenderjahr 2024 verzeichnet Wien einen Tourismusboom mit den höchsten jemals gemessenen Nächtigungszahlen. Wenngleich diese Entwicklung für den Wiener Städte tourismus erfreulich ist, bedarf es zur Aufrechterhaltung der Akzeptanz dieser Entwicklung in der Wiener Bevölkerung auch entsprechender Maßnahmen der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs.

Bezirksorganisation Wieden

Im Falle der Linie D haben seit der Pandemie keine Anpassungen des Fahrplans und keine Intervallverdichtungen stattgefunden. Um dem deutlich gestiegenen Bedarf gerecht zu werden und den Fahrgastkomfort zu erhöhen, aber auch zur Sicherung der Weihnachtsmärkte als attraktiven Standorten, sind diese jedoch unerlässlich.

In einem allerersten Schritt der Verbesserung der Straßenbahnlinie sollten daher Intervallverdichtungen zumindest in der Vorweihnachtszeit stattfinden, wie dies etwa auch bei anderen Straßenbahnlinien bereits der Fall ist.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19. Dezember 2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte, die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Erweiterung der Räumlichkeiten des Fux4

Die zuständige Magistratsabteilung 13 wird ersucht, in Abstimmung mit Wiener Wohnen, dem Familienbund und der Bezirksvorstehung Wieden die Möglichkeit einer räumlichen Erweiterung des Fux4 auf das leerstehende Nachbarlokal im Berta-von-Suttner-Hof zu prüfen.

Begründung

Das Fux4 hat sich als Teenie-Treff auf der Wieden etabliert und sich für Mehrfachnutzungen sehr bewährt. Neben den Nachmittagsangeboten für Teenies und der Burschen- und Mädchenarbeit dient das Fux4 auch als Lernraum für Jugendliche und zweimal wöchentlich auch als Eltern-Baby-Café. An Wochenenden ist es für Bezirksbewohner:innen auch möglich, das Fux4 für Kindergeburtstage etc. zu nutzen.

All diese Angebote können gut durchgeführt werden, eine Vergrößerung der Platzkapazitäten wäre aber durchaus wünschenswert. Nachdem das benachbarte Geschäftslokal seit einiger Zeit ungenutzt leer steht, wäre es zu begrüßen, wenn diese Gelegenheit für eine Erweiterung der Platzkapazität genutzt werden könnte.

Die Bezirksvertretung ersucht daher, die Möglichkeit der Anmietung, der baulichen Verbindung und der damit verbundenen Kosten zur weiteren Entscheidungsfindung abzuklären.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19.12.2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksräatin Eveline Dürre den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Ausweitung des Outdoor-Spieleverleihs

Die zuständige Magistratsabteilung 13 wird ersucht, in Abstimmung mit der Agenda Wieden, der Wiedner Parkbetreuung und der Bezirksvorstehung Wieden das Angebot des Outdoor-Spieleverleihs um Mehrweg-Geschirr für Outdoor-Kinderpartys zu erweitern, wobei das Geschirr nur zu Zwecken der Markierung gekennzeichnet werden soll.

Begründung

Mit dem Wiedner Outdoor-Spieleverleih bieten Bezirksvertretung und Agenda Wieden seit einigen Jahren Outdoor-Spielgeräte an, um für Kinderfeste im öffentlichen Raum entsprechende Ausstattung kostenlos und leicht zugänglich zur Verfügung zu stellen.

In der warmen Jahreszeit finden in allen Wiedner Parks zahlreiche Kinderfeste statt. Dabei wird sehr häufig Einweggeschirr verwendet und entstehen dadurch entsprechende Abfälle. Mit der Erweiterung des Outdoor-Spieleverleihs um ausleihbares Mehrweg-Geschirr könnte ein umfassendes Leihangebot aus einer Hand für Wiedner Bezirksbewohner:innen geschaffen und ein Beitrag zur Abfallvermeidung geleistet werden.

Dabei sollte insbesondere eine enge Abstimmung zwischen der Agenda Wieden und dem Familienbund erfolgen, der neben der Wiedner Parkbetreuung auch das Wiedner Grätzel-Lastenrad verwaltet. Damit können diese Angebote gut aufeinander abgestimmt und optimal verbunden werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19.12.2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Wiedner Gesundheitstag

Der zuständige amtsführende Stadtrat Peter Hacker wird ersucht, die Wiener Gesundheitsförderung – Wiener Gesundheitsförderung (WiG) in Koordination mit der Bezirksvorstehung Wieden ein Angebot für einen Wiedner Gesundheitstag im Jahr 2025 entwickeln zu lassen.

Begründung

Die im Jahr 2012 begonnene Veranstaltungsreihe der Wiedner Gesundheitstage wurde durch die Corona-Pandemie im Jahr 2020 unterbrochen. Nach mehrjähriger Pause wäre es wünschenswert, das bewährte Veranstaltungsformat wieder aufzugreifen und mit einem erneuerten Konzept einen Tag rund um Gesundheitsförderung und -prävention in den Räumlichkeiten der Bezirksvorstehung Wieden anzubieten.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am Donnerstag, 19.12.2024 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Fortführung des Kindergarten-Infotags für Eltern

Die zuständige Magistratsabteilung 10 wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung Wieden den im Jahr 2024 erfolgreich durchgeführten Kindergarten-Infotag im Jahr 2025 fortzuführen.

Begründung

In Umsetzung einer Idee aus dem Mitmach-Budget im Jahr 2023 hat die Bezirksvorstehung Wieden im Herbst des Jahres 2024 erstmals einen Kindergarten-Infotag für Eltern durchgeführt. Ziel war es, den Eltern auf der Wieden einen Überblick über die städtischen und anderen gemeinnützigen Kinderbetreuungsangebote zu verschaffen und Gelegenheit zu geben, spezifische Schwerpunktsetzungen der unterschiedlichen Träger kennenzulernen. Rund 100 Eltern haben dieses Angebot genutzt, was den großen Bedarf erkennen lässt, diese Veranstaltung auch im Jahr 2025 im Vorfeld der Hauptanmeldezeit wieder anzubieten.

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024**

**VERBESSERUNG DER LUFTQUALITÄT AM WIEDNER
GÜRTEL DURCH DIE EINHALTUNG GELTENDER
GRENZWERTE**



ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 22 (Umweltschutz) anzuweisen, am Wiedner Gürtel eine „verkehrsnahe Messstation für Luftschadstoffe“ laut §2a und §4 der IG-L-MKV 2012 Messkonzeptverordnung aufzustellen.

BEGRÜNDUNG:

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (Magistratsabteilung 22) betreibt in Wien drei verkehrsnahe Messstationen für Luftschadstoffe (siehe rote Punkte in der Grafik):

- Durchzugsstraße, Hietzinger Kai (2,90 Meter Abstand zur Fahrbahn)
- Innerstädtisch, Taborstraße (3 Meter Abstand zur Fahrbahn)
- Autobahn, A23 Wehlistraße (165 Meter Abstand zur Autobahn)

Laut §2a und §4 der IG-L-MKV 2012 Messkonzeptverordnung müssen verkehrsnahe Messstationen an „Belastungsschwerpunkten“ liegen, an denen „die höchsten Konzentrationen an Schadstoffen“ auftreten. Weder die Taborstraße noch der Hietzinger Kai sind solche Belastungsschwerpunkte mit den höchsten Konzentrationen, wie der „Jahresbericht der Umweltbehörde 2023“ aufzeigt. Die am stärksten belastete Messstation in diesem Bericht ist die temporäre Messstation Neubaugürtel. Es ist davon auszugehen, dass weitere Messstationen entlang des Gürtels und anderer sechsspuriger Straßen Wiens noch höhere Konzentrationen von Schadstoffen aufweisen.

Jede deutsche Großstadt betreibt ein Netz aus dutzenden verkehrsnahen Messstationen, selbst kleinere Städte wie Wuppertal tun das freiwillig. Wien beschränkt sich auf die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl an verkehrsnahen Messstationen – und das am falschen Standort! Die Grafik erschließt auch dem Laien, wo Straßen mit den höchsten Schadstoffbelastungen zu finden sind.

Die Hauptursache für die schlechten verkehrsnahen Luftwerte Wiens liefert eine Studie der Arbeiterkammer Wien¹: Laut dieser Studie fahren in den kalten Monaten

¹ <https://wien.arbeiterkammer.at/service/presse/Dieselskandal.html>

Oktober bis April bis zu 1,66 Millionen Dieselfahrzeuge ungefiltert auf Österreichs Straßen, das heißt, die Abgasreinigung dieser Dieselfahrzeuge ist deaktiviert. In dem am dichtesten besiedelten Bundesland Wien führt das zu einer gravierenden gesundheitlichen Belastung der Wiener:innen und zu tausenden vorzeitigen Todesfällen.

Aus diesem Grund ist ein dichtes Netz an verkehrsnahen Messstationen dringend notwendig!

Fabian Setznagel

Klubobmann



**RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN
UND DER LINKS-BEZIRKSRÄTIN MAG.^A AMELA
POKORSKI IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024**



DIE SCHAM MUSS DIE SEITE WECHSELN

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Anlässlich der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ tritt sie daher klar auf gegen Täter-Opfer-Umkehr, Beschämung der Betroffenen (Victim Blaming) und dieser unsäglichen Gewalt an Frauen und Mädchen.

BEGRÜNDUNG:

„Die Scham muss die Seite wechseln,“ fordert Gisèle Pélicot im aktuellen Prozess gegen ihren Ex-Mann, der sie jahrelang betäubt, vergewaltigt, gefilmt und über 70 Männern zur Vergewaltigung angeboten hat. Der Mensch, dem man am meisten vertraut, wird zum Täter unvorstellbarer Verbrechen.

Doch Gisèle Pélicot schweigt nicht. Sie spricht öffentlich darüber, was ihr angetan wurde, und führt bewusst einen öffentlichen Prozess, um Victim Blaming und Täter-Opfer-Umkehr zu stoppen. Sie fordert zu Recht: „Die Scham muss die Seite wechseln!“ Denn nicht sie, sondern die Täter müssen sich schämen, für das, was sie ihr angetan haben.

Sexualisierte Gewalt betrifft so gut wie jede Frau mindestens einmal in ihrem Leben. Sei es durch Catcalling, Dickpics, Upskirting, sexuelle Belästigung, Missbrauch und/oder Vergewaltigung. Sexualisierte Gewalt ist extrem schambehaftet. Erhebt eine Frau Anzeige, erlebt sie sehr häufig, dass ihr die Schuld für die Gewalt gegeben wird (Täter-Opfer-Umkehr) und/oder sie deshalb bloßgestellt und beschämmt wird (Victim Blaming).

In Österreich erlebt jede dritte Frau zwischen 18 und 74 Jahren ab dem Alter von 15 Jahren körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Jede vierte Frau, die in Österreich bereits einmal erwerbstätig war, erfährt sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Jede fünfte Frau zwischen 18 und 74 Jahren ist von Stalking betroffen. Meistens erfahren die betroffenen Frauen sexualisierte Gewalt im sozialen Nahraum. Die Täter sind fast immer männlich.

Daher braucht es einerseits rasche Hilfe für die Betroffenen, andererseits deutlich mehr Akzente bei der Prävention, damit diese Gewalt gar nicht erst entsteht. Wir sagen: „Nur ja heißt ja“ – denn Zustimmung ist die Grundvoraussetzung für respektvollen Umgang.

Mit der Einrichtung der Gewaltschutzambulanzen und dem Ausbau der Präventionsarbeit in den vergangenen fünf Jahren ist schon ein großer Schritt getan worden. Dennoch zeigen uns die Zahlen, dass wir nicht nachlassen dürfen und auf allen Ebenen gegen jede Form von Gewalt entschieden aufzutreten. Wir müssen die Tat und die Täter beim Namen nennen und die Betroffenen schützen. Denn Frauen haben ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt!

Ursula Machold
Bezirksrätin

Fabian Setznagel
Klubobmann

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Mag. ^a Amela Pokorski
Bezirksrätin

**RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN
WIEDEN UND DER LINKS-BEZIRKSÄRÄTIN
MAG.A AMELA POKORSKI IN DER SITZUNG
DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19.
DEZEMBER 2024**



LEERSTAND UND SPEKULATION AUF DER WIEDEN

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung spricht sich für Maßnahmen gegen den Leerstand und den strukturellen Leerstand durch touristische Kurzzeitvermietungen aus.

BEGRÜNDUNG:

Der 4. Bezirk weist eine zentrale Lage und innerhalb der Wiener Stadtgrenzen eine hohe Wohnqualität auf. Einerseits gibt es laut unserer Recherche rund 1.200 Wohnungen in Kurzzeitvermietung, darüber hinaus stehen ganz offensichtlich und ohne Bauprojekt einige Gebäude frei und werden sukzessive dem Verfall preisgegeben. Die Häuser Mommsengasse 15, 24, 25, Freundgasse 9, Schäffergasse 21, Karolinengasse 16, Rienößlgasse 24, Goldeggasse 21, Wiedner Hauptstraße 52, 54, Argentinierstraße 52 und Weyringergasse 14 stehen zum großen Teil oder zur Gänze leer.

Alleine auf der Wieden werden dadurch annähernd 2.000 Wohnungen nicht zur längerfristigen Vermietung zur Verfügung gestellt und Wohnraum für mehr als 3.000 Menschen geht verloren.

Eine Leerstandsabgabe wäre ein sehr zielführendes Instrument, um die langfristige Spekulation mit Wohnraum zu unterbinden und damit Wohnungen wieder den Menschen zum Wohnen zur Verfügung zu stellen.

Strenge Kontrolle bezüglich illegaler touristischer Kurzzeitvermietung wären eine weitere sinnvolle Maßnahme.

Weiters sprechen wir uns dafür aus, ein Register aller Wohnungen Wiens zu führen, damit nachvollzogen werden kann, wie viele davon bewohnt und wie viele Wohnungen leer stehen.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter

Mag.ª Barbara Neuroth
Bezirksräatin

Mag.ª Amela Pokorski
Bezirksräatin

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024**



**BEWÄSSERUNG DER SKULPTUR AM CISSY-KRANER-PLATZ: IN DAS GRÜNBEET
UND NICHT IN DEN GULLY**

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) möge überprüfen, wie die Ableitung des Wassers von der Steinskulptur in das angrenzende Beet zur Bewässerung der Pflanzen und Bäume erfolgen könnte.

BEGRÜNDUNG:

Die Wasserskulptur am Cissy-Kraner-Platz wurde 1999 von Mag.a Heidi Tschank errichtet. Wie ihr Name schon sagt, wird sie von Wasser benetzt, um die Struktur des Marmors besonders zur Geltung kommen zu lassen. Damals wurde absichtlich keine Umlaufpumpe installiert, weil der Stein sonst vermoosen würde. Das Wasser rinnt also in der frostfreien Zeit ungenutzt in den Gully, der kurz vor der erhöhten Grünfläche liegt. Diese Wasserverschwendug war in den 2000er-Jahren noch üblich, aber ist 2024, und wenn eine Umstellung bis zum Sommer 2025 gelingen sollte, ein Vierteljahrhundert später nicht mehr notwendig. Dieses Wasser könnte wohl besser für die Bewässerung der Grünfläche genutzt werden, eine passende Lösung wurde z. B. vor der Schule in der Pfeilgasse in 1080 bei einem Wasserspiel angebracht.

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024

SCHÜLERFREUNDLICHE VERBINDUNG ZWISCHEN VOLKSSCHULE ELISABETHPLATZ UND BELVEDEREGASSE 32

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Angesichts des zu errichtenden Schulgebäudes in der Belvederegasse 32 wird die Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) ersucht, Pläne für die Fläche zwischen den zwei Schulgebäuden (Volksschule Elisabethplatz und Belvederegasse 32) auszuarbeiten, damit Schüler*innengruppen sich sicher und bequem zwischen den beiden Schulgebäuden bewegen können.

Die Pläne mögen der Frau Bezirksvorsteherin zur Vorlage in der Verkehrs- und Planungskommission übermittelt werden.

BEGRÜNDUNG:

Die Elisabethschule wird um ein Gebäude in der Belvederegasse 32 erweitert. Da die Schule dann auf zwei Standorte verteilt ist, muss die Verbindung zwischen den Standorten sicher und einladend sein. Der jetzige Gehsteig ist mit einem Meter zu schmal.

Fabian Setznagel
Klubobmann

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024

LÖSUNG FÜR ESSENSZUSTELLUNG DER NACHMITTAGSBETREUUNG ST.-ELISABETH-PLATZ

ANTRAG:

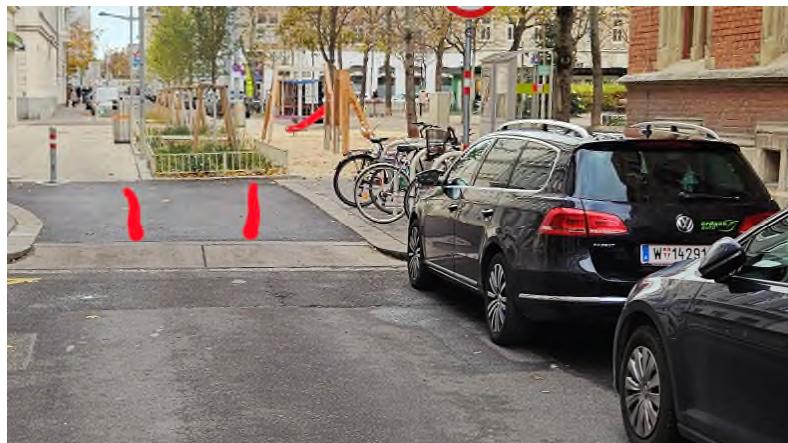
Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, eine Liefermöglichkeit für die Essenzustellung der Nachmittagsbetreuung der Volksschule so nah wie möglich zum St.-Elisabeth-Platz errichten zu lassen, damit keine Autos mehr am Kinderspielplatz fahren müssen.

BEGRÜNDUNG:

Der St.-Elisabeth-Platz ist ein wichtiger Erholungsort auf der Wieden und grundsätzlich wäre hier absolutes Fahrverbot verordnet. Leider wird dieses immer wieder missachtet. Da hier auch ein großer Spielplatz errichtet wurde, ist besonders wichtig, dass das Zufahren durch Poller zu jederzeit konsequent unterbunden wird. Deshalb braucht es eine legale Lieferzone, außerhalb des Elisabeth-Platzes, für die Essenzustellung der Nachmittagsbetreuung der Volksschule so nah wie möglich zur Nachmittagsbetreuung.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter





ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024

SINNVOLLE POLLER FÜR DEN ST.-ELISABETH-PLATZ

ANTRAG:

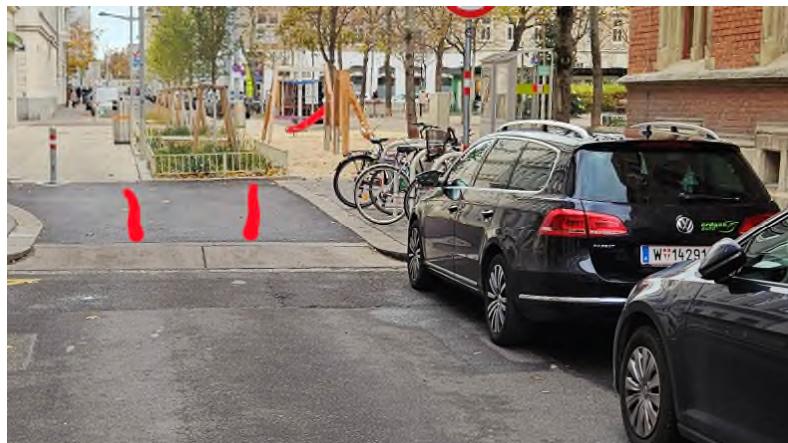
Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, Poller am Ende der Belvederegasse (vor dem St.-Elisabeth-Platz) dort zu errichten, ab dem Punkt absolutes Fahrverbot, ausgenommen Radfahrende, verordnet wurde, damit keine Autos mehr am Kinderspielplatz fahren. Die Poller sollen mit Schlüssel für Einsatzkräfte jederzeit entfernbare sein.

BEGRÜNDUNG:

Der St.-Elisabeth-Platz ist ein wichtiger Erholungsort auf der Wieden und grundsätzlich wäre hier absolutes Fahrverbot verordnet. Leider wird dieses immer wieder missachtet. Da hier auch ein großer Spielplatz errichtet wurde, ist besonders wichtig, dass das Zufahren durch Poller zu jederzeit konsequent unterbunden wird. Das Zufahren für die Marktständler soll über die Argentinierstraße weiterhin möglich sein.

Pascal Riepl
Stv. Bezirkvorsteher



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024**



RADFAHREN GEGEN DIE EINBAHN IN DER BELVEDEREGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, die Bedingungen für die Ermöglichung von Radfahren gegen die Einbahn in der Belvederegasse zwischen Viktorgasse und Favoritenstraße zu überprüfen.

BEGRÜNDUNG:

Eine Möglichkeit, die Belvederegasse gegen die aktuelle Fahrtrichtung zu befahren, wäre ein wichtiger Lückenschluss für Radfahrende, die aus der Rainergasse in Richtung Fahrradstraße Argentinierstraße fahren.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

Ursula Machold
Bezirksrätin

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024



ACHTUNG STRASSENBAHNSCHILD RADWEG PAULANERKIRCHE - SCHLEIFMÜHLGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) wird ersucht, an der Kreuzung Wiedner Hauptstraße / Schleifmühlgasse die Verkehrssicherheit zu überprüfen und allfällige Maßnahmen hinsichtlich der Verbesserung der Sichtbeziehungen zu erarbeiten, wobei auch die Wiedererrichtung des Hinweisschildes "Achtung Straßenbahn kreuzt 2x" geprüft werden möge.

BEGRÜNDUNG:

Aufgrund der verlegten Straßenbahn Haltestelle Paulanergasse auf der Wiedner Hauptstraße haben die Straßenbahn-Garnituren, auf der Höhe des Radübergangs von der Paulaner Kirche in die Schleifmühlgasse, eine höhere Geschwindigkeit. Um die Sicherheit auf dieser wichtigen Radroute zu verbessern und das Unfallpotential zu verringern, ist eine Anbringung von Hinweisschildern dringend notwendig.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Fabian Setznagel
Klubobmann



Beispiel Kreuzungsbereich 2er Linie / Künstlerhaus



**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND DER
LINKS-BEZIRKSRÄTIN MAG.^a AMELA
POKORSKI ZUR SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER
2024**



**BRÖCKELNDE FASSADE IN DER KAROLINENGASSE 16 – BEHÖRDE MUSS
EINSCHREITEN**

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 37 (Gebäude- und Wohnbauförderung) möge das Haus Karolinengasse 16 auf akute Baumängel überprüfen. Besonders die bereits bröckelnde Fassade soll dabei begutachtet werden. Die Magistratsabteilung 37 soll dabei konsequent Bauaufträge erteilen, um den Erhalt des Gebäudes zu gewährleisten.

BEGRÜNDUNG:

Das Haus Karolinengasse 16 steht aktuell fast zur Gänze leer. Die Fassade ist nicht mehr sicher, es fielen bereits Teile auf parkende Autos und gefährdeten Fußgänger:innen. Es ist davon auszugehen, dass weitere Baumängel bestehen. Das Haus scheint aus Spekulationszwecken dem Verfall preisgegeben zu sein. In solchen Fällen versuchen Immobilien-Investoren, Häuser so lange „herunterzuwirtschaften“, bis die Abbruchreife erreicht ist. Dies muss unbedingt verhindert werden.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter

Mag.^a Amela Pokorski
Bezirksrätin



RESOLUTIONSANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024

VERDOPPELUNG DER ANZAHL VON E-LADESÄULEN IM JAHR 2025

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung spricht sich für eine Verdoppelung der 11-kW-Ladestationen für E-Autos im öffentlichen Raum aus. So sollen 10 bis 15 Ladestationen, also 20 bis 30 Ladeplätze, errichtet werden. Die Kosten der Errichtung sollen die Betreiberfirmen (gegebenenfalls Wien Energie) tragen.

BEGRÜNDUNG:

Die jetzige Anzahl an Ladestationen reicht nicht aus, um die im Bezirk vorhandenen E-Autos zu versorgen. Es sind in den kommenden Jahren Zuwachsrraten von rund 50 % bei E-Autos zu erwarten, weshalb auch der Ausbau von Ladestationen in derselben Geschwindigkeit voranschreiten muss. Um den positiven Trend nicht zu bremsen, ist es unbedingt erforderlich, dass ausreichend freie Ladestationen zu jedem Zeitpunkt und nahe den Wohnungen unserer Bürger*innen zur Verfügung stehen.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024

BUSSPUR OHNE TAXIBENÜTZUNG IN DER RAINERGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) mögen überprüfen und gegebenenfalls die Busspur in der Rainergasse ohne Taxibenutzung verordnen, da einige Taxis im Haltestellenbereich die „Busspur“ so verstehen, dass die Busse nicht in die Haltestelle einfahren können.

BEGRÜNDUNG:

Der Übergang von der Busspur in die Haltestelle des 13A Rainergasse ist fließend, und die Taxilenker:innen nützen sie, um an den parkenden PKWs vorbeizufahren. Dabei verstehen sie oft die Haltestelle, und die später kommenden Busse können nicht mehr in die Haltestelle einfahren. Mit einem Taxifahrverbot in der Busspur bliebe die Haltestelle immer für einfahrende Busse frei, und der 13A würde schneller und zuverlässiger vorankommen.

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024

**THERESIANUMGASSE WURDE ZUR DURCHZUGSSTRASSE:
FUßGÄNGERÜBERGANG**

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, einen Fußgängerübergang über die Theresianumgasse bei der Kreuzung Mommsengasse auf der östlichen Seite zu errichten.

BEGRÜNDUNG:

Leider wurde durch die neue Verkehrsführung die Theresianumgasse zu einer neuen Durchzugsstraße von der Favoritenstraße zur Prinz-Eugen-Straße. Bürger:innen haben uns rückgemeldet, dass sie nicht mehr sicher die Theresianumgasse überqueren können.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024

RADFAHREN GEGEN DIE EINBAHN MOMMSENGASSE SICHERER MACHEN

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, einen Poller auf der Sperrfläche bei der Kreuzung Mommsengasse/Theresianumgasse aufzustellen, damit der letzte Abschnitt des Radfahrens gegen die Einbahn auf der Mommsengasse nicht von PKWs illegal verparkt werden kann.

BEGRÜNDUNG:

Der letzte Abschnitt des Radfahrens gegen die Einbahn auf der Mommsengasse vor der Theresianumgasse ist regelmäßig illegal verparkt. Die eingezeichnete Sperrfläche wird regelmäßig ignoriert. Dadurch sind wichtige Sichtbeziehungen für Radfahrende und Fußgänger:innen gestört und die Verkehrssicherheit massiv eingeschränkt.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter

Ursula Machold
Bzirksrätin



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 19. DEZEMBER 2024

BESEITIGUNG DER ENGSTELLE AM GEHSTEIG WEYRINGERGASSE 33-35

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, auf Höhe Weyringergasse 33-35 die Schilder für das Parken-und-Halten-Verboten-ausgenommen-Botschaft-Sri-Lanka auf ein Schild mit Meterangaben für die Ausdehnung zu reduzieren und dieses an die Hausmauer zu verrücken. Zusätzlich sollen beide Mistkübel demontiert und durch einen Aufstellmistkübel, auf dem sehr breiten Gehsteig in unmittelbarer Nähe, ersetzt werden.

BEGRÜNDUNG:

Dieser Gehsteigabschnitt, in unmittelbarer Nähe der U-Bahn, ist hochfrequentiert. Die künstlich geschaffene Engstelle lässt jedoch immer nur eine Person den Gehsteig passieren. Dieser Mangel muss dringend so schnell wie möglich beseitigt werden.

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin-Stellvertreter



Betrifft: Zusätzliche Anwohnerinnen- und Anwohnerparkplätze Schelleingasse und Schönburgstraße

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Dezember 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge die Magistratsabteilung 46 mit einer Überprüfung beauftragen, wo Anwohnerinnen- und Anwohnerparkplätze in der Schelleingasse zwischen Blechturmstraße und Südtirolerplatz, sowie in der Schönburgstraße zwischen Gürtel Nebenfahrbahn und Schelleingasse eingerichtet werden können.

Das Ergebnis soll der Frau Bezirkvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Bei der Umgestaltung der Schelleingasse zwischen Blechturmstraße und Südtirolerplatz wurden massiv KFZ-Stellplätze reduziert. Diese absichtliche und ohne Rücksicht auf die Anrainerinnen und Anrainer gesetzte Stellplatzverknappung führt zu einer immer größer werdenden Parkplatznot vor allem auf der Oberen Wieden.

Neue Anwohnerinnen- und Anwohnerparkplätze würden Verbesserungen für die direkt betroffenen Anrainerinnen und Anrainer bringen.

Betreff: Anwohnerinnen- und Anwohnerparkplätze in der Maderstraße (wohnhausseitig)

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP Wieden, Mag. Philipp Meisel und Mag. Johannes Pasquali, stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Dezember 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag:

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird gebeten, in der Maderstraße wohnhausseitig die Einrichtung und Ausweisung von weiteren Anwohnerinnen- und Anwohnerparkplätzen zu veranlassen und die Ergebnisse der entsprechenden Prüfung und Umsetzungsplanung der Frau Bezirksvorsteherin sowie der Verkehrs- und Planungskommission zur weiteren Beratung zu übermitteln.

Begründung:

Im Rahmen des Baus des Wien Museums NEU am Karlsplatz wurden in der (stark betroffenen) Maderstraße museumsseitig zusätzliche Ladezonen, ein Diplomatenparkplatz sowie ein Abstellbereich für Altglas- und Biomüllcontainer in der Parkspur errichtet, womit diese Stellplätze den anrainenden Bewohnerinnen und Bewohnern nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund ist angezeigt, in der Maderstraße wohnhausseitig eine Parkplatzzone für Anwohnerinnen und Anwohner einzurichten.

Betrifft: Nachträgliche klimafitte Gestaltung der Gehsteige auf der Wiedner Hauptstraße zwischen Karlsplatz und Schönburgstraße.

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Dezember 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge die Magistratsabteilung 28 mit der Überprüfung beauftragen, inwiefern die nachträgliche Umgestaltung der Gehsteige mit einer durchlässigen und klimafitten Pflasterung umgesetzt werden kann.

Das Ergebnis soll der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Im Zuge des Umbaus der Wiedner Hauptstraße zwischen Karlsplatz und Schönburgstraße in den vergangenen Monaten, wurde leider auf eine klimafitte Gestaltung der Gehsteige verzichtet. Diese wurden nach der Verlegung neuer Leitungen (Wasserrohre, Telefonkabel etc.) lediglich auf herkömmliche Weise asphaltiert, wodurch wichtige Potenziale zur Verbesserung des Mikroklimas ungenutzt bleiben.

Durch eine klimafitte Ausführung der Gehsteige ergeben sich folgende Vorteile: Entlastung der Kanalisation: Durch eine durchlässige Pflasterung kann Regenwasser vor Ort versickern und die Kanalisation bei Starkregenereignissen entlasten.

Verbesserung des Mikroklimas: Die Verdunstung des gespeicherten Regenwassers trägt zur Abkühlung in Hitzeperioden bei und verbessert das Stadtklima nachhaltig Attraktivität und Aufenthaltsqualität.

Eine durchlässige Pflasterung erhöht die gestalterische Qualität der Gehsteige und trägt zu einem ansprechenden, modernen Erscheinungsbild bei.

Betreff: Hundekotsackerlspender am Karlsplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte Mag.^aTamar Chadoian und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Dezember 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständige Magistratsabteilung 48 möge am Karlsplatz und im Resselpark Hundekotsackerlspender aufstellen.

Begründung

Am Karlsplatz und im Resselpark gibt es keinen einzigen Hundekotsackerlspender, was ein Grund für die leider entsprechende Verunreinigung des Platzes/Parks sein könnte.

Betrifft: Schutzweg Wiedner Hauptstraße, Paniglgasse zur Schauhofergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Wieden, Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Dezember 2024 gem. der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) und 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) mögen unverzüglich auf der Wiedner Hauptstraße auf Höhe Paniglgasse zur Schauhofergasse einen Schutzweg zum Schutz der Fußgängerinnen und Fußgänger anbringen und diesen auch über den Radweg ziehen.

Begründung:

Nahezu minütlich kommt es hier zu Gefahrensituationen für Fußgängerinnen und Fußgänger, da einerseits die Straßenbahnen beschleunigend und andererseits Radraserinnen und Radraser über den ungesicherten Übergang fahren. Die derzeitige Beschilderung ist keinesfalls ausreichend, daher ist ein rasches Handeln und Anbringen des Schutzweges notwendig.

Betrifft: Schutzweg Wiedner Hauptstraße/Schleifmühlgasse/Paulanerkirche

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Wieden, Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Dezember 2024 gem. der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) und 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) mögen unverzüglich auf der Wiedner Hauptstraße Ecke Schleifmühlgasse bzw. auf Höhe Paulanerkirche einen Schutzweg zum Schutz der Fußgängerinnen und Fußgänger anbringen und diesen auch über den Radweg ziehen.

Begründung:

Nahezu minütlich kommt es hier zu Gefahrensituationen für Fußgängerinnen und Fußgänger, da einerseits die Straßenbahnen beschleunigend und andererseits Radraserinnen und Radraser über den ungesicherten Übergang fahren. Die derzeitige Beschilderung ist keinesfalls ausreichend, daher ist ein rasches Handeln und Anbringen des Schutzweges notwendig.

Betrifft: Wiedner Wald

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte Mag.^a Tamar Chadoian, Mag.^a Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Dezember 2024 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilungen Umweltschutz (MA 22), Wiener Stadtgärten (MA 42) und Klima, Forst- und Landwirtschaftsbetrieb (MA 49) sollen unter der Projektkoordination der Magistratsdirektion ein "Wiener Wäldchen" Projekt am Südtiroler Platz erarbeiten sowie umsetzen. Dabei sollen auf den bestehenden Grünflächen möglichst viele neue Bäume gepflanzt werden und die beiden bereits bestehenden Wiener Wäldchen im Stefan-Weber-Park und am Schmerlingplatz als Vorlage dienen.

Begründung

Vermehrte Begrünungen und Bäume helfen, den hohen Geräuschpegel und die Temperatur vor Ort zu senken. Darüber hinaus wäre der „Wiedner Wald“ die grüne Lunge am Einfallstor auf die Wieden und die Luftqualität könnte sich spürbar verbessern.

Am 17. November 2022 wurden im Stefan-Weber-Park am Margaretengürtel Bäume und Sträucher gepflanzt, die sich zum "Wiener Wäldchen" entwickeln sollen. Ein "Wiener Wäldchen" ist ein sehr dichter, äußerst biodiverser und schnell wachsender Mini-Wald, der nach den Prinzipien der "Miyawaki Methode" (Tiny Forest) angelegt wird. Diese bewusst geschaffene, eingezäunte Wildnisfläche kann, auch mitten in der Stadt gepflanzt werden.

In der VPK am 18.4. 2024 (TO-Projekt: Verbesserung der Verkehrssicherheit am Südtirolerplatz) bestätigte der zuständige Magistratsbedienstete, dass sehr wohl Baumpflanzungen in Form eines Wiener Wäldchens auf den Grünflächen des Südtirolerplatzes möglich seien.

Erst Ende November/ Anfang Dezember 2024 wurde am Schmerlingplatz ein weiteres Wiener Wäldchen gepflanzt. Dazu Klimastadtrat Jürgen Czernohorszky, der es sich auch nicht nehmen ließ, persönlich diese Eröffnung eines weiteren Wiener Wäldchens vorzunehmen, am 1.12. 2024 zur Rathauskorrespondenz: „Wiener Wäldchen sind eine gute Möglichkeit, auch in dicht bebauten Gebieten grüne Oasen zu schaffen. Diese

Mini-Wälder tragen nicht nur zur Abkühlung der Umgebung bei, sondern bieten auch Lebensraum für zahlreiche heimische Pflanzen und Tiere. Ich freue mich, dass die Wiener Wäldchen auch bei den Bürger*innen gut ankommen“, sagt Klimastadtrat Jürgen Czernohorszky. „Mit jeder Pflanzung gewinnen wir wertvolle Erkenntnisse darüber, welche Baum- und Straucharten am besten an die zunehmenden klimatischen Herausforderungen angepasst sind.“

Quelle: <https://presse.wien.gv.at/presse/2024/12/01/ein-wiener-waeldchen-fuer-die-innere-stadt-wien-pflanzt-neuen-mini-wald-am-schmerlingplatz>

Betrifft: Verwendung von Mehrweggebinden in den BV-Sitzungen

Die unterzeichnende Bezirksrätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Ingrid Köttl der ÖVP Wieden stellt in der Bezirksvertretungssitzung vom 19. Dezember 2024 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Wiedner Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass bei Bezirksvertretungssitzungen Trinkwasser anstatt in Einweg- in Mehrweggebinden zur Verfügung gestellt wird.

Begründung

So begrüßenswert es ist, dass bei Bezirksvertretungssitzungen Trinkwasser zur Verfügung gestellt wird, stellt sich die Frage, warum nicht Mehrweggebinde verwendet werden – denn es gibt bspw. auch 0,5 l Glasflaschen. Eine andere Möglichkeit wäre natürlich auch einfach so wie in den „Vor-Covid-Jahren“ Wasserkrüge und Gläser auf den Tischen.

Denn im Laufe einer Sitzung kann es durchaus vorkommen, dass pro Person zwei Plastikflaschen anfallen und eine entsprechende Menge an Plastikmüll entsteht. Selbst wenn diese 80 – 100 Plastikflaschen richtig entsorgt und wiederverwertet werden, wäre es der deutlich bessere Weg, diesen Müll gar nicht zu verursachen.

Die NEOS Bezirksräte_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndl

An die
Bezirkvorstehung Wieden
z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.12.2024 gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung (GO-BV) folgenden

Antrag betreffend die Nivellierung von Sitzgelegenheiten bei der Wiedner Hauptstraße

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau), öffentliche Sitzmöbel, darunter Parkbänke, Tische und Stühle, bei der Wiedner Hauptstraße zu nivellieren.

Begründung:

Im Bereich der Wiedner Hauptstraße sind im Zuge des Umbaus aktuell einige neue Parkbänke, Tische und Stühle für die Montage vorbereitet. Die Flächen, wo diese aktuell abgestellt wurden, sehen noch keine Nivellierung vor. Es wäre wünschenswert, diese nivelliert zu montieren, da die Grundfläche zum Teil sehr geneigt ist und dadurch die Sitzgelegenheiten ungemütlich schräg würden.

Siehe Abbildungen 1 und 2:



Abbildung 1



Abbildung 2

Die NEOS Bezirksräte_innen
 Ana Badhofer
 Anna Stürgkh
 Philipp Wörndl

An die
 Bezirkvorstehung Wieden
 z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.12.2024 gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung (GO-BV) folgenden

Antrag betreffend weniger Kiesbeete, mehr Erde, mehr Blätter bei der Wiedner Hauptstraße

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) und 42 (Wiener Stadtgärten), die derzeitige Gestaltung der Wiedner Hauptstraße dahingehend umzugestalten, dass, soweit möglich, mehr Erde und mehr blättertragende Pflanzen mit mehrjähriger Standzeit zur Anwendung kommen, wo aktuell Kiesbeete vorgesehen sind.

Begründung:

Im Bereich der Wiedner Hauptstraße sind im Zuge des Umbaus aktuell einige neue und alte Flächen für Bäume und Bepflanzung neugestaltet worden. Auffällig ist die durchgehende Verwendung von Kiesbeeten und die Entfernung von blättertragenden Pflanzen. Ein Vorher-Nachher-Vergleich zeigt hinsichtlich Klima und Optik eine Verschlimmbesserung, siehe z. B. bei der Wiedner Hauptstraße 52, Abbildung 1 (vorher) und Abbildung 2 (nachher), bzw. Abbildung 3 (Altbestand).

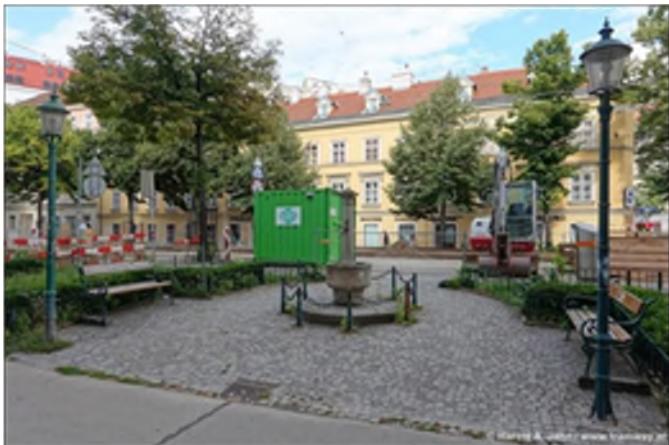


Abbildung 1 (vorher)



Abbildung 2 (nachher)



Abbildung 3 (Altbestand)

Die NEOS Bezirksräte_innen
 Ana Badhofer
 Anna Stürgkh
 Philipp Wörndle

An die
 Bezirkvorstehung Wieden
 z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.12.2024 gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung (GO-BV) folgenden

Antrag betreffend EU-Sitzbänke

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau), im Jahr 2025, anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des österreichischen EU-Beitritts, eine Auswahl an Sitzbänken entlang stark frequentierter Straßen und Plätze im Bezirk Wieden in Blau mit gelben Sternen (entsprechend der EU-Fahne) zu bemalen.

Begründung:

Das Jahr 2025 markiert den 30. Jahrestag des EU-Beitritts Österreichs – ein Meilenstein, der eine besondere Gelegenheit bietet, die Verbundenheit Wiens mit der Europäischen Union sichtbar zu machen. Die Wieden, als zentraler Bezirk der Hauptstadt und lebendiges Grätzl, liegt buchstäblich im Herzen der EU.

Mit der Bemalung einiger Sitzbänke in den Farben der EU-Fahne können wir ein kreatives Zeichen für die europäische Identität setzen. Dies stärkt nicht nur das Bewusstsein für die EU im Alltag der Bürger:innen, sondern unterstreicht auch die positiven Auswirkungen der europäischen Zusammenarbeit auf unseren Bezirk.

Die künstlerische Gestaltung sollte so umgesetzt werden, dass die Funktionalität der Bänke erhalten bleibt, und könnte auch durch lokale Künstler:innen oder Schulprojekte realisiert werden, um die Community einzubinden. Diese Aktion würde ein einladendes Signal für Offenheit, Vielfalt und Zusammenhalt setzen, das der Bedeutung der Wieden als weltoffener Bezirk gerecht wird.

Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.12.2024 gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung (GO-BV) folgenden

Antrag betreffend Sitzgelegenheiten rund um den TU Campus

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau), in der direkten Umgebung der Technischen Universität Wien zusätzliche Sitzgelegenheiten aufzustellen. Dies betrifft:

- (i) die Straßenbahnhaltestellen auf der unteren Wiedner Hauptstraße auf beiden Straßenseiten auf Höhe der Resselgasse,
- (ii) den Bereich zwischen Treitlstraße und Karlsgarten,
- (iii) sowie den Abschnitt zur Operngasse hin.

Begründung:

Die Umgebung der Technischen Universität Wien wird von einer großen Anzahl von Studierenden, Anrainer:innen und Passant:innen frequentiert. Trotz der hohen Nutzung fehlt es in diesem Gebiet an ausreichend Sitzgelegenheiten, die sowohl an Straßenbahnhaltestellen als auch entlang der Wiedner Hauptstraße zur Verfügung stehen sollten.

Die Bereiche rund um die Resselgasse, die Operngasse sowie zwischen Treitlstraße und Karlsgarten weisen ein besonders hohes Potenzial zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf. Zusätzliche Sitzmöglichkeiten würden den Komfort für die Nutzer:innen deutlich erhöhen, die Wartezeiten an Haltestellen erleichtern und die Attraktivität der öffentlichen Räume in der direkten Umgebung der TU Wien steigern.

Die NEOS Bezirksräte_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndle

An die
Bezirkvorstehung Wieden
z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Mag.^a Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.12.2024 gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung (GO-BV) folgenden

Antrag betreffend Umsetzung der Wie(d)ner Wand

Nach positiver Antragsbeantwortung und nach der bereits durchgeführten Standortanalyse ersuchen wir den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Christoph Wiederkehr, um die Umsetzung einer Wiener Wand für Graffiti-Künstler:innen an folgenden beiden Standorten:

- Ecke Theresianumgasse / Favoritenstraße
- Am Karlsplatz beim U-Bahn-Ausgang Resselpark

Begründung:

Diese beiden Flächen wurden ausgewählt, da die Wand am Karlsplatz den Künstler:innen einen prominenten Platz bietet, ihre Werke zu zeigen. Leider ist die besagte Wand allerdings niedrig und bietet nicht viel Platz. Daher ist es wichtig, auch für größere Werke und zur Aufwertung der Ecke Theresianumgasse / Favoritenstraße einen weiteren Standort aufzubereiten.

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

COMMUNITY NURSING FÜR DIE WIEDEN

Der zuständige Stadtrat Peter Hacker wird ersucht, eine Evaluierung des Pilotprojektes der Community Nurses in Wien durchzuführen, die zukünftigen rechtlichen Rahmenbedingungen dafür festzulegen, die Finanzierung für die Fortführung und den Ausbau der Community Nurses ab 2025 für Wien und damit endlich auch für die Wieden sicherzustellen.

Begründung

Community Nurses spielen im Rahmen der Pflege von bedürftigen Menschen eine zentrale Rolle. Sie unterstützen mit kostenloser und wohnortnaher Beratung zu Pflege und Betreuung für die zu Pflegenden sowie deren Angehörige und koordinieren mobile Pflege- und Betreuungsdienste, medizinische und soziale Leistungen sowie Therapien. Ziel ist es, eine ressourcenorientierte, hochwertige Pflege sicherzustellen und eine bedarfsgerechtere Versorgung zu ermöglichen. Es muss auf der Wieden möglich sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ein selbstbestimmtes Leben in guter Qualität auch für pflegebedürftige Menschen im Bezirk möglich ist.

Mit dem Finanzausgleich 2024–2028 wurde auch die Fortführung und Erweiterung der Pflegemaßnahmen des Bundes und der Länder beschlossen. Unter anderem wurde das Pflegefondsgesetz (PFG), mit dem ein Pflegefonds eingerichtet und ein Zweckzuschuss an die Länder zur Sicherung und zum bedarfsgerechten Aus- und Aufbau des Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebotes in der Langzeitpflege bis 2028 gewährt wird, noveliiert.

Gemäß § 3 Abs. 1 Z. 8 PFG wird nunmehr auch die Community Nurse normiert und soll vom bundeseitigen Pilotversuch ab Beginn des Jahres 2025 in den Regelbetrieb der Länder überantwortet werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

COOLES AMTHAUS WIEDEN

Der amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky möge die ihm untergeordneten Dienststellen der Stadt Wien beauftragen, die Wieden bei der Koordination, Vernetzung und dem Wissenstransfer bei der Errichtung einer Coolen Zone im Amtshaus auf der Wieden zu unterstützen.

Begründung

Im September 2023 hat die Bezirksvertretung Wieden sich für die Ausweitung des damaligen Pilotprojektes auf unseren Bezirk ausgesprochen und im September 2024 den Antrag auf eine erste Coole Zone im Bezirk angenommen.

Es wird noch evaluiert, ob sich Pensionist*innen-Klubs und die Bücherei auf der Wieden als Coole Zonen eignen. Der nächste Sommer und damit die Hitze kommen bald wieder. Wir wollen Menschen im Sommer 2025 eine Abkühlung in einer Coolen Zone in unserem Amtshaus anbieten.

Die Gründe dafür wurden in den letzten beiden Jahren ausreichend erwähnt und debattiert.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski und der Klub der Grünen Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

ORANGE BÄNKE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) und 42 (Wiener Stadtgärten) zu überprüfen, ob die Aufstellung je einer orangen Bank gegen Gewalt an Frauen in allen Wiedner Parks und Hauptstraßen bzw. auf Hauptplätzen möglich ist.

Begründung

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember und gleichzeitig dem Abschlusstag der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ fordern wir Orange Bänke auf der Wieden, wo immer es möglich ist. Sie wären, nein, sie sind ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen.

Gewalt hat viele grausame Gesichter, und es sind vor allem Frauen, die allen möglichen Formen von Gewalt und sexueller Belästigung ausgesetzt sind. Wir setzen uns immer uneingeschränkt für Gewaltschutz ein. Es kann nie genug Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen geben.

Von den vielen notwendigen Maßnahmen ist die Beschriftung der Bänke inklusive Notrufnummern eine „kleine“, aber für die Frauen auf der Wieden eine große und womöglich lebensrettende Maßnahme.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

INTERAKTIVE ERINNERUNGSPOLITISCHE KARTE DER WIEDEN

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Veronica Kaup-Hasler wird ersucht, einen erinnerungspolitischen Rahmen in Form einer interaktiven Karte mit Erinnerungs(bau)stellen aus der NS-Diktatur zu entwickeln. Eine Karte, in der die bereits angenommenen Anträge der Bezirksvertretung bzw. offene und abgeschlossene Projekte und Ausschreibungen von anderen Stellen auf der Wieden sowie alle bestehenden und zukünftigen Gedenk- und Erinnerungsorte eingetragen werden.

Begründung

Die Wieden arbeitet erinnerungspolitisch intensiv an der eigenen Vergangenheit. Angefangen hat es 2017 mit der Ausstellung „Ich bin also nun ein anderer“. Es gab in den letzten Jahren in der Bezirksvertretung viele Anträge rund um die NS-Verbrechen, die in den letzten Jahren angenommen, aber noch nicht realisiert wurden. Es kommen laufend neue (Bau)Stellen dazu: Kontextualisierung Faulmannngasse (Nazi-Bild), Zwangsarbeiter*innen-Lager (heutiges TU-Freihaus), Stele Schwindgasse (NS-Reichskriegsgericht), Zwangsarbeiter*innen-Lager Viktorgasse, AK-Gedenkinstallation Prinz-Eugen-Straße, AK-Theresianumgasse, Betshausverein Ahawat Thora Paniglgasse 5, Stolper-, Gedenk- und Erinnungssteine (es gibt keine einheitliche, aktuelle Liste), ...

In der interaktiven Karte der Wieden sollen alle Orte zur kritischen Auseinandersetzung und Erinnerung an die NS-Herrschaft eingetragen werden. Sie soll eine Plattform sein, die den Umgang mit der eigenen Geschichte ermöglicht.

Menschen im Bezirk und auf der ganzen Welt können den Bezirk auf Orte hinweisen, von denen wir bisher nicht wissen. Alle können bei der Gestaltung und Nutzung bestehender

wie auch fehlender Denkmäler und Erinnerungszeichen partizipieren, indem sie ihre Informationen, Wünsche und Vorstellungen in der Erinnerungskarte an die „Braune Wieden“ eintragen. Die NS-Vergangenheit des Bezirkes soll damit weiter aufgearbeitet werden.

Mit Veröffentlichung des Rechtsextremen Barometers durch DÖW heuer zeigen sich erschreckende Haltungen. Allzu viele Menschen relativieren die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Karte ist als wichtiger Teil politischer Bildung im Bezirk zu sehen, da sie auch aufgrund ihrer demokratiestärkenden Zielsetzung umfassendes Potential zur Prävention von Rechtsextremismus hat.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

MEHR KONTROLLEN GEGEN AIRBNB IN WOHNZONEN

Die zuständigen Magistratsabteilungen 37 (Wiener Wohnbauförderung und Schaffung von Wohnraum), 63 (Vermessung und Geoinformation) und 64 (Fremdenpolizei und Migration) werden ersucht, in enger Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung Wieden einen Plan für mehr Kontrollen bezüglich illegaler Kurzzeitvermietungen in den Wohnzonen der Wieden durchzuführen.

Begründung

Wir wollen leistbaren Wohnraum statt Unterkünfte für Tourist*innen. Die Wieden ist nach der City diesbezüglich ein besonders hart umkämpftes Pflaster. Der Vernichtung von leistungbarem Wohnraum im Bezirk muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Sonst müssen noch mehr Wiedner*innen ihre Wohnungen aufgeben, weil sie für ganz Viele nicht mehr leistbar werden oder weil ihre Wohnungen in touristische Appartements umgewandelt werden.

Verstöße gegen die das Wiener Bauordnung sollen umgehend und konsequent mit Strafanzeigen geahndet werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

SPEKULATIONSHÄUSER AUF DER WIEDEN

Die zuständige Stadträtin Kathrin Gaál wird gebeten, zu überprüfen, ob und wo es sogenannte „Spekulationshäuser“ gibt, d. h. Häuser deren Eigentümer*innen die Bauaufträge der MA37 nicht ausführen bzw. abschließen lassen. Sollte die Überprüfung positiv sein, möge die Stadträtin in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirk zur Not diese Häuser auf der Wieden unter Zwangsverwaltung stellen.

Begründung

Wohnraum ist zur Geldanlage für Reiche geworden. Spekulationen lassen die Preise im Bezirk ständig weiter steigen. Viele Wiedner*innen ziehen weg. Wohnungen sind zum Wohnen da und nicht zum Spekulieren. Wohnungen dürfen aber kein Betongold sein, mit dem Einzelne auf einen möglichst hohen Profit wetten.

Medial sind schon einige Objekte im Bezirk bekannt geworden. Womöglich sind es aber noch mehr.

Wir haben auf der Wieden keinen Platz für Spekulant*innen! Die Ausschöpfung und Koordination aller Maßnahmen, die dem Bezirk und der Stadt zur Verfügung stehen, sind zu begrüßen. Spekulationshäuser müssen unter Zwangsverwaltung gestellt werden, vor allem wenn sie vernachlässigt bzw. verwahrlost sind, Schikanen gegen die Mieter*innen auf der Tagesordnung stehen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

NACHBESSERUNGEN FÜR FUSSGÄNGER*INNEN WIEDNER HAUPTSTRASSE

Die zuständige Stadträtin Mag^a Ulli Sima wird gebeten, sich so rasch wie möglich für eine Verbesserung der Situation für Fußgänger*innen in der neu gestalteten Wiedner Hauptstraße einzusetzen. Sie wird vor allem gebeten, Gefahrenstellen für Fußgänger*innen zu lokalisieren und zu entschärfen. Sie wird außerdem gebeten, den zuständigen Stellen den Auftrag zu geben, zu überprüfen, inwieweit nach dem Umbau Verweilmöglichkeiten und mehr Grün auf dem Abschnitt zwischen der Schleifmühlgasse/Paulanergasse und dem Karlsplatz möglich sind.

Begründung

Nach langwierigen Umgestaltungsarbeiten ist die Wiedner Hauptstraße fertig. Sie wurde auch schon feierlich eröffnet. Das Ermittlungsverfahren ist erst für Februar 2025 anberaumt. Dabei fehlen noch Zebrastreifen und andere Markierungen, Container stehen auf den Gehsteigen herum. Es gibt etliche Konfliktbereiche zwischen Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, dann noch einige Gefahrenstellen für Fußgänger*innen, die von Autofahrer*innen ausgehen.

In Hinblick auf den Klimawandel und die zunehmende Hitze auf der Wieden sollten wir zur Förderung des Bezirks/Stadt der kurzen Wege für Zufußgehende zumindest beschattete, am besten jedoch kühle Stellen zum Sitzen und Verweilen schaffen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

NEUGESTALTUNG SITZGELEGENHEITEN IRENE-HARAND-PLATZ

Die zuständige Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, ihre Magistratsabteilungen zu beauftragen, eine menschenfreundlichere, schmutz- und hitzefreundlichere Platzierung und Gestaltung der Sitzgelegenheiten am Irene-Harand-Platz zu prüfen.

Begründung

Die erste Stück der Unteren Favoritenstraße wurde 2021 um 715.000 Euro neu gestaltet. Echte Verbesserungen für Fußgänger*innen und für Menschen, die konsumfrei verweilen möchten, gab es nicht. So befinden sich die Sitzgelegenheiten vor der Paulanerkirche direkt unter Stromleitungen, auf denen Tauben und andere Vögel sitzen und kotzen. Die zwei Bänke sind derzeit weder bequem noch schön und nicht stabil. Damit nicht ganz ungefährlich. Jetzt wurde auch die Wiedner Hauptstraße im Bezirk lange und teuer umgebaut. Es gab auch Neugestaltungen am Irene-Harand-Platz, leider aber keine irgendwie geartete Verbesserung der Sitzmöbel. Diese sollten so schnell wie möglich nachgeholt werden.



Mag^a Amela Pokorski

Version 1 - 13.12.2024

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

NACHPFLANZUNG UND SANIERUNG BAUMSCHEIBEN SCHÖNBRUNNER STRASSE

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 42 (Wiener Stadtgärten) anzuweisen, die Nachpflanzung der drei Bäume zu veranlassen und ggf. die Baumscheiben zu sanieren. Bei der Auswahl der Bäume soll eine geeignete, robuste Wahl getroffen werden.

Begründung

Drei von fünf Bäumchen, die vor gar nicht langer Zeit gepflanzt wurden, haben die letzten beiden Jahren nicht überlebt. Deshalb sollten die bestmöglichen Bedingungen geschaffen werden, um das Gedeihen der neuen Bäume sicherzustellen.



Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

PFANDRINGE AUF DER WIEDEN

Die zuständige Magistratsabteilung 48 (Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark) sowie andere zuständige Magistratsabteilungen (z.B. 18 (Stadtplanung und Stadterneuerung), 22 (Umweltschutz), 42 (Wiener Stadtgärten)) werden ersucht, ein Pilotprojekt zu Pfandringen auf zwei Plätzen, an denen im Bezirk viel konsumiert wird, auszuarbeiten und dies mit der Einführung des neuen Pfandsystems ab 1.1.2025 zu testen. Begleitend soll mittels Kommunikationskanälen über das Pilotprojekt informiert werden.

Begründung

Mit der Einführung des neuen Pfandsystems ab Jänner 2025 wird ein Schritt in Richtung Nachhaltigkeit gesetzt. Damit gilt eine Pfandgebühr von 0,25 EUR für fast alle Einweggetränkeverpackungen.

Getränke, die im öffentlichen Raum konsumiert werden, werden jedoch häufig in Mistkübeln falsch entsorgt. Ein Pfandring würde die Entsorgung von Einweggetränkeverpackungen im öffentlichen Raum im Sinne des Recyclingkreislaufs ermöglichen. Wiedner*innen, die aus welchen Gründen Flaschen sammeln, könnten so das Pfand einlösen, ohne die Mistkübel durchsuchen zu müssen.

Das System des Pfandparkens hat sich bereits in verschiedenen Städten und Ländern bewährt. Insbesondere in den skandinavischen Ländern hat sich diese Form des Pfandparkens erfolgreich in der Alltagskultur etabliert.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

ANTRAG

betreffend

UMGESTALTUNG GEHSTEIG VOR DEM HAUS HEUMÜHLGASSE 3

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau), 42 (Wiener Stadtgärten) und 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) zu überprüfen, in welcher Form eine Neugestaltung des Gehsteigs vor dem Haus Heumühlgasse 3/Ecke Heumühlgasse 1 inklusive einer Begrünung und neuen Sitzmöglichkeiten geschehen kann.

Begründung

Es gibt wohl kaum unattraktivere Verweilmöglichkeiten auf der Wieden als an dieser Stelle. Hier setzt sich wirklich nur hin, wer gar nicht mehr weiter kann. Diese Stelle am Gehsteig dient ausschließlich zum Müll abladen, Sperrmüll abstellen, Urinieren, etc. Beide Eigentümer*innen der Häuser Heumühlgasse 1 und 3 sind seit langem für Begrünungsmaßnahmen offen. Das Haus in der Heumühlgasse 3 gehört der stadtnahen Wiseg. Die Gehsteigfläche gehört der Stadt Wien. Es gibt sicher viele Möglichkeiten für eine Begrünung und Verschönerung dieses Plätzchens. Es ist ausreichend Platz vorhanden. Der Gehsteig ist an dieser Stelle am breitesten.



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

VERSTÄRKTE GESCHWINDIGKEITSKONTROLLEN IN TEMPO-30-ZONEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für vermehrte Verkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen in den Tempo-30-Zonen auf der Wieden aus.

Begründung

Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone sorgt in Wohngebieten für mehr Lebensqualität und erhöht die Verkehrssicherheit für alle, unter der Voraussetzung, dass das Tempolimit von der Mehrheit der Autofahrer*innen auch eingehalten wird.

Genau das scheint aber in vielen Bereichen der Wieden nicht der Fall zu sein. Es kommt zu wiederholten Geschwindigkeitsüberschreitungen und damit erhöhter Gefahr, z. B. auf der Margaretenstraße und in anderen 30er-Zonen.

Laut dem Kuratorium für Verkehrssicherheit waren im Jahr 2022 in Wien 74 Prozent der PKWs in Tempo-30-Zonen zu schnell unterwegs.

Um die Verkehrssicherheit aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern, sollen für Autofahrer*innen vermehrt Verkehrskontrollen mit Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

VERSTÄRKTE GESCHWINDIGKEITSKONTROLLEN IN WOHNSTRASSEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für vermehrte Verkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen in den Wohnstraßen auf der Wieden aus.

Begründung

Die Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Spiel- und Wohnstraßen z. B. Phorusgasse, Waltergasse, Schäffergasse und Schlüsselgasse werden bei weitem nicht eingehalten, erzählen regelmäßig Bewohner*innen.

Um die Verkehrssicherheit aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern, sollen für Autofahrer*innen vermehrt Verkehrskontrollen mit Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden, durch das Stadtpolizeikommando.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

NEIN ZU AUFNAHMESTOPP UND ABSCHIEBUNGEN FÜR SYRER*INNEN!

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich gegen einen sofortigen Aufnahmestopp für und gegen umgehende Abschiebungen von Syrer*innen aus dem Bezirk aus.

Begründung

Einen Tag nach dem politischen Umsturz in Syrien hat Karl Nehammer Innenminister Karner beauftragt, alle laufenden Asylanträge von Syrer*innen auszusetzen und 40.000 abgeschlossene Verfahren über bestehenden Schutzstatus neu zu prüfen. Auch der Familiennachzug soll gestoppt werden.

Die Lage in Syrien ist im Moment noch alles andere als stabil. Die islamistische Regierung hat schon verlautbart, dass in Zukunft Frauen nicht mehr als Richterinnen arbeiten dürfen. Es zeichnet sich also jetzt schon ab, dass Syrien in unmittelbarer Zukunft kein demokratischer Staat sein wird. Abschiebungen nach Syrien bedeuten derzeit noch Lebensgefahr für alle Menschen, sie treffen Frauen und Kinder noch grausamer. Menschen auf der Wieden haben erst letztlich endlich einen Schutzstatus bekommen und sind dabei, sich ein Leben für sich und ihre Kinder aufzubauen. Es gibt chronisch kranke Kinder und Menschen, die nur hier bei uns die entsprechende Gesundheitsvorsorge und Behandlungen bekommen, sonst sterben sie.

Wir wollen nicht, dass unsere syrischstämmigen Mitbürger*innen von der Wieden abgeschoben werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

EISLAUFEN FÜR WIEDNER*INNEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, alternative Möglichkeiten zum Eislaufen im Alois-Drasche-Park für die Wiedner*innen zu suchen.

Begründung

Die Anschaffungskosten für einen Monat Eislaufen pro Jahr im Alois-Drasche-Park betrugen im Jahr 2019 90.300 €. In der letzten Saison kostete der Auf- und Abbau 14.000 €. Davor wurde der Eislaufplatz weitere drei Mal auf- und abgebaut. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf mindestens 130.000 €. Die Kosten für die Betreuung durch zum Beispiel den Familienbund sind nicht mitgerechnet.

Sowohl für den nun notwendigen Neukauf der Kunstplatten als auch für das professionelle Abschleifen der bestehenden Platten ist ein eigenes Vergabeverfahren notwendig. Die Kosten für beide – also weder 15.000 € fürs Schleifen noch 150.000 € für die Neuanschaffung – können vom laufenden Bezirksbudget gedeckt werden.

Alternativ könnte der Bezirk versuchen, an interessierte Menschen und Familien auf der Wieden in der Wintersaison Gratis-Eintrittskarten für einen Monat oder kostengünstige Eislauf-Cards für Eislaufplätze in den benachbarten Bezirken z. B. Wiener Eislaufverein oder Eisring Süd zu überlegen und mit Hilfe diverser Stellen umzusetzen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. September 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

EINE WIEDEN OHNE KINDERARMUT

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und Chancen und somit auch für eine Wieden ohne Kinderarmut aus.

Begründung

„Jedes fünfte Kind ist in Österreich von Armut oder Ausgrenzung betroffen. Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, haben tendenziell weniger Freund*innen, sind häufiger krank und müssen im Schulsystem mehr Hürden überwinden. Eine Kindheit in Armut prägt das ganze restliche Leben.“ © Volkshilfe

Jedem Kind auf der Wieden wollen wir finanzielle Sicherheit und soziale Zukunftschancen ermöglichen, egal wer die Eltern sind. Egal, welchen Aufenthaltstitel oder welche Staatsbürger*innenschaft die Kinder haben. Es gibt einige Maßnahmen, die auch den Wiedner Kindern helfen würden.

<https://www.kinderarmut-abschaffen.at/fakten/aktuelles/newsaktuelles/gesundheitsfonds/>

Volkshilfe zu EU-SILC Armutszahlen: Verdoppelung der absoluten Armut bei Kindern ein Skandal -
Volkshilfe Kinderarmut abschaffen

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241202_OTS0032/armutskonferenz-zu-regierungsverhandlungen-fuer-ein-oesterreich-ohne-kinderarmut

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

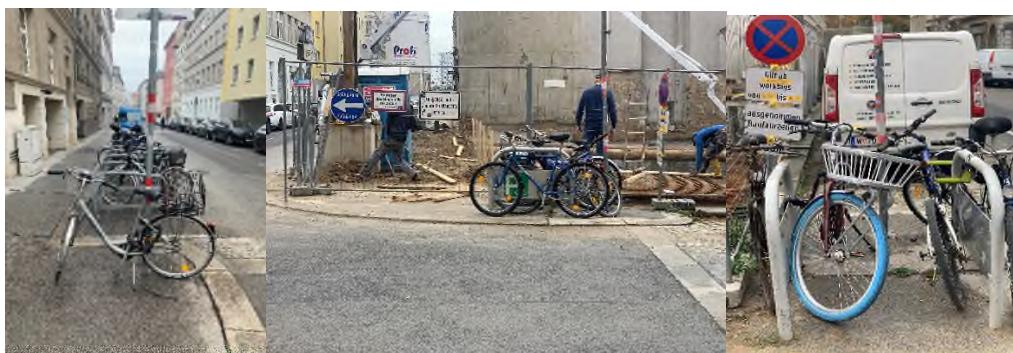
betreffend

KRITERIENKATALOG FAHRRAD- (ROLLER-) ABSTELLANLAGEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, einen Kriterienkatalog für das Aufstellen von Radbügeln und Rollerabstellanlagen zu erstellen, nach welchem in Zukunft diese Anlagen aufgestellt oder beseitigt werden.

BEGRÜNDUNG

Damit die Umsetzung von Abstellanlagen für Fahrräder und Roller (bedarfs)gerecht und systematisch erfolgt, sind nach den zwei großen Straßenumbauten des heurigen Jahres in Zukunft eigene Abstellkriterien wünschenswert, mit Hilfe derer neue Standorte besser ausgemacht werden können. Neu umgebaute Gassen erhalten oft keine einzige Abstellanlage. An manchen Orten stehen welche, niemand weiß warum. Es herrscht ein ziemlicher Wildwuchs. Eine bessere Planung und Umsetzung von Abstellplätzen könnte dazu führen, dass das Rad- und Rollerfahren in der Stadt noch attraktiver wird. Die Entwicklung neuer Standards für die Abstellplätze wären sowohl eine Reaktion auf aktuelle Probleme als auch eine vorausschauende Maßnahme, um den wachsenden Anforderungen der vielen im Bezirk Rad- (Roller-)fahrer*innen gerecht zu werden.



Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 die folgende

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

SCHWARZENBERGPLATZ DER ZUKUNFT

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für ein koordiniertes Gesamtprojekt der Stadt zur zukünftigen Planung und Umgestaltung des Schwarzenbergplatzes unter Beteiligung auch unseres Bezirkes aus.

Begründung

Die Umgestaltung des Schwarzenbergplatzes wird bereits seit 2019 gefordert. Sie wird auch auf der Wieden oft diskutiert. Bisher hat sich die Wieden mit ihren Vorstellungen zum Schwarzenbergplatz offiziell nicht eingebracht.

Das wollen wir in Zukunft ändern. Die Interessen der Wieden und ihrer Bewohner*innen bezüglich dieses so wichtigen zentralen Platzes der Stadt an der Grenze dreier Bezirke sollen so rasch wie möglich eingebracht werden.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

ZUKÜNFTIGE (STRASSEN)UMBAUPROJEKTE AUF DER WIEDEN EHRLICHER UND DEMOKRATISCHER HANDHABEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, (Straßen)Umbauprojekte und größere Projekte in Zukunft besser und nachhaltiger zu planen, in den gesamten Ablauf absolute Transparenz einzubringen und den Bewohner*innen rechtzeitig, bevor die Pläne auf dem Tisch liegen, echte Mitsprache zu gewähren, um die zukünftigen Herausforderungen für den Bezirk gemeinsam optimal zu bewältigen.

BEGRÜNDUNG

Nach langwierigen Umbauarbeiten ist die Wiedner Hauptstraße fast fertiggestellt. Eröffnet wurde sie schon feierlich, obwohl die Arbeiter*innen noch einiges fertigzustellen haben. Das Projekt unter dem Namen „Raus aus dem Asphalt“ mit einer Länge von 1,2 km soll 18 Millionen gekostet haben. Das Projekt Fahrradstraße Argentinierstraße wurde auch fertiggestellt. Dieses 1,3 km lange Projekt hat mindestens 12 Millionen gekostet. Nach jedem größeren Umbau – auch nach dem Umbau der Favoritenstraße – kam es zu vielen Nachbesserungen. Bei sämtlichen Bürger*innen-Beteiligungsverfahren beschwerten sich Bezirksbewohner*innen, keine echte Mitsprache gehabt zu haben. Es sind Befragungen durchgeführt worden, deren Ergebnisse zu den Zeitpunkten irrelevant waren. So wurden die 1.900 Befragten zur Wiedner Hauptstraße um Antworten, ob sie sich für mehr Grünraum, klimafreundliche Mobilität oder Parkplätze aussprechen. Die Befragung hat 36.000 Euro gekostet. Die Pläne waren aber schon fertig. Im Mai 2021 wurden die Menschen kurz vor dem Umbau der Unteren Favoritenstraße mit den Plänen konfrontiert, ein echtes Bürger*innen-Beteiligungsverfahren war zu dem Zeitpunkt nicht mehr möglich.

Die Bezirksvertretung hat sich im September 2024 bereits für mehr direkte Demokratie und Partizipation bei Projekten aller Art ausgesprochen.

Aus Fehlern sollten wir im Bezirk lernen. Statt Menschen nur Informationen zu geben, die dann womöglich auch nicht richtig sind, sollten wir echte Kooperation mit den Menschen im Bezirk eingehen. Von Anfang an müssen die Menschen gemeinsam mit der Verwaltung die Planung machen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 19. Dezember 2024 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

TAGE DER OFFENEN TÜREN AUF DER WIEDEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, zwei Tage der offenen Tür im Amtshaus der Wieden 2025 zu veranstalten. Diese Tage der offenen Tür sollen genutzt werden, um die Arbeit der Bezirksvertretung und der Bezirksvorsteherung transparent zu machen, die Mitarbeiter*innen und ihre Aufgaben kennen zu lernen und kommende Projekte vorzustellen.

BEGRÜNDUNG

2025 jährt sich die Niederschlagung des Nazi-Faschismus und die Errichtung der Zweiten Republik in Österreich zum 80. Mal. Aus diesem Anlass steht das kommende Jahr im Zeichen der Demokratie. Um den Menschen auf der Wieden, besonders den jungen Menschen, einen Einblick und Zugang zur Arbeit der Bezirksvorsteherung und der Bezirksvertretung als erster Ebene der demokratischen Gestaltung unserer Stadt zu ermöglichen, werden an zwei Tagen der offenen Tür die Wiedner:innen eingeladen die Räume anzuschauen, die Abläufe und Aufgaben der Mitarbeiter:innen und der Bezirksvorsteherin kennen zu lernen sowie mit Bezirksräti:innen der einzelnen Parteien zu sprechen.

Mag^a Amela Pokorski